Klarofix

kostet 2.50
mai 97

Mit ueber 6000 farbigen Abbildungen

* Who is Coop ?

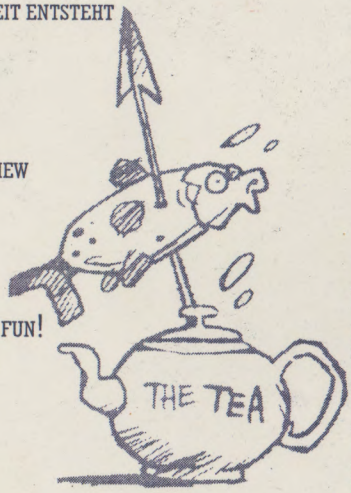
¿ Zugbrucke hoch !

Editorial

Unser Chef-Layouter liegt im sonnigen Süden und hat uns diesmal die Fertigstellung des Heftes überlassen. Die paar Seiten im Heft zu setzten, war ja kein Problem, aber daß wir nun auch noch das Editorial schreiben müssen, läßt uns ja fast abkippen. Und das auch noch um 0.49 Uhr, das Bier ist alle, die Jungs vom Pizzadienst können uns schon nicht mehr sehen und ihr habt den fünften Geburtstag vom ZORO verpaßt.
Hauptact dieses Heftes ist der Text über die alternative Wohnungsgenossenschaft Connewitz. Kritische Stimmen zu diesem Thema hat es ja schon lange gegeben. Wir hatten auch schon im Juni-Heft letzten Jahres mit dem Artikel „Kippt die OBM-Vorlage" den Versuch gemacht, sie in der Luft zu zerreißen. Nun, ein knappes Jahr später, sind wir über ein : „Im Prinzip Ja!" nicht hinaus. Denn die Genossenschaft hat natürlich eine gewisse delikate Bedeutung. Wird doch in diesem ganzen Hick Hack mit der Stadt eine öffentliche Auseinandersetzung eher gebremst, als daß das Thema „Das Leben in die eigenen Hände nehmen." wieder aufzukochen. Nun gut.
Auch drin ist ein Text, der auf dem ersten Blick von niemandem, auf dem zweiten jedoch von der KAHINA stammt. Thema ist die Razzia im Asylbewerberheim in Bahren, in dem ausschließlich KurdInnen leben, und in einer Wohnung in Leipzig. Von einem daran anschließendem Hungerstreik, mit dem die Kurden unter anderem gegen die völlig überzogene Razzia protestieren, wird in den bürgerlichen Medien nur mit der üblicherweise damit verbundenen Kriminalisierung berichtet. Zu lesen ist zudem, daß die 12 Hungerstreikenden zur Zeit unter dem Schutz eines Pfarrers, der seiner Sache auch nicht so sicher ist, stehen und seitens der Polizei ruhig weiterspielen dürfen, solange der Protest friedlich bleibt. Fragt sich, wie friedlich ist eigentlich ein Hungerstreik? In der Berichterstattung werden der politische Hintergrund bewußt heruntergespielt und die Forderungen vernachlässigt. Gerade deshalb finden wir es wichtig, das Thema aufzugreifen und zu politisieren.
Unser Heft hat eine neue Rubrik. Wir haben sie Kurzmeldungen genannt.
Außerdem ist der schon im letzten Editorial angekündigte Text zur Problematik Geld und Zinsen, als Reaktion auf den im letzten Heft veröffentlichten Batzentauschartikel drin. Gekostet hat er uns drei Bärenfelle und vier zusätzliche Seiten mit extra Nummern. Aber immerhin haben wir damit zwei Fliegen mit drei Klappen geschlagen.
Und damit sind wir beim Ersten Mai. Dazu findet ihr in diesem Heft nicht allzuviel. Das liegt daran, das wir keine Lust hat-

Inhalt

4 SOKO Rex auf Erfolgskurs in Bahren
7 Aufgeditscht - über die Alternative Wohnungsgenossenschaft Connewitz
12 Bühren- Ein Aufruf
14 Bühren - Realitäten, Fassaden und ein biß chen Widerstand
22 Kurzmeldungen
26 Bloody Sunday - No Cider
32 Der Rechte Rückspiegel
652 Geld, Batzen, Cash, Penunze, Donx und alles, was damit zusammenhängt
34 Chronik deutscher AusländerInnenpolitik
42 LeserInnenbriefe
44 important shit
45 Phantasie und Praxis
46 Buchbesprechung: Wie weibliche Freiheit entsteht
48 Rundumschlag
50 Der Ball ist rund!
58 Filmriß
60 Stoppok - das Interview
61 Kreuzworträtsel
62 Milde Klänge
63 Animal Man: Er rettet Tiere aus fun!



Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro,
Peterssteinweg 13,
Leipzig 04107,
E-Mail: Druck@Link-L.cl.sub.de

ten, ewig viel Energie in einen 1.Mai-Artikel-Aufruf zu stecken, und das Erscheinen des Heftes (wie in der Regel) erst am 1./2. Mai passiert. Außerdem gab es schon viele verschiedene Plakat-, Aufkleber- und Flugblattaktionen zur Mobilisierung gegen die geplante Fascho-Demo. Also wer bis dato noch nicht weiß, wo und was die Nazis am 1.Mai hier in Leipzig geplant haben und warum, wie und wozwischen man/frau was dagegen tun kann, dem würde auch kein Klarofix-Artikel mehr helfen. Und daher haben wir uns gedacht, daß wir lieber im nächsten Heft, auch als Dokumentation, über die Geschehnisse am besagten Tag berichten, Einschätzungen verschiedener Gruppen abdrucken und den ganzen Aufriß machen.

Das wars. Ende. Schluß.

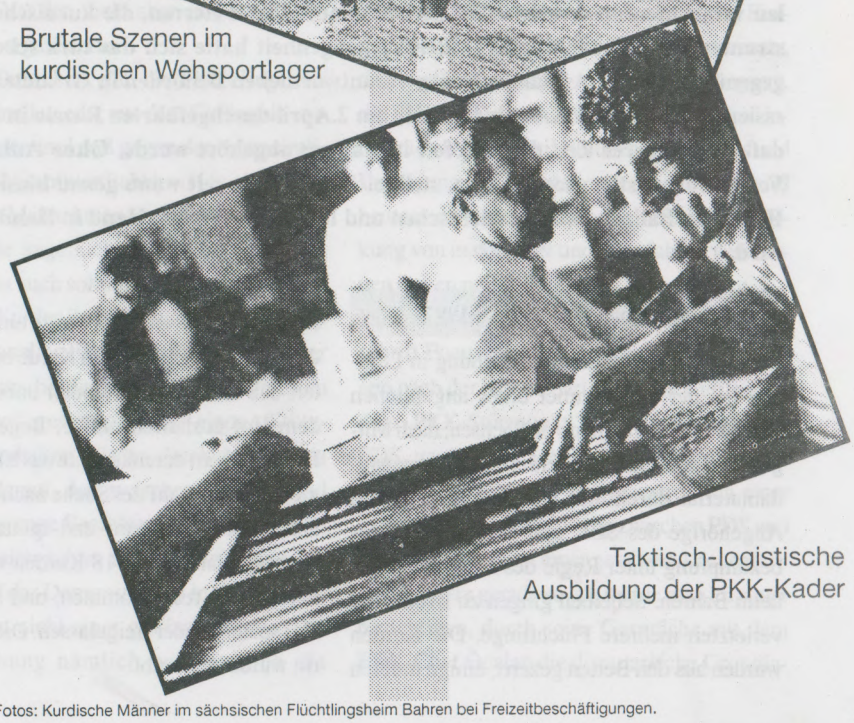
Klarofix bietet Gruppen, Personen und Organisationen ein monatliches Podium, um Informationen, Standpunkte und Diskussionsbeiträge zum politischen Geschehen in Stadt und Region über Themen jenseits der "Aufbau-Ost" Jubelberichterstattung und jenseits der Kommerz- und Yuppiekultur einer breiten Öffentlichkeit anzubieten. Es öffnet sich vor allem Themen, die von anderen regionalen Medien ausgespart, verschwiegen oder verfälscht dargestellt werden, weil sie entweder nicht ins herrschende Meinungsbild passen, weil sie nicht den entsprechenden verkaufsfördernden Sensationscharakter besitzen, oder weil sie unbequeme Widersprüche und Problemfelder im gesellschaftlichen Alltag aufzeigen.
Klarofix begreift sich nicht als Zentralorgan einer konkreten politischen Gruppierung oder Organisation und wird von allen Helfer/innen und Mitarbeiter/innen unentgeltlich hergestellt. Der veranschlagte Preis stellt ausschließlich den Materialpreis zur Herstellung eines Heftes dar, alle inhaltlichen Zuarbeiten, die Herstellung, der Vertrieb, sowie die technischen Hilfsmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
Alle im Heft erschienen Beiträge stellen, wenn nicht anders gekennzeichnet, die Meinung des/r Autors/in/innen dar.
Wir bedanken uns bei allen Autor/innen, Helfer/innen und Freund/innen, die durch ihre Mithilfe das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe ermöglicht haben und hoffen, daß Klarofix seinen Leser/innen Spaß macht und Ansatze aufzeigt, um die Entwicklungen, die uns wichtig sind, selbst mitzubestimmen.
DRUCK, Leipzig

ABSCHIEBEN! ABSCHIEBEN! ABSCHIEBEN!

Neue Beweismittel: Bahrener PKK-Terroristen-Asyl-Betrüger wollten in Sachsen eigenen Staat errichten!

Pfarrer K. Reuz (67) „Um Gottes Willen!"

Brutale Szenen im kurdischen Wehsportlager



Taktisch-logistische Ausbildung der PKK-Kader

Fotos: Kurdische Männer im sächsischen Flüchtlingsheim Bahren bei Freizeitbeschäftigungen.

SOKO-Rex auf Erfolgstournee

Zu den Razzien gegen kurdische Flüchtlinge in

Eigentlich lief in Bahren alles gut. Das nahe Grimma gelegene Heim wurde vornehmlich von Kurden aus der Türkei bewohnt. Bahren war anders als andere Heime, in denen durch die Zusammenpferchung von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern, verschiedener ethnischer und religiöser sowie sehr verschiedener politischer Anschauung und durch die unerträgliche Situation des Isoliertseins durch Draht und Aufenthaltsbeschränkungen sowie durch das ergebnislose Warten, häufig der kleinste Anlaß zu großen Konflikten führt. In Bahren beschlossen kurdische Flüchtlinge, ihr Heimleben zum Teil selbst in die Hand zu nehmen. So bestand, als wir vor mehr als einem Jahr die ersten Kontakte zu den Flüchtlingen hatten, bereits ein Komitee, das anstelle der üblichen bürokratischen und individuellen Paketausgabe die Verteilung der Lebensmittel sowie die Reinigung der Küchen und Toiletten organisierte. Außerdem legten die Heimbewohner Geld zusammen, um gemeinsame Gäste aus Grimma und anderswoher zu bewirten, oder gemeinsam zu kurdischen Festivals in Westdeutschland zu reisen. Trotz der guten Kontakte zu den Deutschen in Bahren, trotz der Besuche oder gemeinsamen Fußballspiele mit deutschen Jugendlichen, blieben in der Vergangenheit einige ausländerfeindliche Anpöbelungen und Übergriffe nicht aus. Für die Kurden aus Bahren, aber auch für viele Kurden aus Leipzig Grund genug, an der antifaschistischen Massendemonstration in Wurzen teilzunehmen. Während der Demonstration kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Kulturattaché des türkischen Konsulats von Leipzig, der von einem Mann „fürs Grobe" begleitet wurde. Geschützt durch deutsche Bullen versuchten die beiden nicht gerade unauffälligen Herren, die kurdischen Demonstranten zu fotographieren. In der Vergangenheit hatte sich das türkische Konsulat gegenüber den für Ausländerfragen verantwortlichen Behörden in Grimma sehr interessiert gezeigt. Das LKA gab nach der am 2.April durchgeführten Razzia in Bahren zu, daß seit längerer Zeit das Telefon in Bahren abgehört wurde. Ohne Anhänger von Verschwörungstheorien zu sein, stellt sich die Frage, seit wann genau hinsichtlich des Heimes in Bahren zwischen deutschen und türksichen Stellen Hand in Hand gearbeitet wird.

Mittwoch, der 2.April 1997

Parallel zu einer Hausdurchsuchung in Leipzig, bei der das Zimmer eines angeblichen PKK-Verantwortlichen von Sachsen, nach Mitgliederlisten, Spendengeldern und Propagandamaterial durchfühlt wurde, stürmten 230 Angehörige des SEK und der Terrorismusbekämpfung unter Regie des LKA das Asylheim Bahren. Scheiben gingen zu Bruch und verletzten mehrere Flüchtlinge. Die Kurden wurden aus den Betten gezerrt, einige mußten sich ausziehen, anderen wurde eine Pistole an die Schläfen gehalten. Ein Kurde berichtet später, daß er mehrere Stunden unbekleidet auf dem Hof ausharren mußte. Begeitet von 12 Dolmetschern durchkämmte das LKA die Räume; wiederum auf der Suche nach Mitgliederlisten, Spendengeldern- und -quittungen sowie Propagandamaterial. 18 Kurden wurden vorübergehend festgenommen, und schon einen Tag später wieder freigelassen. Die Heimleiterin wurde beurlaubt.

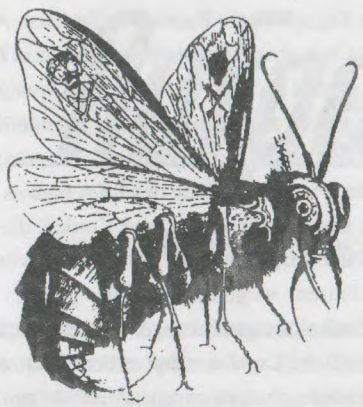
Die Ausbeute der Razzia war enorm! Ganze 3000,- DM konnten durch die Beamten sichergestellt werden! In einem der wenigen soliden Presseberichte heißt es dazu:
„Dann ein Mann mit Brille. Typ Bio-Lehrer. Er sagt, das Geld, das angeblich Spenden für die PKK sein sollen, hat er von seinem Cousin überwiesen bekommen. Es sind genau 2722,50 Mark. Er könne das mit dem Überweisungsschein beweisen. Das Geld war für eine Fahrschule." (Jens Rometsch, LVZ/MTL 12./13.April 1997)
Auch die Ausbeute an Propagandamaterial, die das LKA mit nach Dresden nehmen konnte, war beeindruckend: türkischsprachige Bücher des PKK-Chefs Öcalans, die in der Türkei sogar in Straßenläden erhältlich sind und ein Printprodukt, das mit Sicherheit gegen das Vereinsverbot vom November 1993 verstößt: ein Buch über Georgie Dimitrow.
Der jedoch bedeutendste Fund ist der einer Faustfeuerwaffe „M 74", die weiter weg vom Heim sichergestellt wird sowie zwei nicht anmeldungspflichtige Schreckschußpistolen, die das LKA zunächst liegen läßt, am nächsten Tag jedoch zurückkehrt und „sichert". Das beeindruckende Waffenarsenal schließlich wird der Presse als unwiderlegbarer Beweis dafür verkauft, daß das „Asylantenheim (...) der vebotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als Stützpunkt" diente.
In einer erst am 4.April veröffentlichten Pressemitteilung erklärt das LKA, daß das Heim in Bahren „Ausbildungs- und Schulungszentrum der PKK im Freistaat Sachsen" gewesen sei. Und der Pressesprecher Uwe Pradel behauptet am selben Tag gegenüber MDR-Info:
„Von dort (Bahren) gingen eine Vielzahl von Aktivitäten im Sinne des Kampfes der PKK gegen die Türkei aus."
Wir stellen uns vor: Zwischen den monatlichen Terminen für die Auszahlung des Taschengeldes zieht ein Trupp fanatischer Kurden bei Nacht und Nebel los, gelangt auf Wegen, die strengster Geheimhaltung unterliegen, in die Türkei, führt dort Anschläge durch und kehrt wieder zurück. Oder aber: Die „geschulten PKK-Kämpfer" aus Bahren ziehen auf Befehl von oben los, um in der Bundesrepublik An-

schläge gegen türkische Einrichtungen durchzuführen. Das und nichts anderes suggeriert ein Wort wie „Stützpunkt", zumindest wenn es im Zusammenhang mit der PKK genannt wird. Obwohl es in Sachsen nie einen vom LKA so zugeordneten Anschlag gab, sollen die Bürger des Freistaates Sachsens sich bedroht fühlen. Und prompt fragt MDR-Mitarbeiter Mario Hille:

Sachsen

„Das ist aber jetzt vorbei?"
Darauf die wenig beruhigende Antwort von Pradel: „Das hoffen wir. Zumindest dort. Wir können nicht garantieren, daß nicht andernorts ähnliche Strukturen wie Pilze aus dem Boden wachsen."

Noch ein Wort zur deutsch-türkischen Zusammenarbeit. Die Kurden in Bahren berichteten, daß während der Razzia die 12 bestellten türkischen Dolmetscher ihre Befugnis als Übersetzer überschritten. Ähnlich wie bei der Hausdurchsuchung in Leipzig, wo der bestellte Dolmetscher selbständig im Zimmer herumschlich und den LKA-Beamten „verbotene Bücher" aufdrängelte, die diese übersehen hatten, traten hier die Dolmetscher in Aktion. Sie führten eigenständig Befragungen der kurdischen Flüchtlinge durch und beschimpften sie. Dazu muß erklärt werden, daß in der Türkei speziell Türken und Kurden als Dolmetscher ausgebildet werden, um in Deutschland bevorzugt beim Dolmetschen in Asylverfahren eingesetzt zu werden. Abgesehen von erfahrungsgemäß schlechten, das heißt den Flüchtlingen zum Nachteil gereichenden Übersetzungen, darf davon ausgegangen werden, daß über diesen Weg Informationen an die türkischen Konsulate und an den türkischen Geheimdienst MIT weitergegeben werden, ohne daß sich die Deutschen die Hände schmutzig machen müßten. Die Namen der festgenommenen Kurden liegen nun auch dem Konsul vor. Die betroffenen Kurden fürchten zurecht, daß ihre Familienangehörigen in der Türkei Repressionen ausgesetzt werden können. Und sie fürchten zurecht, daß im Falle ihrer eigenen Abschiebung sie mit Repressionen zu rechnen haben.



Ein gelungener Schlag gegen die PKK in Sachsen oder Medienspektakel?

Allein die Tatsache, daß das LKA zu der Razzia in Bahren erst zwei Tage später, zu der Hausdurchsuchung in Leipzig bislang überhaupt nicht Stellung genommen hat, deutet darauf hin, daß der vom LKA als Erfolg in der Bekämpfung von Ausländerextremismus nichts als heiße Luft ist!
Das Gericht hatte die Durchsuchungsbeschlüsse nicht mit Vermutungen sondern mit angeblichen Tatsachen begründet. Vom Heim in Bahren hieß es, es „ist" ein Zentrum der PKK, von dem von der Hausdurchsuchung in Leipzig betroffenen Kurden hieß es, er „ist" der PKK-Verantwortliche in Sachsen. Letzteres ist schon deshalb absurd, weil in Verfassungsschutzpapieren nachzulesen ist, daß die PKK östlich der Elbe nur eine regionale Struktur „Ost" hat, nicht aber eine nach Bundesländern organisierte.
Auch die Tatsachen, daß die Flüchtlinge aus Bahren schnell wieder aus dem Gefängnis entlassen wurden und daß gegen den vermeintlichen PKK-Verantwortlichen von Sachsen keine weiteren Maßnahmen ergriffen wurden, zeigen, daß die angeblichen Beweise nichts beweisen. Was auch sollten sie beweisen? Da organisieren Kurden ihren Heimalltag selbst, nehmen an kulturellen Festivals statt, die nicht unter das Vereinsverbot fallen und werden dafür zu „Terroristen" gestempelt, die einen „Stützpunkt" unterhalten würden. Auch der Verweis des LKA darauf, daß zwischen der PDS und den Kurden enge Beziehungen bestehen würden, was sich schon in der Beteiligung der Kurden auf der Demonstration in Wurzen zeige, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Die Durchsuchung nämlich wurde durch die SOKO-Rechtsextremismus vorgenommen.
Freilich, nach den Buchstaben des Ausländergesetzes ist es Flüchtlingen und Exilanten verboten, sich politisch zu betätigen. Es ist jedoch nur all zu gut zu verstehen, wenn sich Flüchtlinge gegen rassistische Übergriffe wehren, bevor sie ihnen völlig zum Opfer fallen. Wurzen war nicht die erste antifaschistische Demonstration in Sachsen, an der sich Ausländer beteiligten. Und die Kurden aus Bahren sind auch nicht die einzigen Kurden in Sachsen, die zu ihren Musikfestivals in den Westen reisen oder sich Plakate mit PKK-Märtyrern an die Wand hängen. Im Übrigen gab es in den vergangenen Wochen und Monaten häufiger Durchsuchungen von Zimmern türkischer Kurden in sächsischen Asylheimen. Im Falle von Bahren aber ist es ein ganzes Heim, in dem Flüchtlinge versuchen, mit der ihnen aufgezwungenen Situation der Massenunterkunft fertig zu werden. Und es ist eine eben größere Gruppe von Flüchtlingen, die sich als politische Flüchtlinge betrachtet und in Deutschland nach politischen Kontakten sucht. So lange eine Gruppe von afghanischen oder irakischen Flüchtlingen für sich allein bleibt oder bestenfalls kulturelle Veranstaltungen mit örtlichen Flüchtlingsinitiativen unternimmt, interessieren sich Staat- und Verfassungsschützer nicht für sie. Es sei denn, es handelt sich um islamistische Extremisten. Wenn aber irakische Kurden oder Iraner beginnen, sich politisch zu organisieren und nach deutschen politischen Kontakten suchen, werden sie observiert. Im Falle von Kurden aus der Türkei ist die Situation extremer, da die größte, sie repräsentierende Bewegung, die PKK, in Deutschland verboten ist. Die Unterdrückung von exilpolitischer Tätigkeit und Bewegung der Kurden aus der Türkei wird heute noch stärker betrieben als die Unterdrükkung von in den 70er und 80er Jahren verbotenen linken palästinensichen Bewegungen.
Die Lokalpresse von LVZ bis Bild und die Zeitschrift Focus Pokus ereiferten sich in den Tagen nach der Razzia darin, daß die Kurden aus dem „PKK-Stützpunkt" beste Beziehungen zur PDS, namentlich Steffen Tippach und dessen Regionalbüro hätten. Die Konstruktion einer extremistischen Verbindung zwischen PDS und PKK entbehrt nicht einer gewissen Lächerlichkeit. Es wäre gerade so, als würde man Lummer bezichtigen, durch seine Gespräche mit dem PKK-Chef Öcalan die disputarische Grundla-

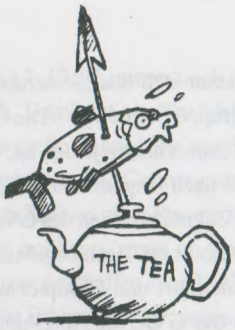
ge für eine gemeingefährliche Verschwörung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung geschaffen zu haben. Von CDU bis Bündnis90/Die GRÜNEN, von Focus, über Spiegel bis zum ARD gab und gibt es zahlreiche Kontaktaufnahmen mit dem in Damaskus sitzenden PKK-Chef. PDS-Abgeordnete oder hohe Funktionäre sind bislang zu ihm nicht vorgedrungen.

Indes, die Razzien erfolgten zu einem Zeitpunkt, in dem es zwischen Ankara und Bonn nicht nur knisterte, sondern ein offener undiplomatischer Schlagabtausch geführt wurde. Vor dem Hintergrund mehrerer rassistischer Anschläge auf türkische Wohnungen und dem bis dahin noch ungeklärten Tathergang der Morde in Krefeld sowie vor dem Hintergrund einer kulturchauvinistischen Äußerung Helmut Kohls bezüglich des zivilisatorischen Entwicklungsstadiums der türkischen Gesellschaft, sah sich Bonn (oder vielmehr Wiesbaden, „Stützpunkt" des BKA) vielleicht in Handlungszwang. Am 1. April wurde ein vermeintlicher PKK-Funktionär in Berlin festgenommen, einen Tag später die Razzien in Sachsen. Aber wie schon oben festgestellt: der Einsatz in Bahren scheint auch aus Sicht des LKA wenig Erfolg gehabt zu haben, bei allen gegenteiligen und für die Medien servierten Behauptungen. In der Pressemitteilung des LKA hieß es ferner, gegen mehrere Dutzend Kurden, die zur Zeit der Razzia nicht im Heim waren, würden Verfahren wegen Verstoß gegen die Aufenthaltsbeschränkungen eingeleitet. Eine lächerliche Lapalie, wenn es dem LKA doch angeblich gelungen sei, ein „Ausbildungs- und und Schulungszentrum der PKK" auszuheben!

Ziviler Ungehorsam

Am 4. April entschlossen sich die Kurden spontan zu einer Demonstration, um gegen den Überfall auf ihr Heim und gegen die Verunglimpfung als „Terroristen" zu protestieren. Seit dem 13. April befinden sich 12 kurdische Flüchtlinge im Hungerstreik. Die Frauenkirche von Grimma gibt ihnen vorerst Schutz. Während des Hungerstreikes werden an Medien, Schaulustige und andere Flugblätter verteilt. Die Hungerstreikenden fordern, daß das Landratsamt von der geplanten Umverteilung der 18 Kurden, die nach der Razzia festgenommen wurden, absieht. Sie fordern die Herausgabe der beschlagnahmten Bücher, des Geldes und der Gegenstände, darunter ein Kleintransporter, mit dem die Heimbewohner gemeinsame Einkäufe in Grimma erledigt hatten. Und sie fordern, daß wie bisher, daß Taschengeld monatlich ausgezahlt wird, damit die Flüchtlinge selbst besser darüber verfügen können. Die auf einem Flugblatt zuletzt genannte Forderung lautet:

„Die Türkei führt gegen das kurdische Volk einen schmutzigen Krieg. Wir aber wollen mit den Völkern der Erde in Frieden und Freiheit zusammenleben. Deshalb fordern wir die Beendigung des Krieges. Wir hoffen auf die Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland."

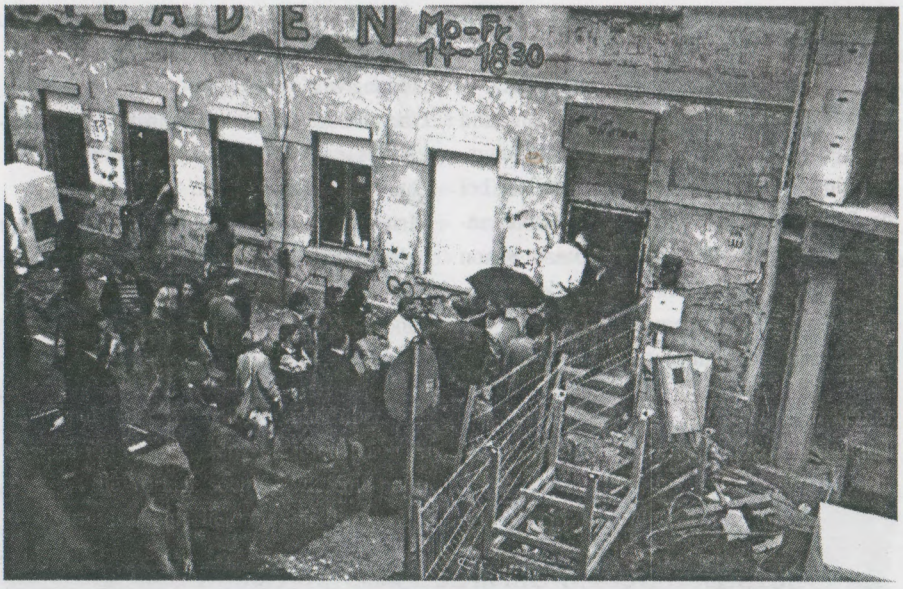


Aufgeditscht?

Eine Meteorologie des Leipziger Südens

Am 21.08.1996 beschloß die Ratsversammlung der Stadt Leipzig ein 42-seitiges Papier, welches bald, einer Wolke ungeklärter Abwässer gleich, über Boomtown Ost umherschwirren sollte. Die Rede ist von jener berühmten OBM-Vorlage, die 16, zum Teil ehemals besetzten, Häusern eine ruhige Zukunft als Eigentum der „Alternativen Wohngenossenschaft Connewitz" sichern sollte. Aus Sicht der Genossenschaft könnte sich das Ganze heute, 9 Monate später, als Fehlgeburt herausstellen, denn die Stadt hat erreicht, was sie wollte: ein Großteil jener ominösen Connewitzer Kraft, durch die sie in Angst und Schrekken versetzt wurde, ist kanalisiert und rinnt als beschauliches Bächlein auf die Mühlen der Amtsbürokratie. Bevor wir jedoch ordentlich mit Dreck werfen, wollen wir etwas im Unrat rühren.

Am Anfang war der Plan. Vom Rat mehrheitlich abgenickt (daß die CDU damals freundlich mitspielte, ist kaum jemandem richtig aufgestoßen), beinhaltet er ein 1995 beginnendes Konzept in 3 Phasen, das besagt, daß '96 schon 10 (Zehn) Häuser durch die Stadt gekauft werden, bei vier von ihnen - Stöckartstrasse 11, 7/9, Auerbachstrasse 2 und Hermannstrasse 4 - sollte im selben Jahr Sanierungsbeginn sein. Bei zwei weiteren Häusern - Stöckartstrasse 3/5 und Herderstrasse 9 - war dies für '97 angedacht und bei den restlichen sollte der Hammer ab '98 geschwungen werden. Soweitsogut und alle harrten freudig der Dinge, die da kommen sollten. Nachdem nun dem Plan mit christlichem Segen der Lebensodem eingehaucht und er ins raue Leben gestoßen wurde, um sich dort zu bewahrheiten, kam alles wie es kommen sollte. Nämlich mit den Füßen zuerst. Von den 5 Punkten des damaligen Beschlußvorschlages (Vorlage DB Nr.: 117/96) wurde der letzte allereiligstens umgesetzt. In dem steht nämlich, erstmal „Ja" sagen und alles weitere „wird anhand von Einzelvorlagen entschieden". Daß die OBM-Vorlage den Wert von Klopapier nur in der Anschaffungsmühe übersteigt, das pfeifen die Spatzen von allen Dächern. Zwar ist die Vorlage soetwas wie eine politische Grundsatzentscheidung, die die Verwaltung nur noch auszuführen bräuchte, aber das würde voraussetzen, daß hinter dieser Entscheidung auch gleichlautender Wille steht. Die Bemühungen bei der „Umsetzung der jugend- und wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig", mit dem Ziel: „Erhalt und Entwicklung alternativer Jugend-, Kultur- und Wohnprojekte am Beispiel des Stadtteiles Connewitz" bestehen jedoch im konsequenten Befolgen der alten Volksweisheit: Gut Ding will Weile. Da nimmt die Stadt in Gestalt des Jugendamtes (im folgenden JA) die Gelegenheit, Häuser zu symbolischen Mieten zu bekommen, nicht wahr - z.B. ZORO - und es stellt sich heraus, daß die für Mietverträge zuständige JAlerin bis vor kurzem nichts von dem Stadtratsbeschluß zum Kauf der Häuser wußte. Die Stadt blockiert - im Falle der Stöckartstrasse 7/9 - seit wenigstens 2 Jahren die Sanierungsbestrebung von Bewohnern und Erben, zu der sie lediglich hätte zustimmen müssen. In anderen Fällen gibt es zwischen ihr und Hauseigentümern keinen Kontakt, geschweige denn, werden Verhandlungen bezüglich des Kaufes gesucht. Die Stöckartstrasse 6 und 16 sind inzwischen Eigentum einer Immobilienfirma, die Noch-Mietverträge laufen aus und nichts passiert. Einem anderen Eigentümer, der seine Kuchenbude seit 2 Jahren loswerden will, jedoch immer wieder vertröstet wird, geht schließlich auch auf, daß er von der Stadt ordentlich auf den Mops geladen wird. Als er dann mal wieder nachfragt, wird ihm eröffnet, daß die Stadt eigentlich keinen rechten Bock mehr hat, die Vorlage umzusetzen. Doch um das gute Verhältnis zu den entscheidungstragenden Behörden (und spätere Geschäfte) nicht zu gefährden, wird von den Hausbesitzern gute Miene zum bitterbösen Spiel gemacht. Höchstens hinter vorgehaltener Hand werden ein paar deftige Andeutungen gemacht, ansonsten wird die gute Zusammenarbeit mit der Stadt geheuchelt. Allein dem Eigentümer der Stöckartstrasse 3/5 platzt langsam der Kragen. Beim Erscheinen dieses Heftes werden wir wissen, ob er sich an die Öffentlichkeit gewagt hat oder sich wieder



hat einlullen lassen. Da in diesem Fall noch weitere Erben am Firnament erscheinen, könnte es mit einem Verkauf sowieso bald Essig sein. Für die Bastion 3/5 stehen die Zeichen eh auf Schleifen bis zu den Grundmauern. Ein entsprechendes Gutachten ist schon erstellt. Irgendwie muß der größte Störfaktor ja beseitigt werden.

Auf ganzer Breite der Verwaltungsebene wird verschleppt und versucht, die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für die Übernahme der Häuser durch die Genossenschaft zu schaffen. Dies geschieht zum Beispiel bei der Stöckartstrasse 4 + Schellenberghaus in der Art, daß sich die DSK zickig bei der Grundstücksteilung anstellt und beide Häuser nur zusammen an die Genossenschaft abgeben will.

Oder indem das Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbau (ASW) und das Bauordnungsamt eine erforderliche Grundstücksteilung bei der Stöckartstrasse 11 verzögern, womit der angedachte Hauskauf verhindert wird. Schon zum zweiten Mal verschwanden bei der zuständigen Behörde in diesem Zusammenhang der Lageplan samt Teilungsantrag der Genossenschaft, bzw. wird dem Eigentümer seitens des ASW nahegelegt, das gesamte Gebäude als 12. Eigentumswohnung seines Eckneubaues Bornaische Str. zu verkaufen. Oder bei der Herderstrasse 9, immerhin Pilotprojekt der ganzen Chose, wo auf rätselhafte Weise weder das Vorkaufsrecht wahrgenommen (siehe Kasten!), noch ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wurde. Inzwischen ist die Herderstrasse 9 von ihrer alten Besitzerin an die Immobilienfirma DUKRA gegangen. Diese ist zwar auch bereit, an die Stadt zu verkaufen - wobei der Preis inzwischen um 40.000 DM stieg, versteht sich - behält sich jedoch vor, selbst zu sanieren, sollte sie weiter nur mit lapidaren Schreiben á la „gegebenfalls wird auf Sie zugegangen", hingehalten werden. Es könnte also schnell dazu kommen, daß das Pilotprojekt eine satte Bauchlandung wird.

Überall liegen auf dem Weg in die Glückseligkeit des trauten Heimes Stolpersteine.

Dumm gelaufen?

Man könnte in der Tat annehmen, daß dahinter lediglich ein Macht- und Befugnisgerangel einzelner Ämter steht. Immerhin sind an den Verhandlungen das ASW, das Kulturamt, die DSK, das Grundstückverkehrsamt (GVA), das Sozialamt, das Rechtsamt, das Wohnungsamt, das Ordnungsamt und das JA beteiligt; alles in allem nennt sich das „ämterübergreifende Arbeitsgruppe Connewitz". Die Genossenschaft, die ja immerhin diejenige ist, um die es geht, ist erst nach langem Hin und Her und deutlichem Zähneknirschen des GVA und des Wohnungsamtes am Tisch zugelassen worden. Als Nummerngirl und Groupier wird, zumindest durch das GVA, die Abteilung Ordnung und Sicherheit (!) des Regierungspräsidiums Leipzig vorgehalten.

Worum es aber ebenso zu gehen scheint, ist, die Bewohner und Bewohnerinnen von Bermuda in brave Mitbürger zu verwandeln. Dies soll erzwungen werden, indem zum Beispiel die Aufnahme der Auerbachstrasse 2a (statt der abgerissenen Ernestistrasse 8) in die OBM-Vorlage abgelehnt wird, weil man erstmal sehen will, ob sich die Genossenschaft „zu einem 'seriösen' Vertragspartner für die Stadt Leipzig entwickelt" (Ordnungsbeigeordneter Tschense in einem Schreiben vom 12.12. 96 an die Genossenschaft). Diese Seriösität soll die Genossenschaft „durch die korrekte Abwicklung des Erbaurechtsvertrages und die pünktliche Zahlung des Erbbauzinses unter Beweis" stellen. Einen ersten Schritt dorthin sieht die Stadt in der Übernahme der Herderstrasse 9, die

Punkt 2 - Herderstraße 9

Bezüglich der Herderstraße 9 fragte Herr Rüden, warum die Stadt ihr Vorkaufsr ht nicht wahrgenommen hat.

Ihm wurde mitgeteilt, daß die Genossenschaft es nicht geschafft hat, diverse Unterlagen bei der Stadt vorzulegen.

Seitens der AWC Vertreter wurde klargestellt, daß die Genossenschaft alles getan hat, was sie konnte, und das der Fehler bei der Stadt liegt.

B:

Gespräch zwischen Doreen Blasig und Frau Ehlers, telefonisch, gegen 18.00 Uhr

Nach dem Gespräch zwischen Herrn Rüden telefonierte D.Blasig mit Frau Ehlers vom GVA.

Diese sagte aus, daß es stimmt, daß die Stadt das Vorkaufsrecht nicht wahrgenommen hat, weil es eine Anordnung (von wem, sagte sie nicht) gäbe, wonach sie das Vorkaufsrecht erst hätte wahrnehmen dürfen, wenn der Erbbaurechtsvertrag unterzeichnungsfähig wäre.

Protokoll eines Gespräches zwischen der Genossenschaft und Rechtsanwalt Rüden, welcher Hausbesitzer vertritt, vom 17.12. '96

Tschense am 12. 12. 96 immer noch in „naher Zukunft" sah. Damit ist ein Teufelskreis geschaffen. Das große Ganze kann angeblich nur vorankommen, wenn die Genossenschaft ihre „Fähigkeit" im Kleinen unter Beweis stellt, was sie wiederum nur kann, wenn im Großen die Voraussetzungen geschaffen sind. Die Verhandlungen über die Erbbauverträge ziehen sich. Ein genossenschaftlicher Vorschlag mit guten Chancen für den Endausscheid lag der Stadt bereits im September '96 vor. Am 10. 2. 97 ging dann eine Fassung eines von beiden Seiten getragenen Vertrages zur Abstimmung in den Grundstücksverkehrsausschuß. Die dann am 27. 2. 97 in der 8. Sitzung der AG Connewitz auftauchende Fassung enthielt jedoch Passagen, die in deutlichem Gegensatz zu bisher getroffenen Aussagen stehen. Keiner wollte es gewesen sein, und alle hielten die Betroffenheitsflagge hoch. Leider müsse nun neu verhandelt werden. Interessant ist, daß das GVA die Teilnahme an dieser Sitzung kurzfristig absagte und somit „die Gründe für Veränderungen bestimmter Inhalte des Vertrages nicht hinterfragt werden" konnten. Die neuen Regelungen betreffen solche Kleinigkeiten wie eine 100 %ige Belegungsbindung. Das bedeutet: Das Wohnungsamt bestimmt allein, welcher glückliche Wohnberechtigungsscheininhaber eine Kiezwohnung bekommt. Bei geördertem Wohnraum variieren solche Bindungen oft mit der Höhe der Förderung, sind aber nicht obligat. Wenn das JA hier noch vorsichtig von „ungünstig" bzw. von „dem Prinzip der Gleichbehandlung von Fördermittelnehmern widersprechenden" Formulierungen spricht (Amtsleiter Braun in einem Brief an das GVA), so bleibt es an uns, deutlich zu werden: Dünnpfiff. Paradoxerweise verlangte nicht mal das Wohnungsamt solcherlei und wiedereinmal stößt die Kanalratte auf den permanent verstopften Engpaß der kloaka maxima, auch unter dem Kürzel GVA bekannt. Ein weiterer Knick im Geröhr ist die Vertragslaufzeit von nur 35 Jahren - üblich sind 66 bzw. 99 Jahre - was sich ungünstig auf die Möglichkeiten, Kredite zu bekommen, auswirkt.

Nach eigener Auskunft sind die Besitzer der Häuser bereit, die ruinösen Rudimente einstiger Bürgerpracht an die Stadt zu verkaufen. Die Stadt selbst spricht sogar davon, „daß die Chancen zum Erwerb nach Verkehrswert nicht als schlecht einzuschätzen" sind, „da die Eigentümer sich in der Regel gerne von den ... Häusern trennen möchten.". (Vorlage der Dienstberatung des OB am 13.5. '96) Wer wird schon nicht gern eine einsturzgefährdete Hütte, mit einem Haufen Chaoten drin, los, wenn es dafür sogar noch Cash gibt?

Dort sitzt der Schweineigel also nicht. Die Genossenschaft ihrerseits erfüllt treulich und loyal alle Festlegungen aus den Verhandlungen und kümmert sich sogar um die ständigen Briefe des Tschensischen Amtes für Ordnung betreffs Lagerfeuern und zerschossenen Neubauscheiben, in denen ihr eine Rolle als Ordnungs-

STADT LEIPZIG
DER OBERBÜRGERMEISTER

Postanschrift: Stadt Leipzig · PF 780 · 04007 Leipzig

Alternative Wohnungsgenossenschaft
Connewitz eG

Dezernat Umwelt, Ordnung, Wohnen

Grundsätzlich vertrete ich die Ansicht, daß die Erweiterung (bzw. der Austausch für das Haus Ernestiestr. 8) der in der Stadtratsvorlage aufgenommenen Objektliste von der Stadt geprüft werden kann.
Als Voraussetzung dafür sehe ich jedoch die Notwendigkeit, daß ein tatsächliches Vorankommen der einzelnen Projekte, die bereits in der Vorlage enthalten sind, für alle Beteiligten erkennbar ist. Erste Schritte in diese Richtung können ja schon in naher Zukunft durch die Übernahme der Herderstraße 9 sein. Ich denke, es ist wichtig, auch den Kritikern der „Connewitz-Vorlage" deutlich zu machen, daß sich die Alternative Wohnungsgenossenschaft Connewitz eG zu einem „seriösen" Vertragspartner für die Stadt Leipzig entwickelt hat. Beispielsweise sollte das durch die korrekte Abwicklung des Erbbaurechtsvertrages und die pünktliche Zahlung des Erbbauzinses unter Beweis gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Tschense
Beigeordneter

garant angeredet werden soll. Sie wäre die letzte, der es etwas bringen würde, die Häuser lieber morgen als heute zu kaufen, erhoffen sich doch viele, durch eine geklärte Wohnsituation, eine Art sicheres Hinterland. Aus diesem Freiraum heraus wollte mensch sich dann um anderes kümmern. Und hier ist auch eine nicht unwesentliche Stolperstelle, welche erklärt, warum der Stadt so daran gelegen ist, die Connewitzer Bewohner und Bewohnerinnen an der Nase herumzuführen. Von hier aus gesehen erklären sich auch einige recht denkwürdige Merkwürdigkeiten seitens der Stadt. Wie der obskure Wunsch des GVA, welches eine Liste aller Genossenschaftsmitglieder, „insbesondere" deren Wohnanschriften sowie eine Aufschlüsselung nach „ihren Vorbildungen und Möglichkeiten" haben möchte. Klar, Jungs und Mädels, schickt doch prophylaktisch gleich eure Konfektionsgröße mit, wegen Zwangsjakke und so! Nebenbei wird sich noch darüber echauffiert, daß es Genossenschaftsmitglieder gibt, die nicht dem Gruppenzwang (Hat Gruppenzwang eigentlich Sippenhaft zur Folge?) unterliegen und außerhalb der Bannmeile (Connewitz) wohnen, was ja wohl nicht angehen könne (gemeint sind damit eine Vertreterin des Alternativen Bauträgers Connewitz und ein Berater von der Partnergenossenschaft). Wir übergeben uns an dieser Stelle kurz und befreiend. Eigentlich müßte noch weiter gequirlt werden, aber der Mief wird langsam unerträglich. Bevor wir den Gullideckel plumsen lassen:

Der Stadtrat hat mit einem gönnerhaften Lächeln die OBM-Vorlage abgenicken können, ein politisches Bekenntnis zu Connewitz (HURRA!), denn der Joker (besser: Sandsack) „Verwaltung" steckte totsicher in der Hinterhand. Für die Umsetzung der Verwaltungsvorlage sind die Ämter verantwortlich. Doch die Falle ist noch sicherer als tot, denn die diversen Ämter bekommen ihre Weisungen nicht von so einem Pappnasenverein parlamentarischer Bürgerverarsche. Da gibt es noch genügend Häuptlinge, LGs und Oberdingsdas. Da braucht es auch nicht unbedingt offizielle Befehle. Ein Dienst streng nach Vorschrift, eine zuunterst gerutschte Akte sind nur einige der verwaltungstechnischen Nettigkeiten, die, bei Wahrung des Scheins einem Boykott der Sache gleichkommen. Die Verwaltung ist mit dem Problem nicht überfordert, auch wenn einige gerne an die Tranigkeit der Amtsstubenhocker glauben möchten. Um Kommunikationsschwierikeiten zwischen der Vielzahl an Ämtern auszuräumen, wurde die ämterübergreifende AG gebildet und trotzdem weiß die linke nicht, was die rechte Hand macht? Und das alles bei der angeblichen Vorzeigeverwaltung D-Ost?

Hier passiert nichts zufällig. Wie hat sich denn die Stadt in der Vergangenheit gegenüber Connewitz positioniert? Es geht um die Spaltung in gute und böse Besetzer, um das Aussieben letzterer, um Ruhigstellung, Überwachung und Kontrolle (detaillierte Mieterlisten, Belegungsbindung s.o.). Es wird versucht, die „Szene" zu entpolitisieren, was im Falle der Genossenschaft schon gelungen ist und über diese auch leicht mit dem Rest passieren könnte. Die Genossenschaft hat sich schon mit schlechten Karten an den Tisch gesetzt, das Spiel bestimmen andere, sie gibt bloß noch zu. Sie wird die Hosen völlig fallen lassen müssen, um die Schloßallee doch noch zu kriegen, als Almosen, als Köder an dem sie sich verschluckt.

Ist der Preis für die Häuser die Aufgabe, bzw. das Verdrängen jeglicher Vorstellungen und Versuche, die „Utopie" zu leben? Ist er das wert? Was soll denn dann noch passieren, wenn die Häuser in Jahren dann irgendwann, irgendwie ein bischen uns sind, was zudem gegenwärtig weit utopischer erscheint als alle Utopie.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen doch, daß das ... (nennt es, wie ihr wollt) das eine sagt, um dann das andere zu tun und eben nur Sachen vor sich rumzündeln läßt, von denen kein Flächenbrand ausgehen kann. Dementsprechend geht auch bei der OBM-Vorlage alles mit Netz und doppeltem Boden ab. Und das dauert. Derweil sitzt die Genossenschaft im Hamsterrad und strampelt sich die Krallen ab. Nicht daß die Boomtown keine Punker im Straßenbild ertragen kann, im Gegenteil, aber dann bitte weichgespülte. Connewitz durch die Mühlen der Verwaltung zu treten, ist für die Stadt viel weniger imageschädigend und kostenintensiv als der Einsatz von Räumpanzern und anderen Supermanneinheiten.

Doch da es niemals zu spät ist, hat die Idee der Genossenschaft noch einige Chancen. Denn klar ist, die Verträge und Häuserübergaben müssen für die Stadt die günstigere und billigere Variante sein, als hier so rumzuzünden. Soviel sollten wir aus dem großen Business gelernt haben: brennendes Interesse hervorrufen, ein unschlagbares Angebot machen und dann den Preis mitbestimmen. Ansonsten werden wir ewig als unmündige Phantasten belächelt, die sich selber an die Kette gelegt haben.

Die Genossenschaft hat nichts zu verlieren als ihre Ketten.

Druck

Der Obermeier in der Höhle des Löwen

krieg den palästen ?

* die Vergänglichkeit der Pleißenburg

Wider dem rassistischen Normalzustand!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen Abschiebeknäste

Am 4. März diesen Jahres fand in Berlin ein Ereignis der besonderen Art statt: Roman Herzog, oberster Repräsentant der BRD, eröffnete das europäische Jahr gegen Rassismus. Kostproben davon, wie die Herrschenden dieses Landes dieses Jahr zu gestalten gedenken, erhielten wir reichlich in den letzten Wochen und Monaten:

- Am 14. März billigte der Bundesrat die Einführung der Visumspflicht für Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Marokko und Tunesien als ArbeitsmigrantInnen in die BRD gekommen sind. Auch Kinder sollen frühzeitig den Unterschied zwischen "Deutsch-sein" und "Nicht-deutsch-sein" lernen!
  Für das Jahr 1997 ist die größte Massen-Abschiebeaktion seit Bestehen der BRD vorgesehen. Exerziert wird sie an den bosnischen Flüchtlingen, denen offensichtlich mit Gewalt von Seiten des Staates klargemacht werden soll, daß in "ihrer Heimat alles in Ordnung" sei. Schließlich sorgen dort "unsere Jungs von der Bundeswehr" im Rahmen der NATO-"Friedens"truppe für die Aufrechterhaltung dieser Ordnung.
- Daß ein paar dieser für eben diese "Friedens"truppe vorgesehenen "Jungs" übereifrig ihren Auftrag erweitert und in Detmold eigenmächtig den gewaltsamen Angriff auf ausländische Menschen geprobt haben, hat vermeintliche Empörung ausgelöst. Wieder einmal war das "internationale Ansehen der BRD" gefährdet und außerdem ist hierzulande die Vertreibung von MigrantInnen - noch - ein Monopol des Staates. Sie ist gesetzlich geregelt, ausgeführt von Ausländerbehörden, Bundesgrenzschutz und Polizei.
- Aus den Reihen der CDU kommt der Vorschlag, die Arbeitsmöglichkeiten für Nicht-EU-MigrantInnen noch stärker einzuschränken als bisher und die Einwanderung jüdischer Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion deutlich zu begrenzen. Nach der endgültigen offiziellen Entsorgung des nationalsozialistischen Erbes in den letzten Jahren ist die Zeit der Scham endgültig vorbei.

Ausgrenzung und Vertreibung von Flüchtlingen und anderen MigrantInnen lautet die Devise. Schritt für Schritt werden seit Jahren die gesetzlichen Grundlagen und die Einrichtungen geschaffen, daß dieses möglichst reibungslos und effizient durchgeführt werden kann.
Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Mai 1993 durch den deutschen Bundestag, Sondergesetze zur Sozialhilfe, massive Einschränkungen bezüglich Arbeitsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, ständige Unsicherheit und drohende Abschiebung, die Unterbringung in Sammellagern und Inhaftierung in Abschiebeknästen sind bittere Realität für MigrantInnen und Flüchtlinge. Für Frauen ist diese

bundesweite Demo gegen die herrschende Flüchtlings-/Asylpolitik
am Abschiebeknast Büren
1.Juni, 12 Uhr

Wirklichkeit zusätzlich geprägt von der Nichtanerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe und sexistischer Verfolgung, von rassistisch-sexistischer Ausbeutung und der Abhängigkeit des Aufenthaltsstatus vom Ehemann.
Rassistische Morde, Anschläge und Übergriffe, Beleidigungen und Demütigungen durch deutsche BürgerInnen einschließlich nur-ihre-Pflicht-tuender und nicht selten offen rassistischer BürokratInnen in den Behörden kennzeichnen den rassistischen Normalzustand in diesem Land. Dazu gehört auch, daß die Opfer rassistischer Gewalt zu TäterInnen gemacht, eingesperrt und/oder abgeschoben werden, wie es im Fall des Brandanschlags von Lübeck geschehen oder vorgesehen ist.
Wesentlicher Bestandteil der rassistischen Flüchtlingsvertreibungspolitik sind die Abschiebeknäste, Endstation für viele Flüchtlinge vor ihrer Abschiebung. Die umgebaute Kaserne im Wald von Büren, 10 km von der Stadt entfernt, umgeben von einer 5 m hohen Betonmauer und Stacheldraht, ist Symbol für die Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. Mit 600 Haftplätzen ist er einer der größten Männerabschiebeknäste der BRD, der es der nordrhein-westfälischen Ausländerverwaltung ermöglicht hat, die Abschiebezahl deutlich zu erhöhen. Dies hat sich auch unter der rot-grünen Regierungsverantwortung in NRW nicht geändert. Es ist abzusehen, daß Büren in der kommenden Zeit eine zentrale Bedeutung bei der Durchsetzung der Massenabschiebung und -vertreibung nach Bosnien und Ex-Jugoslawien zukommen wird. Das gleiche gilt für den einzigen Frauenabschiebeknast der BRD in Neuss.

Während Migrantinnen und Flüchtlinge sich gegen den rassistischen Normalzustand zur Wehr setzen, angefangen damit, daß sie trotz massiven Vertreibungsdrucks - zur Not auch illegal - hier leben, über politische Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung, bis hin zu Aufständen in den Abschiebeknästen, gibt es seitens der deutschen Bevölkerung kaum antirassistischen Widerstand.

Mit der Demonstration am Abschiebeknast in Büren wollen wir die Flüchtlinge in ihrem Widerstand unterstützen und ein Zeichen setzen gegen eine rassistische (Flüchtlings-)Politik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und das Einsperren von Menschen ist.

KAMPF DEM RASSISTISCHEN NORMALZUSTAND!
WEG MIT DEN RASSISTISCHEN SONDERGESETZEN!
KEINE ABSCHIEBUNGEN!
WEG MIT ALLEN ABSCHIEBEKNÄSTEN!
GRENZEN AUF UND BLEIBERECHT FÜR ALLE!

Power durch die Mauer, bis sie bricht!

Kommt zur Demo gegen Abschiebeknäste am 1.Juni um 12 Uhr!
Auftakt ist am Abschiebeknast Büren.

AufruferInnen:
AK Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan (Düsseldorf), Antifa Aachen, Antifa Graue Zellen (Oberhausen), Antifa-KOK (Düsseldorf), Antifa-Projekt der FH Aachen, Antirassismus Büro (Bremen), Anti-Rassismus-Gruppe Würzburg, Antirepressionsgruppe Aachen, AStA FH Aachen, AStA FH Düsseldorf, Autonome Antifa Heidelberg, BioSkop, BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), DKP Dortmund, Flüchtlingscafe im Allerweltshaus Köln, Flüchtlingsplenum Aachen, Frauengruppe Gretchens Faust (Aachen), Infoladen Paderborn, Jürgen Vandelaar (Büro Ulla Jelpke), Kahina - Informationszentrum Naher und Mittlerer Osten e.V. (Leipzig), Kooperative Flüchtlingssolidarität (Hannover), KPF NRW, Offenes Antifaschistisches Plenum (Leipzig), PDS Bochum, PDS Dortmund, PDS NRW, Plenum gegen Rassismus (Bochum), Redaktionsgruppe Streng Gemein (Aachen), Roma-UnterstützerInnen Gruppe (Bochum), Ulla Jelpke (MdB, PDS), Unabhängige Antifa Bielefeld, Stadtteilbüro der Zeche Carl (Essen)
UnterstützerInnen der Demo:
Antirassismus Plenum (Göttingen), ARGIB (Bonn), Neue Essener Welle

Busreise Leipzig - Büren - Leipzig

Realitäten, Fassaden und ein bißchen Widerstand

Die westfälische 8.000 Seelen Gemeinde Büren ist eine schmucke Kleinstadt. Ordentlich und sauber liegt sie den größten Teil des Jahres in der für das katholische Erzbistum Paderborn typischen konservativen Ruhe. Bis 1994 konnte nichts dieses deutsche Friedensidyll stören. Zwar hatte es 1993 eine Initiative gegeben in einer ehemaligen belgischen Kaserne ein Asylantenheim einzurichten, aber glücklicherweise wurden diese Pläne dann zugunsten der bis dahin größten bundesdeutschen Abschiebehaftanstalt aufgegeben. Die Bürener Bevölkerung ist sicher nicht rassistischer als der Durchschnittsbürger. Gerade deshalb war sie heilfroh, als die Asylanten nicht freilaufend die Kriminalitätsrate in die Höhe treiben konnten, sondern im Wald hinter Stacheldraht und Beton verschwanden. Die Lokalpresse berichtet seitdem gelegentlich über die Kreativkurse in der Abschiebehaftanstalt.
So ist auch heute noch alles an seinem Platz im westfälischen Büren. Nur einmal im Jahr - wenn die Frühlingssonne den Winter endgültig vertrieben hat - verwandelt sich Büren zum Schauplatz einer Konfrontation, die den Bürgerinnen und Bürgern sonst nur RTL Aktuell zu bieten vermag. Dann muß ein Großaufgebot der Polizei mit Hubschraubern, Wasserwerfern, Räumpanzern und Maschinenpistolen die bundesweite Demonstration gegen Abschiebeknäste im Zaum halten, zu der inzwischen ein immer breiter werdendes Bündnis von antirassistischen Gruppen, Initiativen und Personen aufruft.

Warum Du nach Büren fahren sollst?

Bereits im letzten Jahr nahmen einige LeipzigerInnen an den Veranstaltunegen „Grenzziehungen" in Paderborn und der Demonstration am Abschiebeknast sowie in Büren teil (vgl.Klarofix Sommer 96). Die Demonstration war damals von einem Großaufgebot der Polizei begleitet worden. Über dem Demonstrationszug kreisten die Hubschrauber, Räumpanzer und Wasserwerfer hatte die Polizei in der Hinterhand. Schon im Vorfeld waren alle Zufahrtsstraßen zu dem Waldstück „Stöckerbusch", in dem der Abschiebeknast liegt, von Polizeisperren mit Maschienenpistolen im Anschlag abgeriegelt worden. Ziel war es, Namen und Adressen aller DemoteilnehmerInnen zu ermitteln. Wer sich, wie die PassagierInnen mehrer Busse dem verweigerte, wurde verhaftet.
Die Verhafteten wurden anschließend mit nordrheinwestfälischer Polizeibürokratie bekannt gemacht. Eine Reihe von Beamten, von denen jeder nur einen Handgriff tat, ansonsten aber keinerlei Auskunft geben konnte, was eigentlich passiere oder wer gar die Verantwortung für diese Willkür trüge, stellten Personalien fest und durchsuchten die in ihrer Gewalt befindlichen bis auf die nackte Haut. Anschließend wurden die unwilligen DemonstrationsteilnehmerInnen in Zellen gesperrt, aus denen sie erst am späten Nachmittag entlassen wurden, als die Demonstration in Büren nachdrücklich klar machte, daß sie die Kleinstadt nicht verlassen würde bevor alle Festgenommenen wieder auf freiem Fuß seien.
Die unmittelbaren Erfolge bezüglich des eigentlichen Anliegens der Demonstration fielen bescheidener aus. Kleinere Entzäunungsaktionen konzentrierten sich auf das unmittelbar an den Knast angrenzende Grundstück und hatten wohl nur symbolischen Wert. Erfolgreicher waren die in verschiedenen Sprachen in den Knast geschallten Grüße, die dort auch gut zu hören waren. Durch die Solidarität von außen ermutigt, versuchten die Gefangenen in Büren sich zu organisieren und eine Vertretung zu wählen. Allerdings verhinderte dies im letzten Jahr die Knastleitung durch Hinhalte- und Verschleppungsmanöver. Die Sensibilisierung für das Thema Abschiebeknast und damit verbundener öffentlicher Druck auf Knastregimes ist kaum meßbar. Das bundesweite Echo in der bürgerlichen Presse hielt sich jedenfalls in Grenzen, von der Neueröffnung einer Debatte über die bessere Wahrung der Grundrechte von Flüchtlingen - die mit der gegenwärtigen Praxis unvereinbar sind - ganz zu schweigen.
Im Vorfeld der diesjährigen Demonstration, die am 1. Juni stattfinden wird, gab es Diskussionen unter dem Motto „Büren die vierte oder Neuß die erste". Im ebenfalls in Nordrheinwestfalen gelegenen Neuß befindet sich der bisher einzige Abschiebeknast für Frauen. Gleichzeitig verliert der Knast in Büren mit seinen 600 Plätzen den Titel „größter Abschiebeknast der BRD" an Berlin-Grünau. Dennoch wurde sich dafür entschlossen, weiterhin nach Büren zu mobilisieren und das ist gut so.
Zum einen entwickelte sich Büren in den letzten Jahren immer stärker zu einer Demonstration die bundesweit auch von Menschen wahrgenommen wird, deren Politikschwerpunkt nicht die antirassistische Arbeit ist.

Entsprechend stieg die TeilnehmerInnenzahl kontinuierlich. In einem Politikfeld, das durch die politischen Rahmenbedingungen, wie Inhaftierung und Internierung, von einem Mangel an Öffentlichkeit geprägt ist, kann es nicht falsch sein, ein konkretes Beispiel zum Symbol für die gesamte Entwicklung zu erheben. Dabei ist es nicht entscheidend immer dem aktuell größten Abschiebeknast hinterherzuziehen. Die Entwicklungsgeschichte des Knastes bei Büren, seine Lage mitten im Wald und acht Kilometer entfernt von der nächstgelegenen Kleinstadt Büren, seine Funktion im Abschiebesystem NRWs, seine Betreibung mittels privater Wachfirmen unter Leitung eines für seine zynische Rechtfertigung von Gewalt und Unmenschlichkeit berüchtigten Anstaltsleiters ist exemplarisch für die gesamte BRD. Die bundesweite Demonstration in Büren steht für einen Protest gegen Abschiebehaft, nicht nur in Büren, sondern überall. Sie kann lokale Aktionen weder ersetzen noch schaffen, aber nach Büren zu fahren, bedeutet Solidarität auszudrücken und ein Bekenntnis für eine Politik gegen Abschiebehaft und Abschiebung zu leisten. Ob dieses Bekenntnis zum praktischen Handeln führt, zur konkreten Auseinandersetzung mit der Situation in Leipzig und Sachsen muß sich im Alltag erweisen.
Antirassistische Politik muß sich gegen Internierung und Abschiebung wenden, aber sie kann dabei nicht stehenbleiben. Die Aufrufe, Büren durch Neuß zu ersetzen, verweisen vor allem auf die spezielle Situation von Frauen in der Abschiebemaschinerie. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist bisher kaum geschehen und eine Demonstration in Neuß hätte ihr wichtige Impulse verleihen können. Das heißt aber auch, daß es bisher kaum verläßliche Informationen über die Zustände in Neuß, über die Situation der Frauen im Knast und ihre Geschichten gibt. Ein Mobilisierung nach Neuß wäre deshalb wohl ähnlich verlaufen wie jetzt nach Büren, nur mit dem Unterschied, daß viele die in den letzten Jahren gelernt haben mit Büren die Gewalt und den Terror gegen (männliche) Flüchtlinge zu assozieren, mit Neuß kaum etwas hätten verbinden können.

Die Politik der Abschiebehaft

Am 23.Januar diskutierte der sächsische Landtag eine große Anfrage der PDS und die Antwort des sächsischen Staatsministeriums des Innern. Die CDU-Abgeordneten Bandmann und Seidel ließen dabei an rechtsradikalem Populismus, der als Begründung der gegenwärtigen gegen Flüchtlinge gerichteten Politik benutzt wird, nichts zu wünschen übrig. Innenminister Hardrath ergänzte diese Ausführungen im Ton moderater aber in der Sache technokratisch knallhart.
Seidel: *„Von Asylbewerbern lebten 1996 in Sachsen 7.103 registrierte Erstantragsteller. Aber, meine Damen und Herren, die Anerkennungsquote betrug 1996 lediglich 3,1%. Das heißt, fast 97% der Antragsteller leben letztlich unberechtigt als Wirtschaftsflüchtlinge in Sachsen. Sie leben also auf Kosten der Steuerzahler. [...] Sind sie aber zu Unrecht hier - ich gehe davon aus, daß die meisten illegal Einreisenden durchaus in der Lage sind, das zu erfassen - , quasi als nicht willkommene Urlauber mit Vollverpflegung und Taschengeld, und das womöglich über mehrere Jahre hinweg, dann müssen diese Personen Deutschland verlassen."*
Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die politische Situation, daß der Zynismus solcher Reden sich nicht selbst entlarvt. Wer die - zugegebenermaßen nur einer sehr interessierten Öffentlichkeit zugänglichen - Berichte über die Verfahrensweisen des Bundesamtes zur Ablehnung ausländischer Flüchtlinge kennt, wer eines der von Einlaßkontrollen uniformierter Wachschützer und hohen Zäunen abgeschirmten Lagern besucht hat, in denen sich Flüchtlinge zur Verfügung des Amtes halten müssen, wer verfolgt hat, wie die seit 1985/86 durch ein Arbeitsverbot von Sozialhilfe abhängig gemachten Flüchtlinge im Asylverfahren einem ständigen Abbau ihrer Lebens-

Die kennen keine Gnade: Blutrünstige Türkenausländer.
(Spiegel 16/97)

qualität ausgesetzt sind, wer weiß, daß Vollverpflegung bedeutet aller drei Tage ein Paket mit zum Teil überlagerten und verdorbenen Lebensmitteln zu bekommen, deren Inhalt aus immer demgleichen besteht, wer weiß wieviel allein die anwaltliche Beratung in einem Asylfall kostet, ohne die der Kampf gegen das von den amtlichen EntscheiderInnen gesponnene Netz der Verfahrensfallstricke ausichtslos ist, wer all dies in Betracht zieht, kann vielleicht beginnen sich eine Vorstellung davon zu machen, von welchem Elend der Christdemokrat spricht, wenn er „unwillkommene Urlauber" sagt. Aber nein, Seidel spricht nicht von Elend, Seidel spricht von Verbrechern:

„Wenn also jemand unberechtigt Leistungen erschlichen hat und wenn eine freiwillige Rückkehr nicht stattfindet, muß eine zwangsweise Abschiebung erfolgen. Eine Vorzugsbehandlung gegenüber einheimischen Rechtsbrechern ist hier nicht zu vertreten." Entscheidend ist nicht, daß die Teilnahme am Asylverfahren auch bei Ablehung des Antrags weder unrechtmäßig ist noch dazu führt, daß die mickrigen Leistungen als „erschlichen" gelten können. Entscheidend ist auch nicht, daß einheimischen Rechtsbrechern eine Verletzung der rassistischen Ausländergesetze schon aufgrund ihres Charakters unmöglich ist. Entscheidend ist nur, daß Seidels Sicht sich mit der der herrschenden Gewalt deckt. So antwortete das Innenministerium auf die erwähnte Anfrage u.a:

„Öffentliche Sicherheit ist u.a. die Unversehrtheit der Rechtsordnung. Eine Störung der öffentlichen Sicherheit liegt vor, wenn deren Beeinträchtigung nicht nur zu befürchten (Fall der polizeilichen Gefahr), sondern eingetreten ist. Sie zu beseitigen und die drohende Gefahr abzuwenden ist die Aufgabe der Polizei. Durch rechtswidrigen Aufenthalt eines Ausländers in der Bundesrepublik Deutschland ist die öffentliche Sicherheit erheblich gestört. Wenn ein abzuschiebender Ausländer untertaucht, ist die Störung der öffentlichen Sicherheit bereits eingetreten."

Bandmann: *„Will man [...] einen kontrollierten Abzug von Ausländern erreichen, bedeutet das, auch eine konsequente Abschiebung und Ausweisung von Ausländern durchzusetzen, die die Voraussetzungen für die Einreise und für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfüllen. Im Hinblick auf die Haftbedingungen bedeutet das: keine Luxusgefängnisse."*

"Das Türkentum ist unser Körper, unsere Seele ist der Islam."
Wer sich nicht anpaßt fliegt raus aus D.

(Spiegel 16/97)

Daß es im 1992/93 wegnovellierten Asylrecht nicht mehr darum geht, Flüchtlingen Hilfe für ein menschenwürdiges Leben oder auch nur Hilfe vor existentiellen Bedrohungen zu gewähren, sondern einzig und allein darum, Menschen aus Luxusland zu vertreiben - mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - ist der Allgemeinplatz, den der Abgeordnete Bandmann unverblümt vertritt.

Halluzinationen - Die Funktion der Abschiebehaft

Ist die Politik der Abschiebehaft von paranoiden „Das Boot ist voll"-Szenarien und der Konstruktion des kriminellen Subjekts „Ausländer" bestimmt, so geht es der Verwaltung nur noch um die effiziente Erreichung der Plangröße „ausländerfreies Deutschland", die lediglich durch politisch (Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien) oder ökonomisch (Nutzung Illegalisierter als billige, sozial ungesicherte Arbeitskraft) übergeordnete Interessen teilweise korregiert wird. Das Programm steht. Von der Einreise bis zur Zurück- oder Abschiebung werden die Abläufe optimiert.

Internierung in Sammellagern und ihre Verschärfung die Abschiebehaft spielen dabei eine zentrale Rolle. Vordergründig dienen sie der Gewährleistung der Verfügbarkeit des Flüchtlings für die Behörde. Unter der Herrschaft der Effizienz steht die Behörde nicht im Dienste des Menschen, sondern der Mensch steht im Dienste der Behörde, um ihren Ansprüchen zu genügen. Das eine einschneidende Einschränkung elementarer Grundrechte, wie der Bewegungsfreiheit, nur durch schuldhaftes Verhalten des Individuums begründet werden kann, ist ein

Gedanke der im Asylverfahrensgesetz keinen Platz hat. Solange ein Flüchtling nicht beweisen kann, daß es für den Aufenthalt in der BRD nach Ansicht der Behörden gerechtfertigte Gründe gibt, hat der Flüchtling keine unantastbare Menschenwürde.

Nach den Buchstaben des im 1938 herrschenden Geiste erstmals verfaßten Gesetzes ist Abschiebehaft dann zulässig, wenn ein Flüchtling sich illegal in der BRD aufhält und sich der Abschiebung durch Untertauchen widersetzt hat oder der begründete Verdacht für ein solches Vorhaben besteht. Häufig stehen bei der Inhaftnahme jedoch die technischen Probleme der Ämter im Vordergrund. Die Beschaffung von Reisedokumenten kann so ein Fall sein. Innenminister Hardrath: *„Es gibt [...] Staaten, die nur dann Einreisepapiere zu sich ausstellen, wenn derjenige, der zurückgeschoben werden soll, sich zum Zeitpunkt der Antragstellung für die Erstellung der Reisepapiere in deutscher Abschiebehaft befindet.“* In anderen Fällen werden Flüchtlinge zur Beschaffung von Reisepässen bzw. Paßersatzpapieren Botschaften oder Konsulaten aus der Abschiebehaft (zwangs-)vorgeführt. All dies sind zwar keine Gründe im Sinne des Gesetzes für Abschiebehaft, jedoch sind solche Gründe mit Hilfe des „begründeten Verdachts“ leicht zu konstruieren. Dies umso mehr, als die RichterInnen beim Amtsgericht, die über die Rechtmäßigkeit der Abschiebehaft zu befinden haben, ihrer Kontrollpflicht kaum nachkommen können. Die Amtsgerichte befassen sich nicht mit dem Asylfall - der gegebenenfalls vor dem Verwaltungsgericht verhandelt wird - sondern entscheiden isoliert über die Verhängung der Abschiebehaft. Ihre Urteilsbegründungen sind folgerichtig häufig mit den Antragsbegründungen der Ausländerbehörde identisch.

Mit der Erleichterung behördlicher Verwaltungsabläufe ist die Funktion von Internierung und Abschiebehaft noch nicht vollständig beschrieben. Es gelingt durch die räumliche Trennung der Flüchtlinge von der Bevölkerung die Situation der Flüchtlinge aus dem sozialen Erfahrungsfeld herauszulösen. Festgehalten an Orten, die praktisch außerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft liegen, werden Flüchtlinge zum Projektionsfeld rassistischer Einbildungen und Politik. Es ist deshalb gerade andersherum als CDU-Seidel meint: *„Die konsequente Anwendung des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland auf diese Personengruppe ist meines Erachtens auch eine Vorbeugung gegen aufkeimenden Rechtsextremismus.“*

Die konsequente Anwendung des Rechtssystems der BRD erschafft täglich neu das Sterotyp des kriminellen Ausländers, des Sozialschmarotzers. Das ist der Nährboden, auf dem der rechtsradikale Rassismus gedeit. Wieso sind diese Menschen denn sonst im Knast, wenn sie nichts getan hätten? *„Sie wohnen kostenlos, erhalten Verpflegung, werden gesundheitlich betreut und bekommen obendrein noch Taschengeld, wie es das Gesetz vorsieht. Die Asylbewerber erfahren bei uns eine Rundumbetreuung bis hin zur psychologischen und sozialen Betreuung, Krankenhauspflege, Kinderbetreuung [...], und sie haben die Möglichkeit der Vertretung durch einen Rechtsanwalt, wenn es sein muß, auch noch mit Dolmetscher.“* (Seidel) Die Erfahrung setzt den Phantasien keine Grenzen, seien sie auch noch so fern jeglicher Realität, die Flüchtlinge hier erleben. Ob Seidels Fürsorgevorstellungen oder die Idee des LKA, daß eine Schreckschußpistole, eine türkische Übersetzung eines Dimitrofftextes und ein paar kurdische Plakte die Existenz eines PKK-Schulungslagers in der Bahrener Unterkunft für AsylbewerberInnen beweisen. Alles erscheint der staunenden Öffentlichkeit möglich, wenn es die sagen, welche doch von Amtswegen her wissen sollten, was da eigentlich vor sich geht.

Internierungen sind kein neues Phänomen in der europäischen Geschichte. Sie dienen als Instrument unliebsame Gruppen aus der Gesellschaft zu entfernen. Im Verlauf ihrer

Leipziger Gruppen, wie das Offene Antifaschistische Plenum, die kahina - Informations- und Bildungszentrum Naher und Mittlerer Osten e.V. und die Abschiebehaftgruppe des Flüchtlingsrates e.V. mobilisieren ebenfalls für die Büren-Demo. Es soll versucht werden, mit möglichst vielen zur Demo zu fahren. Ein Bus soll angemietet werden. Außerdem werden ein oder zwei Info- und Mobilisierungsveranstaltung an der Uni Leipzig stattfinden.
Beteiligt Euch, fahrt mit!

Busfahrkarten für die Büren-Demo
(bitte möglichst frühzeitig kaufen):
Infoladen Leipzig, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel.: 0341-3026504, Fax: 0341-3026503
Kahina, Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig, Tel.: 0341-2119322

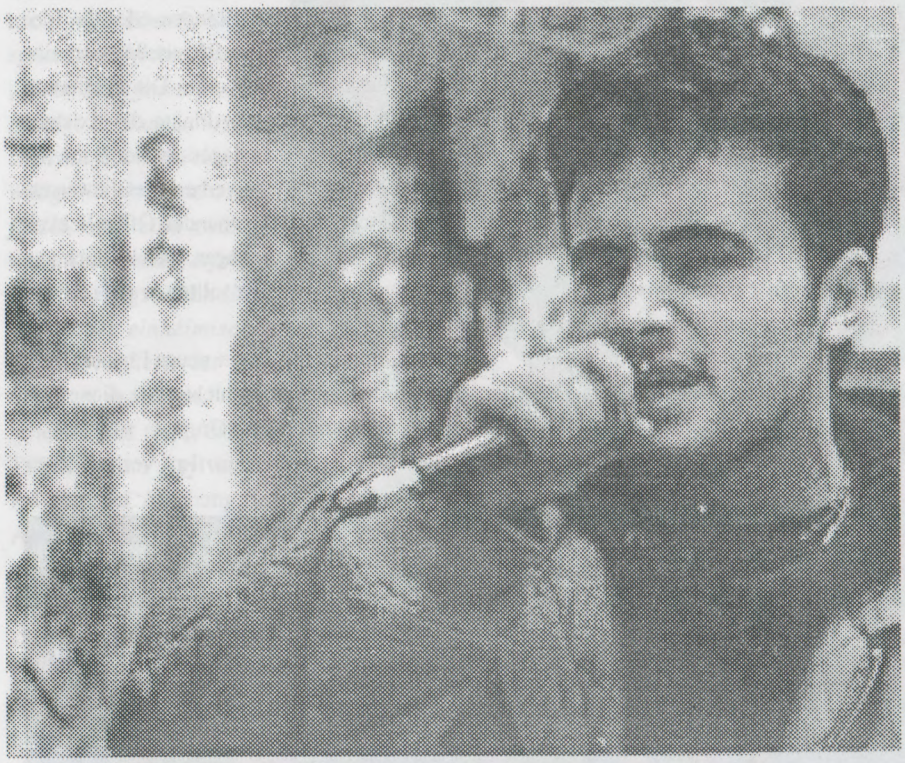
Infoveranstaltung zur Abschiebehaft und zur Büren-Demo
Ort: Universität Leipzig, Hörsaalgebäude, HS 6
Zeit: Mittwoch, den 14. Mai 1997
Themen:
1) Das System der Abschiebehaft am Beispiel des Knastes in Büren
2) Abschiebungen und Abschiebehaft in Sachsen / die Arbeit der Abschiebehaftgruppe
3) Die Demo in Büren - Bustarife, Lagepläne, Lauftraining

historischen Existenz haben sie mehrere Veränderungen erfahren, aber keine hat es geschafft, ihnen ein menschliches Gesicht zu verleihen. Die Internierung sozialer Gruppen entfernt diese weitgehend aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein. Hinter Mauern und Zäunen sind die zivilisatorischen Standards außer Kraft gesetzt. In deutschen Abschiebegefängnissen wird gefoltert und Menschen werden in den Tod getrieben. Die meisten Fälle werden nicht bekannt, nur in Ausnahmefällen läßt der Zynismus der Behörden die Praxis erahnen. So verkündete der Chef des Bürener Knastes Peter Möller höchstselbst, daß im Juli 1994 gegen einen Häftling mehrmals die international als Folter geächtete Schaukelfesselung (Fesseln von Händen und Füßen, die hinter dem Rücken zur „Schaukel" zusammengeschlossen werden) zu dessem Schutz angewandt wurde. Und das sächsische Innenministerium verzichtet seit Februar 1995 darauf sich über Hungerstreiks in den Gefängnissen informieren zu lassen, bis *„nach den Feststellungen des Anstaltsarztes ein lebensbedrohlicher Zustand einzutreten droht"* (Antwort des SMI auf die erwähnte Anfrage). Die Isolation in Lagern und Knästen verhindert Widerstand in erheblichem Maße. Mehr noch, sie versperrt vielen Flüchtlingen praktisch den Weg sich mit den ihnen theoretisch zustehenden Mitteln gegen Amtswillkür und unerträgliche Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen. Für ein System das auf Abschiebung ausgerichtet ist erhöhen diese Folgen natürlich nur erneut die Effizienz.

Der Weg in die Abschiebehaft

Sachsen mit seinen ungefähr 570 Kilometern Ostgrenze mit Tschechien und Polen weist alles auf, was die BRD vor den „Strömen" und „Fluten" nicht-deutscher Menschen sicher machen soll. An Oder und Neiße steht der BGS auf Wacht, dessen Kräfte kontinuierlich verstärkt werden und dessen Personalstärke letzten Angaben zufolge mit 2.357 Personen beziffert wurde. Weiterhin sollen noch dieses Jahr 1.500 zusätzliche Grenzschützer die Ostgrenze der BRD bewachen. Neben der paramilitärischen Truppe des Bundesinnenministers werden die sächsischen Polizeikräfte im Grenzbereich 1997 um eine Hundertschaft verstärkt. Diese gesetzlich gedeckte Streitmacht wird bei Bedarf durch zu polizeilichen Hilfstruppen geadelte Bürgerwehren des grenznahen Mobs ergänzt. Die Festung Europa wird aber nicht mittels Mauern, Stacheldraht und Selbstschußanlagen dicht gemacht. Obwohl die verschiedenen Grenztruppen sich nicht über einen Mangel an technischer Hochrüstung beklagen können, ist der Kern der Antiflüchtlingspolitik das Konzept der Zonen. Hinter der Grenze selbst erstreckt sich ein solche 30 Kilometer tief ins Landesinnere hinein. In ihr gelten Sonderbefugnisse der Polizei und des BGS, die ihnen ungehindert Kontrollen erlauben. Wer in der „Grenzzone", die auch einen Teil Dresdens umfaßt, aufgegriffen wird ist akut von Zurückschiebung bedroht. Zurückschiebung bedeutet, daß sich die BRD Flüchtlingen mit dem geringst möglichen Verwaltungsaufwand entledigt. Grundlage dafür ist die Drittstaatenregelung, die eine die BRD außen umgebende Zone bilden. Wer durch diese Zone eingereist ist, gilt laut Gesetz als nicht asylberechtigt, also illegal. Dies ist prinzipiell vom Zeitpunkt des Grenzübertritts unabhängig, auch wenn die Drittstaaten einer Rücknahme nur innerhalb von sechs Monaten zustimmen.

Die Zurückschiebung eines Flüchtlings scheint auf den ersten Blick nichts mit Abschiebehaft zu tun zu haben. Abgesehen von einer relativ kurzen Zeit in BGS-Gewahrsam findet eine Inhaftierung nicht statt. Jedenfalls nicht in Deutschland. Verfolgen wir das Schicksal von Flüchtlingen jedoch auch nach ihrer Zurückschiebung, so landen viele von ihnen in den Abschiebeknästen der Drittstaaten wie Polen oder werden von Staat zu Staat geschoben, um schließlich in einem Gefängnis einem unbestimmten Schicksal entgegen zu sehen. So müssen in einem Gefängniskomplex des Bukarester Flughafens Flüchtlinge, die nirgendwo hin mehr abgeschoben werden können, in winzigen Zellen ohne Hofgang, Kommunikationsmöglichkeiten oder gar rechtlichen Beistand auf unbestimmte Zeit ausharren. Über die Bedingungen unter denen zurückgeschobene



Der Krimminelle könnte schon wieder in der Türkei sein. Will da irgendwie auch hin, hat aber Kontaktprobleme, deshalb jetzt Rapper.

(Spiegel 16/97)

Flüchtlinge leiden müssen ist wenig bekannt, bekannt ist aber, daß die repressive Flüchtlingspoltik durch Rücknahmeverträge der BRD mit den Drittstaaten forciert und finanziert wurde.

Die Chance deutsche Abschiebehaft als AsylbewerberIn zu erleben, hat deshalb nur wer seinen Fluchtweg hinreichend verschleiert und es schafft den Behörden seinen Wunsch, einen Asylantrag zu stellen begreiflich zu machen. *„Allein das Wort »auf Asyl« reicht dafür jedoch nicht aus. Der Ausländer muß im Rahmen des möglichen geltend machen, daß er Schutz vor politischer Verfolgung sucht. Absichtserklärungen oder sonstige Äußerungen des Ausländers, die z.B. nur darauf abzielen, im Bundesgebiet leben oder arbeiten zu wollen, reichen dafür jedenfalls nicht aus"*, heißt es in dem immer noch gültigen Erlaß des SMI zur „Durchführungen von Abschiebungen und Zurückschiebungen". Fehlt nur noch der selbstverständliche Hinweis, daß die zu verwendende Amtsprache Deutsch ist.

Während nach erfolgreicher Stellung des Gesuches eine vom Leben in den Lagern begleitete Prozedur stattfindet, in der nichts unversucht bleibt, die vorgebrachten Asylgründe zu diskreditieren, kommt die andere Gruppe der Abschiebehäftlinge umstandslos in Abschiebehaft. Diese zweite Gruppe sind ArbeitsmigrantInnen ohne jeglichen legalen Aufenthaltsstatus. Aufgegriffen bei Razzien der Polizei oder des Arbeitsamtes auf Baustellen, in Bordellen und Restaurants. Die Situation dieser ArbeitsmigrantInnen ist sehr unterschiedlich. Arbeiter aus Ost- und Südosteuropa verlieren bei solcherlei Razzien in der Regel ihren ohnehin spärlichen Lohn für die Arbeit am Aufbau Ost und werden innerhalb weniger Tage abgeschoben. Über das Schicksal der MigrantInnen hingegen, die häufig durch Frauenhandelin die BRD kommen und hier über keinerlei Papiere verfügen, ist so gut wie nichts bekannt.

Werden Illegalisierte, d.h. Menschen die nicht im Besitz gültiger Aufenthaltsgenehmigungen sind, bei einer der unzähligen willkürlichen Kontrollen von der Polizei festgenommen, so ist die Verhängung von Abschiebehaft die Regel. Wie oben beschrieben bietet der Gesetzestext aber auch die Möglichkeit der Inhaftnahme von abgelehnten AsylbewerberInnen noch vor Ablauf der Frist, die ihnen zu einem „freiwilligen" Verlassen Deutschlands gestellt wird. Das Straftaten verdächtiger und erst recht verurteilte Menschen ohne deutschen Paß nicht aus dem Knast kommen dürfen, versteht sich für Justiz und Ausländerbehörde von selbst. Dabei ist egal wie hoch der Schaden beim Ladendiebstahl war, vielmehr führen auch „ausländertypische" Straftaten (d.h. Verstöße gegen das Ausländer- oder Asylverfahrensgesetz) zur Inhaftierung. Am 30. April des Vorjahres befanden sich wegen solcher Straftaten 66 Menschen in Straf- und 114 in U-Haft.

Trotz deutschem Paß eigentlich noch türkischer als Türken: Rußlanddeutsche sprechen noch nichtmal deutsch!

(Spiegel 16/97)

Abschiebehaft in Sachsen

Zum 30. April 1996 befanden sich 63 Menschen in den sechs überfüllten Gefängnissen Sachsens (Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig und Stollberg), in denen 55 Plätze für Abschiebehäftlinge eingerichtet wurden. Hochgerechnet mit der durchschnittlichen Haftdauer von knapp 27 Tagen in den ersten vier Monaten des Jahres 1996 ergibt sich eine geschätze Gesamtzahl von 855 Abschiebegefangenen für das letzte Jahr. Im Jahr zuvor und in den ersten drei Monaten 1996 wurden insgesamt 1.247 Menschen aus der Abschiebehaft abgeschoben, 71 zurückgeschoben. Von den 63 erwähnten Häftlingen waren zehn Frauen, die in Stollberg gefangen gehalten wurden und zwei Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren, die in Dresden mit erwachsenen Häftlingen zusammen untergebracht waren.

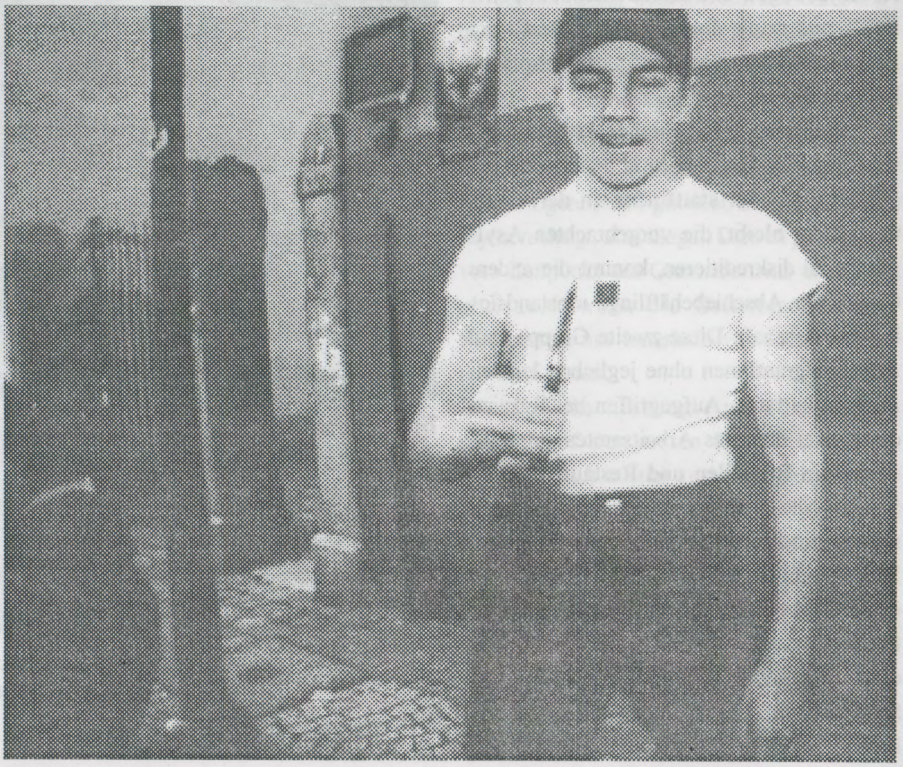
Um die durchschnittliche Haftzeit richtig einschätzen zu können, ist es wichtig zu wissen, daß 30 der 63 Häftlinge aus Ost-, Südost- und Mitteleuropa stammten, wohin zumeist innerhalb von drei bis vier Tagen abgeschoben wird. Damit verlängern sich die Inhaftierungszeiten der übrigen erheblich und in einigen Fällen wird die gesetzlich Höchstdauer von eineinhalb Jahren auch ausgeschöpft.

Dieses ungewisse Schicksal bestimmt den Alltag in Abschiebehaft. Für die Durchführung dieser Verwaltungshaft gibt es keine gesonderten Bestimmungen. Die Landesregierung sieht mit dem medizinischen und

sozialarbeiterischen Personal, das in sächsischen Haftanstalten zur Verfügung steht eine ausreichende Betreuung der Abschiebehäftlinge gewährleistet. Ansonsten findet die Haft zu den ortsüblichen Konditionen statt, *„soweit nicht Eigenart und Zweck der Abschiebungshaft entgegen stehen."* (SMI) Letzteres bedeutet nur, daß Vergünstigungen, welche sich Strafgefangene erwerben können (z.B. Freigang), Abschiebehäftlingen nicht zugänglich sind. Eine Berücksichtigung der sozialen und psychischen Extremsituation, in der sich Abschiebehäftlinge befinden wird nicht Rechnung getragen.

Die Leugnung der besonderen Verantwortung die ein rein aus Verwaltungsabläufen begründeter Freiheitsentzug mit sich bringen müßte, geht soweit, daß nicht einmal die Teilnahme der Häftlinge am Verwaltungsakt gesichert wird. In Bezug auf die Übersetzung amtlicher Schreiben für Abschiebehäftlinge berichtet das SMI von der gängigen Praxis: *„Soweit sie die deutsche Sprache nicht beherrschen, nehmen die Abschiebungshäftlinge zumeist die Hilfe von sprachkundigen Mithäftlingen in Anspruch. Wenden sie sich mit Schreiben an die Bediensteten der Justizvollzugsanstalt, wird entweder von diesen versucht, dem Gefangenen den Inhalt des schreibens verständlich zu machen, oder es wird ein Dolmetscher hinzugezogen."* Mit anderen Worten, Dolmetscher und das heißt sachgemäße Übersetzungen der Verwaltungsschreiben sind eine absolute Ausnahme. Die Regel ist, daß sich die Häftlinge alleine versuchen müssen durch den Inhalt amtlicher Schreiben zu finden, deren Interpretation auch so manchem Menschen mit Deutsch als Muttersprache vor große Probleme stellt. In Einzelfällen versuchen solche Menschen (SozialarbeiterInnen im Knast ohne spezielle Ausbildung im Ausländerrecht) ihre Interpretationen in eine dritte Sprache zu übersetzen, die sie genauso schlecht sprechen, wie die Flüchtlinge. Das diese Methode nicht zum Erfolg führen kann zeigen die Probleme des sozialarbeiterischen Personals, die Hausordnung den neuen Gefangenen zu erklären. Die Möglichkeiten von Flüchtlingen in Abschiebehaft, sich um Hilfe zu kümmern sind extrem eingeschränkt. In Leipzig unterliegen sie der U-Haftordnung. Diese besagt nur eine Stunde überwachter Besuch im Monat, keine Telefonate, drei Pakete im Jahr, Kontrolle aller abgegebenen Gegenstände, lediglich zwei Stunden Umschluß und eine Stunde Hofgang am Tag. Natürlich könnten Abschiebehäftlinge sich gegen diese Behandlung gerichtlich wehren. Sie müßten nur wissen, daß ihnen auf Verlangen eine Liste von RechtsanwältInnen vorgelegt wird. Und dann bliebe da noch das Problem der Finanzierung. Das Geld, welches im Besitz der Flüchtlinge gefunden wird, konfisziert der Staat, um damit die Kosten der Abschiebehaft und der Abschiebung zu decken. Allerdings wird bedürftigen Häftlingen - zumindest theoretisch - das Porto für einen Anwaltsbrief gestellt.

Es sind wohl weniger die selbst nach der rassistischen Gesetzeslage unhaltbaren Zustände, die in der sächsischen Staatsregierung Pläne reifen lassen ein spezielles Abschiebegefängnis einzurichten. Der Standort für dieses Gefängnis ist Zittau also in unmittelbarer Grenznähe zu Polen und Tschechien. Im Zusammenhang mit den Vereinbarungen mit diesen beiden Staaten über die Rücknahme von Flüchtlingen spricht dies eine sehr deutliche Sprache. Dies umso mehr als der Anteil von Zurückschiebungen gegenüber Abschiebungen in der Zukunft ansteigen wird, da schon das Stellen von Asylanträgen unmöglich gemacht wird. Ursprünglich nahm die Landesregierung deshalb an auf einen Abschiebeknast völlig verzichten zu können. Wenn sich diese Position jetzt geändert hat, dann nicht weil Abschiebehaftanstalten die Funktion haben auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen einzugehen. Diese gelten als überflüssiger Ballast, den es loszuwerden gilt. Deshalb sind die Pläne für ein solches Gefängnis nicht als Verbesserung für Flüchtlinge zu mißdeuten. Durch eine Zentralisierung der Abschiebehaft in Zittau würden die Schwierigkeiten, soziale Kontakte zu erhalten, für viele Flüchtlinge enorm vergrößert. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich Zittau in ebenjener 30-Kilometer-Grenzzo-



Junge, frustrierte Rußlanddeutsche lernen schießen statt deutsch. Das ist das Kanonenfutter der neuen ethnisch organisierten Kriminalität: Zustände, wie in Amerika.

(Spiegel 16/97)

ne befindet, in welcher der BGS mit willkürlichen Kontrollen und vorübergehenden Festnahmen Terror ausübt. Die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit, die sich beispielsweise in Leipzig zur Abschiebehaft entwickelt hat, läßt sich praktisch in der meilenweit von jeder Großstadt entfernten Kleinstadt Zittau nicht aufrecht erhalten. Insgesamt ist deshalb mit einer Verschlechterung der Abschiebehaftbedingungen zu rechnen. Auch wenn formal alles besser wird, zeigen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern, daß die gesonderte Inhaftierung häufig mit einem Verfall an Haftstandards einhergeht.

Widerstände

Die Gegenwehr der Gefangen richtet sicht häufig auf ihre Lebensumstände in den Knästen. Eingesperrt zu sein, ohne zu wissen warum und für wielange, meist mit der einzigen Perspektive, wieder dahin gebracht zu werden von wo sie unter größten Anstrengungen gekommen waren, in einem Haftregime, daß undurchsichtig und willkürlich ist, bar jeglicher sozialer Kontakte. In vielen Knästen kommen dazu die verschärften Bedingungen durch Überfüllung, rassistische Mitgefangene und rassistisches Wachpersonal.

Die Widerstandsformen sind vielfältig. Sie reichen von Kooperationsverweigerung bei der Beschaffung von Ausweispapieren bis hin zu Revolten bei denen Schließer als Geiseln genommen werden oder Selbstmord. Gewalttätiger Protest ist selten das Ergebnis langer Planung, vielmehr entsteht er aus der Haftsituation, Besonderheiten oder der permanenten Unerträglichkeit. Der Widerstand ist dabei immer geprägt von einem Mangel an Öffentlichkeit. Hungerstreiks, Selbstverletzungen, Brandlegung in Zellen oder die Zerstörung der Gefängniseinrichtung dringen in den meisten Fällen nicht aus dem Gefängnis heraus. In einem Klima, in dem die Angestellten der Gefängnisse vom WächterInnen über die DirektorInnen bis hin zu SozialarbeiterInnen und ÄrztInnen mit Ausländer Simulant assozieren oder Selbstverstümmelungen als kulturtypisch betrachten, ist symbolischer Widerstand kaum möglich. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß eine der Hauptforderung vieler Protestaktionen Gespräche mit der Presse und verantwortlichen (!) Verantwortlichen ist. Eine Forderung der im Laufe der Jahre immer seltener Folge geleistet wird.

Stattdessen wird Widerstand durch Hinhalten, leere Versprechungen oder Gewalt beendet und sowohl juristisch als auch innerhalb der Gefängnis bestraft. „Ruhigstellung" von Gefangenen, die gefesselt in sogenannten B-Zellen isoliert werden und bei „Selbstmordgefahr" nachts regelmäßiges Wecken über sich ergehen lassen müssen gehören genauso zum Standardrepertoire wie die Zerschlagung widerstandsfähiger Gefangenenstrukturen durch Verlegung. Gefangenenmißhandlungen

Ausländer dealen nicht nur mit Drogen, sie nehmen sie auch. Und wenn die Polizei kommt, prügeln sie sich auf dem Schulhof um die Gewinne.
(Spiegel 16/97)

durch die Angestellten sind im gesellschaftlich blinden Fleck Gefängnis für diese mit keinerlei Risiko verbunden. Sollte es unvorhergesehener Weise doch zu einem Prozeß kommen, können die Zeugen bis zur Vernehmung durch ein Gericht in der Regel problemlos abgeschoben werden.

Der entscheidende Widerstand müßte außerhalb der Gefängnisse organisiert werden und Verhältnisse schaffen, in denen Abschiebehaft und Abschiebung als das geächtet sind, um was es sich bei ihnen handelt: unerträglich unmenschlich. *antirassistische gruppe*

Zum Weiterlesen

Situation an der Grenze:

Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze, Reader 1995

Flüchtlinge in Drittstaaten:

Rumänien. Vor den Toren Europas. Forschungsgesellschaft Flucht und Migration 1995

Polen. Vor den Toren Europas. Forschungsgesellschaft Flucht und Migration 1995

Aktuelle Entwicklung:

Sagt nicht, ihr hättet davon nichts gewußt. Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik, in diesem Heft

Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft, in: Der Spiegel 16/97

Zum selben Thema:

Flüchtlingsverwaltung und Abschiebeknäste in Nordrheinwestfalen, in: Die Beute 1/97

Die Bilder zu diesem Text stammen aus der Titelgeschichte der erwähnten Spiegelausgabe. Die Bildunterschriften bilden eine Zusammenfassung wesentlicher Textpassagen. Die letzte derart fremdenfeindliche Titelgeschichte des Spiegels erschien bevor Angriffe auf Flüchtlingsheime zur deutschen Freizeitbeschäftigung wurden. Damals schrieben die Redakteure von "Asylantenfluten".

Kurznachrichten

Eine Legende ist nicht totzukriegen

Monatliche Razzia

Es war 6 Uhr am Morgen als die Neulinge bei der Leipziger Polizei ihren ersten Praxistest in der Erstürmung eines besetzten Hauses hatten. Zum Zweck der Festnahme eines 23jährigen Gesuchten wurde ein gesamtes Gebäude gestürmt und durchsucht. Dabei konnte den neuen Einsatzkräften nicht nur die Identifikation per Haftbefehl Gesuchter demonstriert werden, außerdem wurden noch illegale und verbotene Cannabispflanzen und 20 Molotowcocktails sowie Steine gefunden. Da diese nur zu polizeilichen Übungszwecken von den BewohnerInnen aufgestellt wurden, konnte der Unterricht im Verhaften auf frischer Tat Ertappter nicht erfolgen. Allerdings waren die Unterweisungen im Beseitigen von Gefahrengut von Erfolg gekrönt. Gestört fühlte sich durch diesen Einsatz offenbar niemand der unmittelbar oder mittelbar Betroffenen. Jedenfalls beschränken sich Verlautbarungen zu der Razzia auf die Pressemitteilung der Polizei, über deren nächste Übungsstunde sicher im nächsten Heft berichtet werden kann.

Scheiß NPD!

Wer hätte das heutzutage noch für möglich gehalten? Mitten in Grünau tauchen plötzlich vermummte auf und verhauen Faschos. In wohl aufklärerischer Absicht verteilen sie dabei auch noch Flugblätter, die den Geschädigten erklären wem, sie diese Scheiße zu verdanken haben: Die NPD will am 1. Mai aufmarschieren lassen und jetzt müssen die autonomen Schlägerkommandos üben. Die Frage ist nur, wie die für die öffentliche Ordnung zuständigen Organe in Zukunft solche Vorfälle verhindern wollen. Schließlich geht es um unsere Kinder. Da staatlich verordneter Antifaschismus auf Weisung von ganz oben durch Toleranz gegenüber Rechtsextremismus ersetzt werden mußte, schlagen wir eine im Ausland bereits erfolgreich erprobte Methode vor: Ausgangssperre für Jugendliche nach Schulschluß. Damit sinkt nicht nur die Zahl der Überfälle auf jugendliche Faschos rapide, auch rassistische Ausschreitungen und Autodiebstähle nehmen enorm ab. Einen Slogan hätten wir auch schon. Fascho Du mußt zu Hause bleiben!

Natinales Deutschland

Die deutsche Nationalstiftung hat den Nationalpreis vergeben und dabei deutlich gemacht, daß es sich nicht um eine Kopie der DDR-Variante handelt. Getreu ihrem Ziel, die deutsche Nation ohne Makel wieder erstehen zu lassen, wurde die Bürgerbewegung zum Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche gewählt. Bundespäsident Herzog: „Die Ruine war erschütternde Erinnerung an die Schrekken des Krieges. In der wiedererstandenen Kirche wird diese Mahnung fortleben und wachgehalten werden müssen." Aber nur dezent, sollte da hinzugefügt werden, wohl in einem Nebensatz auf den Tafeln, welche die Leistung der Bürgerbewegung dokumentieren werden. Denn schließlich war es schon schlimm, daß die Allierten sogar Gotteshäuser in Schutt und Asche legten. Dann ist auch der Schmerz nicht mehr so groß, daß der ausbleibende Endsieg Wunden riß, die scheinbar nicht heilen wollten. Ganz im Stil dieses Geschichtsbildes ist die gleichfalls erfolgte Ehrung des „Hannah Arendt Institutes für Totalitarismusforschung", das sich strikt unpolitisch dem Geschichtsrevisionismus widmet. Über zwanzig Jahre nach dem Tod Hannah Arendts ist es auch unbedeutend, daß die Totalitarismusdefinition der Namenspatronin explizit nicht auf die DDR zutraf, während sich das Institut dem Vergleich von DDR und NS-Staat verschrieben hat.

Schnäppchen

Das Völkerschlachtdenkmal kostet mehr Geld als es einbringt, ist also nichts wert. Das will die CDU im Stadtrat jetzt ändern. Projektplaner müssen her, Marktwirtschaft, Freiflächenvermarktung. Und sinnlose Freiflächen gibt es am Denkmal wirklich genug mit eine bißchen Phantasie lassen sich da bestimmt tolle Leuchtreklamen anbringen.

Der Staatsanwalt hat das Wort

Gegen die Mörder von Achmed Z. der im Oktober letzten Jahres vor dem Gemüseladen gegenüber des LVB-Gebäudes in der Karl-Liebknecht-Straße erstochen wurde, hat der Staatsanwalt jetzt Anklage erhoben. Die Jugendstrafkammer entscheidet, ob der Vorwurf des gemeinschaftlich begangenen Mordes gegen die zwei seit Oktober in U-Haft Sitzenden nach Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht verhandelt wird. Der Prozeß muß zeigen, ob die Staatsanwaltschaft, trotz der rassistischen Beleidigungen, welche die beiden unmittelbar vor dem Mord gegenüber einer Verkäuferin geäußert hatten, von einem politischen Hintergrund der Tat absieht, wie dies im Oktober geschehen war.

Die Tür macht auf, das Tor macht weit!

Die Leipziger Knäste öffnen ihre Türen für Voyeure und andere Interessierte viermal im Jahr. Die erste diesjährige Veranstaltung, bei der in authentischer Umgebung die Strafe für Verbrechen hautnah erlebbar wird, fand am 24. April statt. Weitere Aufführungen von „Der Rechtsstaat mit Herz und Seele in Aktion“ sind am 20. Juni, 18. September und 16. Oktober. Karten gibt es an allen bekannten Vorverkaufsstellen. Das Füttern und Berühren von Abschiebe- und U-Häftlingen ist aus Sicherheitsgründen nicht möglich, allerdings werden leere Zellen vorgeführt. Die Karten sind streng auf 50 Stück pro Veranstaltung limitiert!

Vergewaltigung im Wildpark

Am frühen Abend des 10. April vergewaltigte ein Jogger eine Frau auf dem Connewitzer Parkplatz am Wildpark. Die Frau konnte sich erst nach der Tat losreisen und fliehen.

Wenn das Asylheim brennt

... kann die Polizei in der Regel schon am folgenden Tag einen fremdenfeindlichen Hintergrund ausschließen. Nicht anders am 8. April in Spröda (Landkreis Delitzsch). Die 120 BewohnerInnen konnten ihr Leben retten, müssen jetzt aber damit rechnen schwere Brandstiftung vorgeworfen zu bekommen, weil die Polizei kein Eindringen von außen feststellt.

Der oben abbgebildete Spiegeltitel versprach schon schlimmes. Weiblich, fanatisch, jung sucht Demokratie zum aufschlitzen. Die Geschichte hält dann auch, was das Titelbild verspricht. Dumpfe Ressentiments verpackt in Zitaten und Statistiken. "Gewaltforscher Heitmeyer" prognostiziert die "Ethnisierung sozialer Konflikt". Darunter haben wir den Krieg türkischer Gangs gegen die Russenmafia zu verstehen. Da der Wohlstand nicht mehr für alle reicht müssen die Gastarbeiterkinder der zweiten und dritten Generation eben zurück dahin, wo sie selbst niemals herkamen: in die Türkei. Und auch für die derzeit größte Einwanderungsgruppe der sogenannten Rußlanddeutschen, die in Wirklichkeit Russen, Kasachen oder so was sind, müssen Regelungen gefunden werden. Fakt ist, laut Spiegelrecherche, ein deutscher Paß hilft keinem Ethnisierten seine Ghettoisierung zu überwinden und aus der kulturtypischen und von mangelnder Bereitschaft, sich beim Warten auf den Luxus in Geduld zu üben, geprägten Gewaltbereitschaft raus zu kommen..

Die Argumentationsmuster gleichen erschreckend denen vom Beginn der Debatte, die zur de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl führte. Klar ist: "Wer auf Dauer im Land bleibt, muß die Verfassungsgrundsätze anerkennen und die deutsche Sprache beherrschen." Natürlich gilt dies nur für Menschen die nicht aus Kerneuropas Schengenland kommen, in dem die freie Wohnortwahl von Sprachkenntnissen unabhängig ist.

Kultur muß wieder unbezahlbar werden!

Hochkultur heißt deshalb Hochkultur, weil sie nichts für den Plebs ist. Diese Weißheit haben sich manche in den 40 Jahren Ostkommunismus ideologisch verschleiern lassen. Um wieder auseinanderzubringen, was nicht zusammen gehört gibt es deshalb nur ein Mittel: die Preise müssen erhöht werden, damit sich niemand vom Pöbel aus versehen statt in den Kinosessel in die Oper oder das Gewandhaus verirrt. Schließlich muß auch im Alltag erlebbar sein, daß die einen so sind und die anderen ganz anders. Die „moderaten Preiserhöhungen" (Kulturobermeister Giradet) - in der Oper immerhin sechs Mark pro Karte - werden natürlich nicht mit solchen den Mob verunsichernden Argumenten begründet. Da erzählt sich der Stadtrat doch lieber das Märchen, die defizitären Kulturbetriebe könnten so wirtschaftlicher werden. Was haben wir gelacht.

Dieser gefährliche Trickbetrüger hat dieser armen alten Frau 15.000 DM (in Worten Fünfzehntausend) abgenommen. Die alte Dame fiel auf den mindestens ebenso alten Zoodirektortrick herein. Mit Hilfe einer lokalen tageszeitung hatte der Trickbetrüger behauptet ein Seelöwenbasin bauen zu müssen, für das er kein Geld habe. Mittels fingierter Berichte über Spenden von Baufirmen, ließ er die story täuschend echt wirken. Besonders makaber war die Vollendung des Betrugs. Als die arme alte Frau angab das Geld spenden zu wollen, hjolte es sich der Mann bei ihr zu Hause in bar ab. Er brachte einen Blumenstrauß und ein Zoobuch mit. Die Identifikationsteams des KlaroFix wollen inzwischen herausgefunden haben, daß es sich bei dem Mann auf dem Bild um Trickbetrugsexperten Eduard Zimmermann in Verkleidung handelt. Ein aktuelles Aktenzeichen bei der Staaatsanwaltschaft Leipzig ist nicht bekannt.

Hundescheiße

Wer einen Hund hat, muß jetzt auch drauf aufpassen. Dies gilt nicht nur für den vom Vierfüßler verursachten Hundedreck, sondern auch das Gebiß des Tieres. Sollte dieses sich weiterhin in den Waden von Sportlern, Kleinkindern und Fahrradfahrerinnen finden, anstatt in der Nähe einer Hundeleine, wollen die Stadtgewaltigen „Verwarnungsgelder" verhängen. Noch günstiger wäre es allerdings in Grünanlagen Kameras aufzustellen, die leinenlose Kläffer blitzen. Natürlich müßten dazu entsprechende Nummern auf die Pelze der Tiere mit Leuchtfarbe aufgesprayt werden.

Einhalb unter Null

Nachdem der Frauenbibliothek MONAliesA Sachkosten und anderthalb Personalkostenstellen zur Verfügung gestellt wurden eröffnet das Projekt, welches am 4. Februar wegen mangelnder Unterstützung durch die Kommune dicht machte, am 6. Mai erneut. Zwar sind die bewilligten Mittel noch unter den in der Zeit der Schließung geforderten Mindestzuwendungen (u.a. zwei Personalkostenstellen), aber daß jetzige Angebot wird von den Ämtern von einer Widereröffnung des Projektes ab hängig gemacht. Bei MONAliesA wird deshalb der Spatz in der Hand einer Taube auf dem Dach vorgezogen. Zwar wollen sich die Trägerinnen nicht soweit kompromittieren jetzt doch möglich zu machen, was sie als nicht machbar beschrieben hatten, aber mit eingeschränkten Öffnungszeiten läuft die Bibliothek doch erstmal weiter. Der Kontakt zu den NutzerInnen soll dabei aktualisiert und für den weiteren Kampf um die völlige Durchsetzung der Mindestforderungen benutzt werden. Auch strukturell soll sich was ändern. Die Gründung eines eigenen Trägervereins ist geplant. Genaues ab 6. Mai in der MONAliesA.

Wilder Osten inklusive

Es war 1995, als einigen Menschen die merkwürdigen Umstände des Konkurses der Sachsenmilch AG und irgendwie verschwundene Fördergelder in Millionenhöhe Kopfzerbrechen bereitete. Vielleicht waren unter ihnen die Manager der Sachsenmilchbesitzerin Südmilch, vielleicht gehörte sogar Landwirtschaftsminister Rolf Jähnisch (CDU) dazu, weil alles so zum Himmel stank, daß nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß noch Gras über die Sache wachsen lassen konnte. Das ist jetzt geschehen. Nach 1100 Seiten Protokollen hat der Ausschuß seine Arbeit eingestellt. Zwar murrt die Opposition noch ein wenig, aber die regierende CDU erklärt: Jähnisch war Ostler, also bekloppt, weshalb er gar nicht mitbekommen hat, worum es ging und einfach instrumentalisiert wurde. Wie alle! Die unorthodoxen Methoden seien aber letztendlich eine Erfolgsstory, wie sie ins aufstrebende Sachsen gehört. Und damit ist jetzt alles gut, schließlich hatten die Nörgeler lange genug Zeit Skandale aufzudecken...

Pump-Gun, Gabel, Scheere, Licht

sind für kleine Kinder nicht. Dachte sich die Polizei und entfernte vom Kinderspielplatz am Thonberg einen Plastemüllsack, in dem sich außer einer Pump-Gun noch eine Machinenpistole mit Schalldämpfer und eine Selbstladepistole nebst scharfer Munition befanden. Was für Typen rennen da draußen eigentlich mit was für Geräten in welchem Zustand durch die Gegend?

Gestrafftes Studentenleben

Großartig sind die Vorstellungen von der Zukunft, die Sachsens Wissenschaftsminister Meyer ins Hochschulrahmengesetz schreiben will. Weniger Studierende ist sein Programm und die müssen auch nicht mehr alle fünf Jahre an der Uni hängen. Wer nicht gleich von vornherein „ausgesiebt" wird, kann statt der bisherigen Magister- oder Diplomabschlüsse auch nach 3 Jahren mit einem Baccalaureat die Uni verlassen. Diese bessere Zwischenprüfung ist zum Beispiel in Großbritannien die Regel. Deshalb muß die Innovation auch nicht mit zu erwartenden Spareffekten nach ihrer flächendeckenden Einführungen begründet werden, sondern wird unter der Flagge der Kompatibilität eingeführt. An der Leipziger Universität ist ein erster dreijähriger Studiengang schon geplant und soll baldest möglich angeboten werden. Wer sich dann nicht an die Regelstudienzeit hält, wird wohl mit dem Minimalprogramm vorlieb nehmen müssen. Im übrigen heißt das Allheilmittel in der Bildungskrise Wettbewerb.

Als ob nicht alles schon schlimm genug wäre...

... will die mb zusammen mit den Prinzen und einer gewissen Ute Freudenberg einen „Rock-Sender" für Sachsen starten. Mit ausschließlich Rockmusik lediglich unterbrochen von Infos über Rockmusik. Stell Dir vor, die Landesmedienanstalt genehmigt dieses Projekt und Deine Sendewahltatste geht kaputt während im Autoradio Rock-Sender Sachsen läuft. Dann hats Dich eiskalt erwischt und Du schunkelst mit geschätzen 15 bis 20% der RadiohörerInnen zu „Das ist alles nur geklaut". Ich muß jetzt aufwachen!

Reichsgericht auf Reichsgerichtsplatz

Wer Dimitroff sagt, sagt Terrorismus. Wer Reichsgericht sagt, sagt Ruhe, Rache, Ordnung. Was liegt also näher, als den Namen für den Platz, auf dem das Gebäude steht, welches erst Reichsgericht, dann Dimitroffmuseum war und nach Überwindung des Totalstaates DDR Bundesverwaltungsgericht ist, zu tauschen. SPD schlägts vor, CDU kann daran nichts anstößiges finden, FDP und Grüne finden Dimitroff auch nicht gut... Wer hat da wieder „Rechtsextremismus" gebrüllt? War doch klar, daß die Partei des Demokratischen Stalinismus wieder anders will. Naja, der Stadtrat entscheidet im Mai und wie dort die Machtverhältnisse sind, ist ja bekannt. Oder ist jemand bereit eine Kampange anzuzetteln, die ihnen die Sache zu heiß werden läßt?

Hauszeit?

Am Sonnabend, dem 19 April, fand in der Karl-Heine-Str. 4 eine, nach Augenzeugenberichten, ungewöhnliche und erhebende Hochzeitsfeier in ausgelassener, großer Runde statt. Ungewöhnlich deshalb, weil die Braut ein haus war, das durch die Hochzeit den symbolischen Bund fürs Leben mit den Gästen schließen wollte.

Leider ist die Braut schon wieder von der üblichen grünen Besatzung und deren Hintermännern und-frauen geraubt worden, wenn auch nicht so schnell, wie die schlecht informierte LVZ am folgenden Montag "Jugendliche besetzten Haus zum Feiern" berichtete. Dennoch ist es immer noch spannend, wie sich das Schicksal des jungen Paares entwickelt.

Blutsonntag

Der folgende Text sollte laut Editorial des KlaroFix 4/97 im Ordner landen. Nicht nur wegen eines Briefes der Autorin/Übersetzerin, die uns schon einige Texte zur Situation in Irland geschickt hatte, haben wir unsere Meinung bezüglich der Veröffentlichung geändert. In einer Zeit, in der der Nordirlandkonflikt als Zeitgeistphänomen durch die Kinos schwappt, während sich im wirklichen Leben eine Friedensinitiative ihrem Ende zuneigt, halten wir die Darstellung eines Schlüsselereignisses des Konflikts für durchaus interessant. Auch wenn in dem Text Bezüge zur heutigen Situation ausgespart bleiben, verstehen wir ihn als Beitrag, Hintergründe der gegenwärtigen politischen Situation zu erhellen.
Der Text wurde in weiten Passagen von einem Iren verfaßt. Dies erklärt auch, weshalb Standards der Diskussion um die Bedeutung einer Nation, die wir in jeder hiesigen Debatte voraussetzen würden, umstandslos unterschritten werden. Die Veröffentlichung des Textes bedeutet nicht, daß wir diese Standards nicht für verteidigungswürdig halten. Wir bitten aber zu bednken, daß solche Standards nicht überall vorausgesetzt werden können.
Am 29. Januar 1997, also am Vorabend des 25. Jahrestages des Blutsonntages von Derry, hat das Northern Ireland Office der britischen Regierung verlautbaren lassen, die damals durchgeführten offiziellen Untersuchungen seien erschöpfend. Eine neue Untersuchungskomission sei nicht notwendig, aber wer neue Beweise habe, möge sie doch der RUC zur Verfügung stellen... *Red.*

Das erste Februarwochenende dieses Jahres war in Irland dem Gedenken an "Bloody Sunday" gewidmet, als unschuldige Zivilisten, die an einem Marsch für Bürgerrechte teilnahmen, von britischen Truppen niedergemetzelt worden waren.
Am 30. Januar 1972 fiel die nationalistische (ACHTUNG, keine voreiligen Schlüsse)[1] Bevölkerung Derrys einem 'vorsätzlichen Gemetzel' zum Opfer, ausgeführt vom Ersten Battallion des Fallschirmregiments der Britischen Armee. 13 Männer wurden erschossen (ein weiterer erlag später den Verletzungen, die er an diesem Tag erlitten hatte), als sie, so ironisch es auch klingen mag, an einer Demo für Bürgerrechte teilnahmen.
Sofort danach überfluteten die britische Armee und die britische Regierung in guter Zusammenarbeit die Medien mit Behauptungen, daß die Armee sich gegen einen Angriff der IRA verteidigt hätte. Sie behaupteten, daß die Paras[2] mit Bomben und Schüssen angegriffen worden seien, ohne allerdings auch nur einen Fetzen eines Beweises für diese Behauptung zu erbringen. Nicht ein einziger Para wurde an diesem Tag verletzt. Keiner der Toten hatte eine Waffe bei sich oder wurde auch nur in der Nähe einer Waffe gefunden. 25000 Augenzeugen und ein Haufen Journalisten bezeugten, daß weder Bomben noch Waffen von den Demonstranten benutzt worden seien.
Die 'unabhängige' Untersuchung der Ereignisse unter der Leitung von Lord Widgery (einem ehemaligen Armeeoffizier und später Lordoberrichter in Großbritannien) ignorierte allerdings die Berichte derer, die an diesem Tag anwesend waren. Ein Funkamateur hatte die Kommandos des befehlshabenden Offiziers, die vor und während des Gemetzels gegeben wurden, mitgeschnitten, aber das wurde als Beweismittel nicht anerkannt, da es ja "illegal" ist, die Funkverbindung der Streitkräfte ohne Erlaubnis mitzuschneiden. Ein Gerichtsbericht, der vermeintlich bewies, daß drei der Toten bewaffnet gewesen waren, muß sehr skeptisch betrachtet werden, wenn man weiß, daß genau diese Drei, als sie bereits tot waren, in Kontakt mit denjenigen kamen, die tatsächlich Waffen hatten - den 'Paras'.
Obwohl Widgery zu dem Schluß kam, daß das Verhalten der Armee in einigen Fällen "an Fahrlässigkeit grenzte", entlastete er in seiner endgültigen Analyse die Armee.
25 Jahre später demonstrierten Menschen von Derry und von anderswo (etwa 40000 Menschen) auf der originalen Strecke des Bürgerrechtsmarsches von '72 und forderten eine wahre Aufklärung der Vorfälle und Gerechtigkeit für die Opfer. Nach 25 Jahren sind die Verwandten der Opfer noch immer der fest entschlossen, die Vertuschungen von Bloody Sunday zu enthüllen.
Um zu begreifen, was am Bloody Sunday tatsächlich geschah, müssen wir zunächst einen Blick auf die Geschichte der 6 Counties[3], die Nordirland ausmachen, werfen. Um das Verhalten der Armee zu verstehen, müssen wir als erstes den Impuls der Bewegung, die sich in Nordirland zwischen 1968 und 1972 entwickelt hatte, untersuchen. Warum war die Armee - noch dazu ihr härtestes Regiment - überhaupt dort? Warum war die Eliteeinheit der Paras bei einer friedlichen Bürgerrechtsdemo anwesend? Welche Umstände brachten eine solch massive Anzahl an Menschen auf die Straße?
Der nordirische Staat wurde 1921 von den Briten geschaffen, um den Forderungen der protestantischen Unionisten[4] nachzukommen, die sich dagegen wehrten, einem einigen Irland anzugehören. Protestanten und im speziellen die Orange Order hatten über Jahrhunderte der britischen Kolonialherrschaft die Annahme entwickelt, daß ihre Religion höherwertig als der Katholizismus sei. Ebenso glaubten sie an die Überlegenheit derer, die den Protestantismus praktizierten, gegenüber denen, die einheimischen Glaubensrichtungen anhingen. Die Orange Order (eine durch Schwur gebundene antikatholische Organisation) feiert nach wie vor jedes Jahr mit Märschen und Paraden den Sieg des Protestantismus (unter William of Orange) über den Katholizismus im 17. Jahrhundert. Die Märsche sollten 'lautstark und bombastisch sein, um die Katholiken einzuschüchtern und den Sieg des Protestantismus über den Katholizismus zu feiern, in glorreichem Gedenken an die "wahre Religion". Diese Position paßte der britischen Regierung sehr gut in den Kram, da die Protestanten in Irland Land und Macht in ihren Händen hielten. Sie wußte, daß, wenn die Einheimischen auf ihrer Forderung nach

Unabhängigkeit bestehen würden, diejenigen, die über den Wohlstand verfügten, die Union mit Großbritannien unterstützen würden.
Generalleutnant Lake, Oberster der Sicherheitskräfte im Norden, sagte im 18. Jahrhundert folgendes: "Ich habe es geschafft, die Feindseligkeit zwischen den Orangemen und den United Irishmen[5] zu verschärfen. Von dieser Feindschaft hängt die Sicherheit der Counties im Norden ab."[6]
Dementsprechend achteten die Unionistenbei der Schaffung des nordirischen Staates sehr darauf, daß es auf jeden Fall erheblich mehr Protestanten als Katholiken gab, die demzufolge auch die Kontrolle im eigenen Parlament (Stormont) übernahmen. Wie Sir James Craig, Premierminister Nordirlands von 1921 bis 1940, 1934 wärend der Parlamentsdebatten bemerkte: "Ich habe schon immer gesagt, daß ich in erster Linie ein Orangeman bin und erst dann Politiker und Parlamentsmitglied... Ich bin stolz darauf, daß wir ein protestantisches Parlament und ein protestantischer Staat sind."
Verschiedene Mittel dienten der Absicherung dieser Vorherrschaft, und als die Katholiken/ Nationalisten begannen, Gleichheit zu fordern, reagierten diejenigen, die 'loyal'[7] zur Krone standen, wütend und empört.
Bei der Schaffung des nordirischen Staates wurden keine Regelungen getroffen, um die Rechte der katholischen / nationalistischen Minderheit, die 33 % der Bevölkerung ausmachte, zu sichern. Den Unionisten wurde zugesichert, daß Themen, die sich auf Nordirland beziehen, nicht im britischen Parlament (House of Commons) zur Sprache gebracht würden. Man ließ ihnen praktisch freie Hand, und sie schafften zunächst das Verhältniswahlrecht ab. Die Wahlbezirksgrenzen wurden manipuliert, um dort unionistische Mehrheiten zu schaffen, wo tatsächlich nationalistische Mehrheiten existierten. Im wahrsten Sinne des Wortes genügte praktisch ein Federstrich, um eine katholische Mehrheit zur Minderheit zu machen. Damit verbunden war auch die Tatsache, daß das Wahlrecht beschränkt war. So hatten nur Besitzeigentümer - in der großen Mehrheit Protestanten - eine Stimme, Mieter bzw. Pächter hatten keine. Unternehmer - ebenfalls in der großen Mehrheit Protestanten - bekamen sogar Mehrfachstimmen. Die Orange-Unionisten hatten ein System geschaffen, wo es der katholischen Minderheit unmöglich war, ihrer Meinung im protestantischen Parlament Ausdruck zu verleihen. Speziell in Derry bedeutete diese Art "Demokratie", daß die nationalistisch / republikanische (wieder ACHTUNG)[8] Mehrheit der Bevölkerung 8 Vertreter in der Stadtbehörde hatte, die unionistische Minderheit 12.
Aufgrund der Institutionalisierung von Konfessionen durch den Staat fühlte sich auch die protestantische Arbeiterklasse der katholischen überlegen. Auch wenn ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso beschissen waren, so hatten sie doch wenigstens Arbeit. Die Bevölkerung von Derry repräsentiert in großem Maße diejenigen, die westlich des Flusses Bann leben. Wenn man sich die Wirtschaft der 6 Counties ansieht, kann eine klare Unterscheidung zwischen östlich und westlich des Bann gemacht werden. Das Gebiet östlich des Flusses war, wenn auch gemischt, vorrangig unionistisch besiedelt, westlich dagegen, wenn auch gemischt, vorrangig nationalistisch.
Derry ist die zweitgrößte Stadt in Nordirland, 67% der Bevölkerung sind hier katholisch. Als zwischen 1945 und 1964 neue Investitionen nach Nordirland kamen, bekamen von den 224 neuen Industrien nur 24 ihren Standort westlich des Bann. So waren 25% der nationalistischen Bevölkerung Derrys arbeitslos, kein Wunder, wenn man in Betracht zieht, was Sir Basil Brooke, Premierminister Nordirlands von 1943 bis 1963, empfahl: "diejenigen, die loyalistisch gesinnt sind, sollten keine Katholiken einstellen, da 99% von ihnen unloyal sind...Ihr würdet euch auf diese Art und Weise selbst die Bürgerrechte entziehen" (Londonderry Sentinel March '34).
Auch bezüglich Behausung wurden die Katholiken diskriminiert. Die Unionisten hatten die manipulierte Kontrolle über die Stadtverwaltung Derrys und damit auch über die Bereitstellung von Häusern. Mit keiner Chance auf Arbeit ... wenig Chancen auf eine Wohnung ... und keiner Aussicht auf Veränderung sah ein Großteil der nationalistischen Arbeiterklasse keine andere Möglichkeit, als zu emigrieren. Zwischen 1920 und 1968 verließen 263000 Nationalisten den Norden für immer. Obgleich in dieser Zeitspanne die Geburtsrate bei den Katholiken doppelt so hoch lag wie bei den Protestenten, blieb die Bevölkerungsstruktur die selbe wie 1921.
Für diejenigen, die blieben, war die Situation unerträglich, und angeregt von den Feministenbewegungen und insbesondere der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gingen die "weißen Schwarzen Nordirlands" auf die Straße, um gegen den Konfessionsstaat zu protestieren.
Im Februar 1967 wurde die Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA) gegründet, die durch Straßenproteste das bestehende System zur Reform drängen wollte. Sie war nicht konfessionsgebunden und wollte in der Tat die Teilung der Arbeiterklasse, welche das unionistische Regime bewußt gefördert hatte, überwinden. Aber die Forderung nach Bürgerrechten wurde von der Regierung als subversiv, katholisch und "anti-partitionist" (= gegen ein geteiltes Irland) dargestellt. Das sollte, so hoffte die Regierung, ausreichen, um die Protestanten von der Unterstützung der Bürgerrechtssache abzuschrecken.
In dieser Zeit versuchten die Aktivisten eigentlich nur, den Staat zu reformieren, später glaubten aufgrund der reaktionären und repressiven Maßnahmen der unionistischen Junta viele, daß der Staat zu einer Reform nicht fähig sei, und setzten sich mehr für dessen Abschaffung ein.
Der erste Bürgerrechtsmarsch, der für Derry geplant war, wurde nur in den katholischen Vierteln erlaubt. Aber die Demonstranten weigerten sich, sich an diese Anordnungen zu halten, denn das zu tun hätte bedeutet, man hätte die Bürgerrechtsbewegung als konfessionsgebunden akzeptiert. Allerdings kann man die Forderung nach: Ein Mann, eine Stimme! (auch wenn nicht gerade pc) wohl kaum als konfessionsgebunden bezeichnen. Der einzige konfessionsgebundene Aspekt des ganzen Marsches war die Reaktion der RUC[9], der Staatspolizei, die zu 99% aus Protestanten bestand (heute: 92% der RUC sind Protestanten, 100% Loyalisten). Als die Demonstranten begannen, die von ihnen selbst festgelegte Route zu gehen, wurden sie von der RUC eingekesselt und übel zusammengeknüppelt.

Nachdem sie die Menge über die Brücke in Derry zerstreut hatte, entschloß sich die RUC, die Bevölkerung im allgemeinen anzugreifen, die eigentlich gerade überhaupt nichts im Schilde führte - außer den samstäglichen Einkaufsbummel.

Alles war klar. Die Regierung hatte durch die repressiven Handlungen ihrer Polizei der Bewegung neuen Anstoß gegeben. Die "Beschützer des Volkes" waren gefilmt worden, damit die Welt sehen konnte. Die Regierung hatte gezeigt, was passieren würde, wenn die nationalistische Bevölkerung versuchte, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, und Derry stand unter Hochspannung.

Da jeder Bürgerrechtsdemo mit solchen repressiven Maßnahmen begegnet wurde und Polizei und loyalistische Schlägertruppen in geheimem Einverständnis zusammen die Protestierenden einschüchterten und angriffen, schlossen sich immer mehr Menschen den Märschen an. Das Stormont-Parlament sah seine Überlegenheitsposition gefährdet und seine Macht herausgefordert.

Die Regierung hatte etliche Taktiken parat, um die Protestierenden zu behindern. Sie bezeichnete sie alle als der IRA zugehörig (und hoffte damit, dem allgemeinen Interesse an der Bürgerrechtssache entgegenzuwirken), obwohl die IRA zu dieser Zeit feuchte Träume bekommen hätte, wenn sie so viele Leute hätte anziehen können. Die Demos wurden verboten, gewöhnlich unter dem Vorwand, daß bereits ein Marsch der Orangemen für genau die selbe Route und genau die selbe Zeit vorgesehen sei, für die die Bürgerrechtsbewegung ihren Marsch geplant hatte. Wenn die Bürgerrechtsdemos trotz allem ab und an nicht verhindert werden konnten, so wurden sie jedoch kontinuierlich angegriffen. Als im Januar 1969 ein Bürgerrechtsmarsch von Belfast nach Derry stattfand, wurde dieser von den "B-Specials" (sowas wie bei uns das SEK) und von Loyalistengangs angegriffen, unter ihnen der berüchtigte Ehrwürden Ian Paisley. Die Demonstranten kamen mißhandelt und grün und blau geschlagen in Derry an, und es kam zu Krawallen im katholischen Ghetto Bogside. Die RUC und die Loyalisten tobten sich aus, indem sie Häuser verwüsteten und sich hauptsächlich ihren Spaß daran hatten, sich als faschistische Arschlöcher aufzuführen.

Eine unabhängige Untersuchung unter Cameron kam zu dem Schluß, daß "die Polizisten sich schuldig an Vergehen gemacht haben, die Überfälle und Tätlichkeiten sowie schwere Beschädigung von Eigentum in den Straßen des Bogsideviertels ... sowie das Benutzen von religiösen und politischen Slogans einschließen." Cameron schlußfolgerte: "Der Angriff wurde lokal von Vertretern der Orange Order und der B-Specials organisiert, in enger Zusammenarbeit mit zumindest einigen Mitgliedern der RUC. Es ist möglich, daß einige lokale Abteilungen der Untergrundorganisation UVF[10] beteiligt waren. Aber da sich diese Organisationen, was ihre Mitglieder betrifft, in großem Maße überlappen, sind derartige Unterscheidungen von rein theoretischer Bedeutung."

Der offiziele Unionismus, von den Parlamentsparteien bis hinunter zu den Orangemen und den damit verbundenen paramilitärischen Gruppierungen, dh. der UVF, stellte sich weiter gegen die geduldigen gerechten und progressiven Forderungen nach einer Stimme pro Mann und nach einem Ende der institutionalisierten Diskriminierung.

Die Menschen im Bogside-Viertel waren hilflos. Sie hatten keine Möglichkeit, sich zu schützen, und da die Gangs, von denen sie angegriffen wurden, praktisch vom Staat unterstützt wurden, hatte es auch keinen Sinn, die Polizei zu rufen. Aus diesem Grunde wurde "FREE DERRY" gegründet. Das bedeutete im Prinzip eine Linie, die die RUC nicht überschreiten durfte; die IRA erklärte sich verantwortlich für die Sicherheit des nationalistischen Bogside-Viertels. Die Unterstützung für die IRA wuchs, da traditionelle Ziele in den Hintergrund rückten und in erster Linie das Viertel verteidigt werden mußte.

Während der Zeit der Orange-Märsche standen Krawalle an der Tagesordnung. Wie schon gesagt sind diese Märsche von Natur aus konfessionsgebunden, kein Katholik kann der Organisation beitreten, und sie feiert nach wie vor den Sieg des Protestantismus über den Katholizismus. Wie man letztes Jahr in Drumcree beobachten konnte, genügt es den Orangemen nicht, dies in den loyalistischen Vierteln zu tun; es scheint, daß es erst richtig Spaß macht, wenn man durch die katholischen / nationalistischen Viertel ziehen kann. Pat Mac Rory erklärt in seinem Buch "Die Belagerung von Derry" die Mentalität der Orangemen: "Ich fragte einen Orangeman, warum es denn nötig sei, diese offensichtlich provokativen Feierlichkeiten beizubehalten. Er sah mich leicht überrascht an und sagte dann grimmig: 'Wir müssen ihnen zeigen, wer der Herr ist ... deswegen!'"

Diese Märsche resultierten in unvermeidlichen Krawallen, und Samuel Devenny erlag Verletzungen, die er erlitten hatte, als er von der RUC zusammengeknüppelt worden war. Die Untersuchung der Vorfälle unter Young enthüllte ein 'verabredetes Stillschweigen' unter der Polizei.

Spannung baute sich auf Spannung, und die nationalistische Gemeinde, eingeschüchtert, terrorisiert und offenkundig diskriminiert, war entschlossen, zusammenzuhalten. Aber die Menschen in Bogside ließen sich nicht ihres Sinns für Humor berauben. Vorbereitungen für die jährliche Beleidigung durch Paraden der Apprentice Boys[11] wurden getroffen. Barrikaden wurden errichtet und Molotowcocktails hergestellt. Eine typische Notiz für den Milchmann sah dann etwa so aus: 'Keine Milch, aber bitte 200 Flaschen dalassen'[12].

Der Parade der Apprentice Boys am 12. August folgten schlimme Krawalle. Die Schlacht von Bogside hatte begonnen. Bernadette Devlin[13], Bürgerrechtsaktivistin und später Mitglied im britischen Parlament, beschrieb:

"Wir bauten Barrikaden aus Schutt, alten Rohren und Pflastersteinen - aus allem, was wir in die Hände bekamen - damit die Polizei nicht in unser Gebiet dringen konnte ... Wir hatten keinen Gasmasken, also mußten naße Baumwolldecken, in Weinessig getränkt, herhalten ... und wir kämpften weiter die ganze Nacht hindurch, den ganzen nächsten Tag und die nächste Nacht bis in den dritten Tag hinein ... Wir hatten einen Zustrom von ausländischen revolutionären Journalisten, die auf der Suche nach Erleuchtung bezüglich der Theorie des Molotowcocktailkämpfens waren. Die Leute in Bogside fanden das absurd: sie wußten nicht einmal, wie man Revolution buchstabierte, geschweige

denn wie man eine ausarbeitete, aber sie freuten sich über sich selbst, daß Leute aus der Sorbonne kamen, um die Arbeitslosen von Bogside zu fragen, wo sie denn so gut kämpfen gelernt hätten."

Auch die nationalistischen Viertel in Belfast organisierten Krawalle, um den Druck auf Bogside zu mildern und die enorme RUC-Präsenz von Derry abzulenken. Nach drei Tagen war die Polizei am Ende. Die nordirische Regierung forderte Hilfe von der britische Armee an, und daraufhin wurden Truppen in die 6 Counties verlegt. Die Derry Citizens Defence Association[14] repräsentierte die Bogsidebewohner und verhandelte Vereinbarungen darüber, daß die Barrikaden wieder abgebaut und stattdessen weiße Linien auf die Straßen gemalt wurden, die die RUC auf ihren Patroullien nicht überschreiten durfte.

In dieser Zeit richtete die IRA ihre Angriffe vor allem auf 'wirtschaftliche Ziele'. Allerdings stellte sich heraus, daß einige der Bomben, die zunächst der IRA zugeschrieben wurden, tatsächlich von der UVF gelegt worden waren. Etliche unschuldige Zivilisten auf beiden Seiten fielen den Anschlägen von beiden Seiten zum Opfer.

Das wachsende Vertrauen in und die steigende Unterstützung für die IRA verärgerte die Loyalisten, die das Gefühl hatten, die IRA würde siegen und das Stormont-Parlament unter dem Reformer O'Neill würde die Ulster-Protestanten an die kommunistische und päpstliche Verschwörung, die sie hinter den Forderungen für Bürgerrechte vermuteten, verraten.

Sporadische Krawalle gingen weiter, aber im Frühsommer 1971 zeigten sich die Briten zufrieden mit den erreichten "Fortschritten". Die RUC patroullierte wieder in fast allen Gebieten.

Anfang Juli jedoch hatte die Anzahl der Vorfälle die lokale politische Szene dramatisch verändert. Wieder einmal standen die Straßen unter Hochspannung. Krawalle standen an der Tagesordnung, als sich die Zeit der loyalistischen Märsche näherte. Die Menschen waren wieder auf der Straße und widersetzten sich den Staatskräften, die vorher eher "ruhige" IRA befand sich jetzt im offenen bewaffneten Konflikt, und die Anzahl ihrer Mitglieder und ihr politischer Einfluß wuchs stetig.

Der wesentlichste Grund für dieses Aufwallen an Militanz in der nationalistischen Bevölkerung waren die unbegründeten Morde an Seamus Cusack und Desmond Beattie, die von den britischen Streitkräften in Derry verübt worden waren. Die Abscheu der Arbeiterklasse war so enorm, daß sogar die moderate Mittelklasseführungen der Sozialdemokratischen und der Labour-Partei von der massiven öffentlichen Meinung dazu gezwungen waren, sich aus dem Stormont-Parlament zurückzuziehen. Hätten sie dies nicht getan, wäre ihnen ihr politisches Ableben sicher gewesen, und die Basisunterstützung von Seiten der Arbeiterklasse wäre verschwunden. Die Schlußfolgerung der Gemeinden wäre die totale Ablehnung der Parteien gewesen, da sie geglaubt hätten, daß diese nur aus simplen finanziellen Gründen an der Macht festhielten.

Die Zeitschrift Loyalist News forderte ihre Leser dazu auf, "sich auf einen Holocaust vorzubereiten, nach dem August '69 [die Schlacht von Bogside] wie ein Picknick aussehen werde". 8000 protestantische Werftarbeiter legten ihre Arbeit nieder und forderten verstärkte Repressionen gegen die IRA.

Das Parlamentsmitglied Faulkner forderte die britische Regierung auf, 'Internment' einzuführen. Internment bedeutete, daß Bürger allein auf einen Verdacht hin festgenommen und für eine beliebig lange Zeit festgehalten werden konnten, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. Die britische Regierung zögerte zunächst, ließ sich aber dann auf einen Deal ein: die Parade der Apprentice Boys wurde verboten, und um diesen Schlag gegen die Loyalisten abzuschwächen, begann die 'Operation Internment'.

Was die unionistischen Minister zunächst als einen fantastischen Erfolg bezeichneten, stellte sich allerdings als die Festnahme von 1600 völlig unschuldigen Menschen heraus, die nach 'Verhören' wieder freigelassen werden mußten. 1600 von 2357. Keines der führenden IRA-Mitglieder wurde in der Razzia festgenommen, da diese schon vorher von dem Plan erfahren hatten.

Die Sicherheitskräfte nutzten diese repressive Strategie böswillig aus. Familienangehörige wurden nicht darüber informiert, wo und für wie lange die Gefangenen festgehalten würden. Die bei Verhören angewendeten Methoden entsprachen dem Standard der RUC: psychische und physische Folter. Die beim Internment angewendete Strategie war eindeutig selektiv: nicht ein einziges UVF-Mitglied wurde interniert. Von daher wurde Internment von der nationalistischen Bevölkerung eindeutig als weiterer Angriff gegen sie erkannt und bewertet.

Die Nachrichten darüber, wie die Nationalisten von den Kräften der Krone behandelt wurden, verbreiteten sich wie ein Lauffeuer. Wiedereinmal versammelte sich die Bevölkerung zu täg-

lichen Straßenprotesten. Eine offizielle Untersuchung unter Compton sprach von "physischer Mißhandlung, die als Brutalität beschrieben werden kann". Er weigerte sich, das Wort 'Folter' anzuwenden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spielte das selbe Spiel, indem er zu dem Schluß kam, "unmenschliche und degradierende Behandlung sei aufgetreten", aber Folter natürlich nicht. Urteilt selbst ...:

Chris Dolan schrieb in einer Veröffentlichung der Londoner Socialist Voice:

"Ihre Fälle werden momentan am europäischen Gerichtshof in Straßburg diskutiert, und es ist die britische Regierung, die vor Gericht steht ... am 9. August 1971 wurde Michael von britischen Soldaten aus seinem Bett gezerrt und in einen Armeewagen geworfen ... er wurde in das Magilligan Internment Center gebracht und dort mit anderen, die ebenfalls festgenommen worden waren, zwei Stunden im Regen stehengelassen ... dann wurde er verhört, und die RUC-Kräfte stülpten ihm eine Kapuze über den Kopf. Man setzte ihn in einen Hubschrauber, der sich einige Meter hoch in die Luft erhob. Dann stieß man Mick hinaus ... dann brachte man ihn zurück und setzte ihn in ein Zimmer, wo ein kontinuierlicher Lärm herrschte. Er mußte sich auf den Fußboden legen, und sie zwangen seine Beine auseinander, bis er ohnmächtig wurde. Als er wieder zu sich kam, wurden seine Hoden von einem Gummistiefel bearbeitet, bis sie geschwollen waren. Er wurde wiederholt geschlagen, oftmals bis zur Bewußtlosigkeit. Einmal wurde ein Schlauch in sein After geschoben. Seinen Bitten um Wasser wurde nachgekommen, aber anstatt daß man ihm das Wasser zu trinken gab, schütteten es die Sicherheitskräfte über seine Kapuze, was das Atmen erheblich erschwerte ..."

Zur selben Zeit der Mißhandlungen der Internierten wurden 7000 Katholiken aus ihren Häusern vertrieben. Sie wurden entweder eingeschüchtert, oder ihre Häuser wurden angezündet. Während einer Versammlung der UDA[15] erklärten die Loyalisten: "WIR sind loyal, wir sind die Männer der Queen! Unsere Feinde sind die Kräfte des Vatikans und des Kommunismus, die es zu zerstören gilt!" Allerdings verschlimmerten die Kreafte des Loyalismus und der Krone nur die Situation und förderten damit ungewollt die wachsende Unterstützung für die 'Provos'[16].

Die Bevölkerung ging tagtäglich in enormer Anzahl auf die Straße. Die Straßenbeleuchtung wurde entfernt, um die Kräfte der Krone zu verwirren und irrezuführen, und die Frauen schlugen mit den Deckeln der Müllcontainer auf die Straße, um vor ihrem Herankommen zu warnen.

Das ist der Hintergrund bzw. eine kurzer geschichtlicher Überblick der Ereignisse, die zum Marsch am 30. Januar 1972 führten, der gegen den Mißbrauch der Menschenrechte durch die Methode und Ausführung von Internment protestierte. Parlamentsmitglied Faulkner verbot jegliche Demonstrationen, aber sich damit abzufinden hätte bedeutet, als unterwürfig zu gelten und die Regierungsmethoden der Zensur und der 'Black Propaganda' hinzunehmen.

Diejenigen, die die repressiven Regierungsmaßnahmen am meisten zu spüren bekamen, also die katholische Arbeiterklasse, waren fest entschlossen, ihren Ärger zu zeigen, ob es nun illegal war oder nicht.

Aber die britische Regierung hatte ihre eigenen Pläne. Am 28. Januar 1972 wurde eine Versammlung des Defense and Overseas Comittees des britischen Kabinetts einberufen, an der die Ranghöchsten der britischen Elite teilnahmen. Sie berieten darüber, wie man am besten den ultraunionistischen Faulkner an der Macht halten und außerdem den "No-Go-Areas" in Derry ein Ende bereiten konnte.

Es war offensichtlich, daß etwas Großes geplant war. Das härteste Regiment der britischen Armee wurde nach Derry verlegt. Zu den üblichen Verhaftungen Protestierender wäre diese Eliteeinheit nicht nötig gewesen.

Frank Kitson, der zu dieser Zeit in Nordirland damit beschäftigt war, eine britische Strategie der psychologischen Kriegsführung und Kontersubversion zu entwickeln, erklärt in seinem Buch "Low Intensity Operations":

"Das Recht ist nur eine Waffe mehr im Arsenal der Regierung ...kaum mehr als eine Propagandadeckung für die Vernichtung eines unbequemen Mitgliedes der Öffentlichkeit."

Es wurde offensichtlich, daß die Kräfte der Krone wiedereinmal mit den Loyalisten unter einer Decke steckten, als eine von Paisley für den selben Tag organisierte Gegendemo plötzlich abgesagt wurde und alle Loyalisten gewarnt wurden, sie sollten sich vom Stadtzentrum fernhalten.

Die Armee war an Ort und Stelle, als 20000 Menschen unter dem Bürgerrechtsbanner demonstrierten. Gegen Ende der Demo brachen, wie vorherzusehen war, Krawalle aus. Allerdings nichts im Vergleich zu vorherigen Krawallen, dem 'üblichen' Steinewerfen auf Armee und Polizeiwagen. Die Armee bekam ihre Anweisungen, und das Gemetzel begann. Gerade als Parlamentsmitglied Lord Fenner Brockway beginnen wollte, eine Rede zu halten, hörte man den ersten Schuß, und ein Mann entging seinem Tod um wenige Zentimeter. Andere hatten weniger Glück und wurden angeschossen, als sie nach Deckung rannten.

Die Worte derjenigen, die diesen Tag an Ort und Stelle miterleben mußten, beschreiben die Aktionen der Paras wohl am besten. Eddie McAteer, Oppositionsführer im Stormont-Parlament, sagte:

"Es war schlicht und einfach ein Massaker. Es gab keine Molotowcocktails, keine Waffen, keine Heckenschützen, nicht eine einzige Rechtfertigung für dieses durchorganisierte Blutbad. An Bloody Sunday wird man sich erinnern als den schändlichsten Tag der britischen Armee." (Leider sollte dies nur der Anfang der Liste ihrer unrümlichen Taten sein.)

Ein italienischer Journalist, der an diesem Tag

britischen Armee." (Leider sollte dies nur der Anfang der Liste ihrer unrümlichen Taten sein.)
Ein italienischer Journalist, der an diesem Tag in Derry anwesend war, berichtete:
"Es wurde nicht ein Schuß auf sie gefeuert. Es wurde nicht ein Molotowcocktail nach ihnen geworfen. Es wurde nicht eine Bombe nach ihnen geworfen. Plötzlich waren sie da und feuerten mit unglaublicher Wildheit Schüsse in die fliehende Menge. Ich bin durch viele Länder gereist. Ich habe viele Bürgerkriege, Revolutionen und Kriege gesehen. Aber noch nie habe ich solch kaltblütigen Mord gesehen, durchorganisierten Mord, geplanten Mord ... Ich habe gesehen, wie ein 15jähriger seine Freundin an einer Mauer schützen wollte und dann versuchte, sie zu retten, indem er mit einem Taschentuch vorausging ... Ein Fallschirmjäger kam näher, schoß ihm aus etwa 1 Meter Entfernung in den Magen, und schoß dem Mädchen in den Arm. ... Auf mich selbst wurde 5 Mal geschossen. Einmal war ich fast sicher, es würde mich erwischen, als ich von einem Fenster aus fotografierte. Ich ging zu dem Fenster, um ein paar Fotos zu machen, und sofort zerschmetterten 5 Schüsse das Glas ... Die Stimmung unter den Menschen, während das Ganze passierte? Es war Panik, es war Verzweiflung, es war Frustration. Ich habe Menschen weinen sehen, alte Männer, Jungs, die wenige Augenblicke zuvor ihre Freunde verloren hatten und es nicht begreifen konnten. Da war Befremden. Da war Bestürzung, da war Wut und Frustration. Es war unbegreiflich..."
Die nationalistische Bevölkerung war fassungslos. 14 von ihnen, fast die Hälfte jünger als 20 Jahre, waren tot. Um noch ein wenig in dieser Wunde zu kratzen, sorgten die britische Regierung und ihr Nachrichtendienst in Nordirland dafür, daß die Öffentlichkeit über das Geschehene falsch informiert und der Name der Paras bereinigt wurde. Die Verfahrensweise dabei war, Informationen zu verfälschen, als eine der vielen Waffen gegen jegliche subversive Elemente der Gesellschaft, besonders aber gegen die IRA.
Tony Staughten, Chef der Öffentlichkeitsarbeit, gab zu, daß in dieser neuen Situation mit dem Armeeeinfluß darauf bestanden werden mußte, die Öffentlichkeit zu belügen, und zwar als Teil psychologischer Operationen. 'Psyops' ist ein sehr weitgreifender Begriff, der von der NATO folgendermaßen definiert wurde:
"geplante psychologische Aktivitäten in Frieden und Krieg, gerichtet auf Feind, Freund oder eine neutrale Zielgruppe, um eine bestimmte Einstellung oder Verhaltensweise zu schaffen, die dem Erreichen politischer oder militärischer Ziele positiv gegenüberstehen..."
Der Nachrichtendienst mußte sich ziemlich anstrengen, um der Welt zu beweisen, daß die IRA das Blutbad angefangen hätte. Collin Wallace, Chef der Öffentlichkeitsarbeit der Armee, war Mitglied des legalen Teams, dessen Aufgabe es war, die Öffentlichkeit zu täuschen. Er sah dies als völlig gerechtfertigt im Kampf des Staates gegen den 'Terrorismus' an.
So begann die Vertuschung, und das Untersuchungstribunal unter Lord Widgery suchte verzweifelt nach Beweisen, die die Armee verteidigten. Als er seine Nachforschungen begann, unterlag Widgery dem Irrglauben, daß "es keinen Grund gibt, anzunehmen, daß die Soldaten Feuer eröffnet hätten, wenn nicht zuvor auf sie geschossen wurde". Befangen wie er war kam er zwar zu dem Schluß, daß die Schüsse der Armee "an Fahrläßigkeit grenzten", entlastete am Ende aber die Armee. Die Worte der Paras waren mehr wert als die Worte und Augenzeugenberichte der Bevölkerung.
Es gelang Widgery, den Namen der Armee in Großbritannien wieder ins rechte Licht zu rücken, in den nationalistischen / republikanisdhen Gemeinden der 6 Counties gelang ihm das nicht. Tatsächlich begannen diese erst langsam zu begreifen, wie weit die britische Regierung gehen würde, um Oppositionen zum Schweigen zu bringen. Die Diskriminierung, Einschüchterung, die Morde, Geheimhaltungen und Lügen von Bloody Sunday sind in den letzten 25 Jahren bis heute ein wesentlicher Bestandteil der britischen Politik in den 6 Counties geblieben...
Aber ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben...

[1]Nationalisten im irischen Kontext: verteidigen ihre irische Identität, die von der britischen Regierung unterdrückt wird; setzen sich ein für ein vereinigtes Irland, das von IrInnen regiert wird - hat nix mit Ausländer raus und so zu tun

[2]Paras: Parachute Regiment of the British Army - Fallschirmregiment der britischen Armee (Eliteeinheit)

[3]Counties sind sowas wie bei uns Bundesländer, die Republik Irland besteht aus 26 und Nordirland aus 6 Counties. Die Wahl der Bezeichnung hängt von der Position ab, die man bezieht. Viele Iren vermeiden Begriffe wie Nordirland und Republik Irland und beziehen sich stattdessen auf die 6 Counties und 26 Counties, Irland als ganzes wird entsprechend als 32 Counties bezeichnet.

[4]Unionisten: für die Union mit Großbritannien

[5]United Irishmen: für ein einiges Irland

[6]De Poar, Liam. Divided Ulster

[7]Loyalisten: loyal gegenüber der britischen Krone

[8]Republikaner im irischen Kontext: für das Recht, sich selbst zu regieren, dh. 32 Counties unter einer von allen Männern und Frauen gewählten Regierung; beeinflußt von Ideen der Französischen Revolution

[9]RUC: Royal Ulster Constabulary

[10]UVF: Ulster Volunteer Force - paramilitärische loyalistische Vereinigung, 1912 gegründet und 1967 reaktiviert; obwohl derzeit offiziell in Waffenruhe befindlich, töteten Mitglieder der UVF im letzten Jahr einen katholischen Taxifahrer

[11]Apprentice Boys: ähnliche Vereinigung wie die Orange Order

[12]Farrell Michael, N. Ireland The Orange State

[13]Heute: Bernadette McAliskey, Mutter von Roisin McAliskey, die derzeit im Hochsicherheitstrakt eines Londoner Knast sitzt und, obwohl weder als schuldig befunden noch verurteilt und außerdem im 6. Monat schwanger, nicht gegen Kaution freigelassen wird. Grund ist ein Auslieferungsgesuch der deutschen Bundesanwaltschaft, die ihr Beteiligung an dem IRA-Anschlag auf eine Kaserne in Oldenburg vorwirft.

[14]Vereinigung zur Veiteidigung der Bürger Derrys, eine unabhängige Vereinigung

[15]UDA: Ulster Defence Association

[16]Provos: Provisional IRA - das, was bei uns einfach als IRA bekannt ist

Der rechte Rückspiegel

Dieser Rückspiegel soll noch kurz mit einer Vorschau beginnen. (Obwohl es für euch, die ihr nun das Heft in der Hand haltet, wahrscheinlich doch schon kalter Kaffee sein wird.) Es geht nämlich noch mal um den ersten Mai. Die Nazi-Demo wurde vom Ordnungsamt der Stadt Leipzig verboten. Begründung: "Uns liegen Erkenntnisse vor, daß es bei dem Aufmarsch zu Ausschreitungen kommen wird." (Ordnungsamtsleiter Wassermann) Die NPD hat daraufhin die Drohung des gerichtlichen Vorgehens gegen dieses Verbotes bekräftigt und mobilisiert unter dem Motto: >Es bleibt bei der 1. Mai-Kundgebung in Leipzig< weiter. Daher läuft auch die Gegenmobilisierung weiterhin auf vollen Touren.

Doch nun zur traditionellen Rückschau und da wir gerade über Fascho-Demos reden, sollen euch noch von den mißglückten Demoversuchen der Faschisten im letzten Monat berichtet werden. Einer davon fand am 29.3. in Frankfurt/Oder statt. 26 Teilnehmer an dieser verbotenen Demo wurde festgenommen. Einer davon war der Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten Jörg Hänel, gegen den auch ein Verfahren wegen Mißachtung des Demonstrationsverbotes eingeleitet wurde.

Circa 1 Woche vorher hat die NPD im Raum Naumburg-Saaleck ebenfalls versucht, eine Veranstaltung mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt auf die Beine zu stellen. Jedoch wurden sie durch AntifaschistInnen gezwungen, mehrmals den Ort zu wechseln und die Anreise von Veranstaltungsbesuchern wurde verhindert, so daß schlußendlich 30-40 ältere Herren in der schon dafür bekannten Gaststätte auf der Rudelsburg unter sich blieben. Angemeldet wurde diese Veranstaltung von Steffen Hupka, der mittlerweile Mitglied der Jungen Nationaldemokraten ist und Ex-Kader der verbotenen Nationalistischen Front.

Ein Erfolg dagegen können die Faschos am 19.4. verbuchen. Da nämlich veranstalteten sie eienein Fest anläßlich des großen Führergeburtstages in einem Kaff bei Wurzen, zu dem ca. 200 Rechte kamen. Wahrscheinlich floß aber genug Bier, so daß scheinbar nichts weiter passierte.

Einen richtigen Aufruhr hat ein Leserbrief in der LVZ vom 13.März 97 verursacht. Dort erzählt so ein Bonzenheini, wie er von einer internationalen Tagung von der neuen Messe in Leipzig kommend, Erfahrungen mit rechter Gewalt gegen AusländerInnen macht. Sein afrikanischer Kollege (es wird übrigens dabei klargestellt, daß dieser Farbige Vertreter einer wichtigen Regierungsorganisation ist) wird in der Straßenbahn von einer Gruppe Faschisten angepöbelt, der besagte Leserbriefschreiber will seinen afrikanischen Begleiter schützen und bekommt dafür alles ab, und die beiden werden dann an der nächsten Haltestelle rausgeworfen. Die Vorwürfe in dem Brief richten sich an die MitfahrerInnen, die weggeschaut haben und an den Straßenbahnfahrer, der (scheinbar) auch nichts unternahm. Tja, und das in unserer geliebten Messestadt und weil es diesmal so wichtige Persönlichkeiten getroffen hat, bemühte sich sogar olle Ursula Lehmann-Grube (ja, unsere Stadtmutti), und schrieb ein paar nette Zeilen dazu. Auch die LVB mußte die Schmach von sich streifen und zum Besten geben, daß sich der Straßenbahnfahrer keineswegs passiv verhielt, sondern die Notruftaste betätigte. Und weil er dies so heldenhaft gemacht hat, konnte die Polizei sogar die Täter schnappen, die jetzt ihre gerechte Strafe erhalten. Eine richtige Fortsetzungsgeschichte ist dies noch geworden und hat einen beträchtlichen Platz in der LVZ eingeräumt bekommen. Es gilt eben, das Image der Messestadt zu pflegen.

Nach Fortsetzungsgeschichte sehen aber auch andere Ereignisse aus. Von entdeckten Aufkleber von DVU und natürlich JN/NPD (obwohl ihre Bestände scheinbar langsam zur Neige gehen) in Leipzig ist zu berichten, aber auch von Nazi-Sprühereien. Aber das sind ja noch harmlose Sachen. Eher beunruhigend ist dagegen zu hören, daß in Gotha paramilitärisches Zeug gefunden wurde, welches auf ein geplantes Wehrsportlager hinweist.

Geplant war auch ein Skinhead-Konzert in der Diskothek "Wodan" in Mücka, welches jedoch verboten wurde. Spielen sollte die australische

Gruppe "Fortress" und die Band "Weiße Riesen" aus Riesa. 800 Bullen setzten dieses Verbot durch massive Kontrollen durch.
In Erfurt haben sieben Jung-Nazis an einem Dönerstand randaliert und eine Auseinandersetzung mit den zwei dort arbeitenden Türken provoziert. Verletzt wurde niemand. Einen Verletzten gab es jedoch bei einer Flugblattaktion in Leipzig gegen den dort wohnenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen Schön. Zwei Neonazi brachen einem Antifaschisten, der Flugblätter vor Schöns Haus verteilte, mit einer Autokralle den Unterarm.
Außerdem wurde im thüringischen Rudolstadt ein 17jähriger Asylsuchender aus Bangladesch Opfer rechter Gewalt, im sächsichen Freital ein Algerier und in Potsdam ein Kroate.
Aber nicht nur von Übergriffen auf Einzelpersonen, die ja oft auch nach unorganisierten, spontanen Einzelaktionen aussehen, ist zu berichten, sondern auch von eindeutig organisierten, vorbereiteten Aktionen. So wurde in Erfurt am 30.3. von ca. 15 mit Knüppeln und Steinen bewaffneten Faschos ein autonomes Jugendzentrum überfallen. Einen Tag später ereignete sich ähnliches in Chemnitz. Dort war das alternative Jugendzentrum "Tulschock" Angriffspunkt. 60 Rechtsradikale verursachten hohen Sachschaden und verletzten sechs Personen. So auch in Magdeburg. Neben Drohbriefen in der Art wie: "Frank Böttcher war nicht der letzte. Euch bunten Schweine rotten wir alle aus." gab es immer wieder Angriffe auf Personen, Klubs und Häuser. So wurde während eines Angriffs auf ein alternatives Wohnprojekt ein Bewohner so schwer verletzt, daß er stationaär behandelt werden mußte. Ebenfalls Verletzte gab es am 29.3. Dort überfielen 30-40 Faschos ein Hüttendorf von Gegnern der Ostseeautobahn. Drei der dort anwesenden Zehn wurden verletzt, zwei davon mußten sogar stationär behandelt werden.
Auch gab es wieder Überfälle, bei denen Brandsätze flogen. So zum Beispiel gegen das autonome Zentrum im Freiberg, bei dem "nur" Sachschaden entstand. In Memmingen wurde ein Brandsatz in ein von AusländerInnen bewohntes Haus geworfen. Mitte März haben Faschos in einem Kindererholungszentrum wiederholt Feuer gelegt und Bungalows mit ihren Symbolen beschmiert. In Spröda brannte am 7.4. ein Asylbewerberheim. Alle BewohnerInnen konnten sich ins Freie retten. Die Polizei ermittelt wegen Verdachts auf schwere Brandstiftung, schließt aber natürlich einen rechtsradikalen Hintergrund aus. Genauso wie in Delitzsch, wo zwar die Polizei von einer Brandstiftung in der Asylbewerberunterkunft ausgeht, jedoch ein Anschlag Rechtsradikaler ausgeschlossen wird.
Das soll´s diesmal gewesen sein. Nur noch mal ein paar grundsätzliche Sachen zum Verständnis: Im rechten Rückspiegel werden ausgewählte Ereignisse dokumentiert, die im Zusammenhang mit rechten Aktivitäten, Ereignissen, Parteien, Organisationen und dergleichen stehen, wobei der betrachtete Zeitraum i.d.R. immer vom 15. des Monats bis zum 15. des nachfolgenden Monats geht. Aktuellere Informationen könnt ihr immer beim Offenen antifaschistischen Plenum erhalten (Donnerstags 20.00 Uhr im Conne Island) und dort vor allem auch selber abgeben oder ihr kommt mal im antifaschistischen Pressearchiv vorbei, das nun ab dem 6.Mai der Öffentlichkeit zugänglich sein wird. Es befindet sich in der Braustraße 20 und hat folgende Öffnungszeiten: Di 16.30-19.00 Uhr, Mi, Do, Fr 17.30-20.00 Uhr. (siehe Anzeige unten)

Ich wünsche uns einen erfolgreichen 1. Mai.
Bis demnächst.

Kaffee aus Nicaragua

- Wir kaufen nur bei selbstverwalteten Kooperativen von KleinbäuerInnen oder LandarbeiterInnen ein
- Wir finanzieren die Ernte teilweise vor, um die ProduzentInnen nicht in die Verschuldung bei unseriösen ZwischenhändlerInnen zu treiben
- Wir zahlen einen stabilen und garantierten Mindestpreis, der zeitweise (z.B. im Mai '93) doppelt so hoch war wie der Weltmarktpreis. Sollte der Weltmarktpreis diese Höhe erreichen, zahlen wir immer 10% mehr. Damit können sich die ProduzentInnen ihre Existenz sichern, und es bleiben Mittel zum Aufbau materieller und sozialer Projekte für die Bevölkerung im Projektgebiet.
- Trotz unseres Einkaufspreises bezeichnen wir diesen Kaffee nicht als fair gehandelt. Ein Kaffee mit gerechten Löhnen würde aus diesem alltäglichen Getränk ein unbezahlbares Luxusgut machen. Die ungerechten Welthandelsstrukturen verwandeln aber wertvolle und aufwendig produzierte Güter in Billigangebote für die Industrienationen.

el rojito

Antifaschistisches Pressearchiv Leipzig

zu erreichen:
Braustraße 20
04107 Leipzig
e-mail: ANTIFA-ARCHIV@link-l.cl.sub.de

BÜCHER ZU DEN THEMEN
FEMINISMUS, TRIKONT,
ANARCHISMUS, (ANTI)FASCHISMUS,
(ANTI)PÄDAGOGIK, ROMANE, KRIMIS
UND VIELES MEHR...

Bibliothek

...ODER AUCH NUR EINFACH
REINSETZEN, STÖBERN, KAFFEE

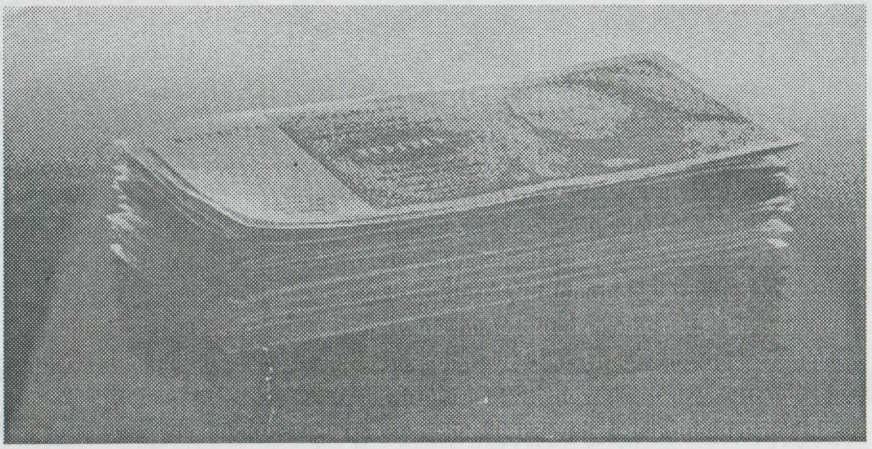
Braustraße 20, 04107 Leipzig, Tel.: 0341 / 9613826,
Öffnungszeiten: Mo. 16:30-19:00 Uhr; Mi. Do. Fr. 17:30-20:00 Uhr

antifa presse archiv

Tausch, Geld, Zins und Ungleichheit

Torsten Voigtländer

Nach den Diskussionen über die Natur der gegenwärtig anhaltenden Krise der kapitalistischen Gesellschaft haben wir im letzten Heft ein Interview mit Vertreter/inne/n des Leipziger Batzen-Tauschringes veröffentlicht. Solche Tauschringe haben gegenwärtig in einigen Ländern Konjunktur. Inwieweit wir solche Tauschringe als Ausdruck der Krise und als andere Organisationsform des Kapitalismus verstehen müssen, oder ob sie vielmehr Aufbruch in eine neue, bessere Welt sein können, soll in diesem Text untersucht werden. Das Geld, das in solchen Tauschringen ja durch eine "Ersatzwährung", wie Batzen, Kreuzer, Talente etc., substituiert wird, soll dabei wichtiger Bestandteil der Betrachtungen sein. Ebenso sollen andere monetäre Formen wie Zins und Gewinn untersucht werden und speziell die Freiwirtschaftstheorie, die den Zins und die Bodenrente angreift, kurz besprochen werden.



Geld und Tausch

Geld und Warentausch hängen im bürgerlich-ökonomischen Verständnis eng zusammen. Lehrbücher für angehende Wirtschaftsfachleute erklären die Entstehung und Durchsetzung der Geldwirtschaft mit der Durchsetzung der Tauschwirtschaft gegen die Subsistenzwirtschaft in Stammesverbänden und Großfamilien. Waren früher die Großfamilien in der Lage, alles zum leben Notwendige selbst herzustellen, hat sich das Wirtschaften später zugunsten von immer spezialisierterer Produktion von Tauschgütern verlagert. Geld ist dementsprechend *"ein von allen Tauschpartnern anerkanntes Zwischentauschgut"*[1]. Dabei können auch Waren als Geld funktionieren. Solches "Warengeld" waren z.B. Vieh oder Pfeilspitzen, aber auch Zigaretten sind in bestimmten Situationen als Geld akzeptiert worden. Über einige Zwischenstufen, die teilweise nebeneinander existierten und existieren, entwickelte sich die moderne Geldwirtschaft mit dem Giralgeld, das scheinbar ohne materielle Bindung zirkuliert, nur durch Einträge auf Konten, als Anhäufungen von Einsen und Nullen innerhalb von Computersystemen.

Geld hat nach den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre verschiedene Funktionen in unserer Gesellschaft:

- Geld ist Tauschmittel: Geld ermöglicht als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel den "indirekten Tausch", also Kauf und Verkauf. (Es regelt also Beziehungen zwischen Menschen.)
- Geld ist Zahlungsmittel; Mit Geld kannst du Schulden begleichen, Steuern bezahlen und Strafzettel begleichen. (Geld kann offensichtlich auch zur Regelung von Beziehungen zwischen den Menschen und dem Staat benutzt werden.)
- Geld ist Wertaufbewahrungsmittel: Geld kannst du sparen. Wenn du heute etwas verkaufst, kannst du das Geld, das du dafür kassiert hast, erst nächstes Jahr ausgeben. Der Wert ist aufbewahrt worden. (Hättest du dein Kofferradio gegen Tomaten getauscht, könntest du diese nächstes Jahr nicht mehr gegen Videokassetten eintauschen.)
- Geld dient als Recheneinheit: Der Wert aller anderen Waren drückt sich in Geld aus. Dadurch werden sie vergleichbar und summierbar. (Die berühmten Äpfel und Birnen lassen sich so doch addieren.)
- Geld ist Wertübertragungsmittel: Geld kann verschenkt oder vererbt werden. Die Verfügungsgewalt über andere Waren läßt sich übertragen. (Hinge die Verfügungsgewalt z.B. von Intelligenz oder Körperkraft ab, wäre das wieder nicht so einfach).[2]

Die Vorstellung einer Welt, die im Tausch einen wesentlichen Stützpfeiler hat, unterstreicht die Notwendigkeit des Geldes für die bürgerliche Gesellschaft. War Geld in vorbürgerlichen Gesellschaften zwar bekannt, so war es doch weder allgemein anerkanntes Ziel des Wirtschaftens noch war es in heutigem Maße wichtig für die Konstitution der Gesellschaft. Vorbürgerliche Gesellschaften haben andere Regulationsmechanismen für die Organisierung ihrer Produktion und der Verteilung, wie etwa die Anerkennung von "gottgegebener Ordnung" und die Zugehörigkeit zu verschiedenen Kasten (Sklaven, Krieger, Priester). Der Vorstellung vom Tausch zugrunde liegt die Idee von "freien Individuen", die zum beiderseitigen Vorteil tauschen. Diese Idee durchzieht die gesamte bürgerliche Welt samt ihrer sozialistischen und alternativen Bestandteile. Der Tausch wird sogar wissenschaftlich in symbiotische oder andere Formen des Zusammenlebens von Pflanzen und Tieren hineingedeutet (genauso wie die menschlich-sozialen Erscheinungen von Führerschaft und sozialer Hierarchie zu "Hackordnungen" werden, "Völker" mit Wolfsrudeln verglichen werden, Fremdenfeindlichkeit zu Territorialverhalten umgedeutet wird oder ganze Tierarten zu "Gemeinschaften" verklärt werden), und umgekehrt aus dieser Art Naturbetrachtung die Natürlichkeit einer Tauschgesellschaft gefolgert. Inwieweit diese Vorstellung vom freien Tausch der Realität entspricht, soll weiter unten betrachtet werden.

Verklemmungen und Störungen in dieser Welt des freien und gerechten Tausches der freien Individuen können nach dieser Betrachtungsweise nicht in den zugrundeliegenden Prinzipien, die ja "natürlich" sind, liegen, sondern werden an der materiellen Oberfläche der Gesellschaft durch falsche Politik, egoistische Abweichungen vom Idealmenschen oder falsche "Werkzeuge", wie das Geld oder den Zins verursacht. Insofern stellt die im Klarofix 4/97 getroffene Feststellung, "das liegt auch daran, wie das Geld funktioniert"[3] eine nach bürgerlichem Denkmuster übliche Schablone dar..

Zins als "Fessel des Marktes"

Eng mit der Geldwirtschaft verbunden ist der Zins. Daß der Zins ein völlig ungerechtfertigtes Abzocken von Kreditnehmer/inne/n ist, wissen wir alle, wenn wir einen Kredit aufnehmen. (Etwas anders sieht das schon aus, wenn wir unser Geld anlegen wollen, aber das kommt ja kaum vor.) In linken und alternativen Diskussionen taucht nun hin und wieder die Hoffnung auf, das Geld vom Zins zu befreien, würde uns einer gerechten Welt drei Schritte näher bringen. Was hat es damit auf sich? Um das zu verstehen, braucht es eine Interpretation dessen, was Zins ist. Vor allem Anhänger/innen der sogenannten "Freiwirtschaftslehre", die auf den deutschen Kaufmann und Ökonomen Silvio Gesell zurückgeht, der sich in der Tradition des Anarchisten Proudhon sah, interpretieren den Zins von seiner Funktion her, das Geld in die Zirkulation zu zwingen. Diese ist nämlich wichtig für das Funktionieren des Geldes. Wenn das Geld unterm Kopfkissen liegt, kann es nicht zirkulieren, kann keine Waren kaufen, kann keine Produktion garantieren, kann nicht für Lohn und Brot sorgen, wonach wir uns ja alle von Herzen sehnen. Das Geld muß also in den Kreislauf gezwungen werden. Dazu gibt es nach Lesart der Freiwirtschaftler/innen ein wichtiges Werzeug: den Zins. Dadurch, daß die Möglichkeit existiert, auf Geld, das von den Eigentümer/innen nicht selbst investiert, wohl aber verliehen wird, einen Zins zu erheben, werden die Geldeigentümer/innen angehalten, ihr Geld in den Wirtschaftskreislauf zu geben. Die Anhänger/innen Gesells, wie der Berliner Volkswirtschaftler Bernd Senf, dessen Buch "Der Nebel um das Geld" u.a. vom Kreuzberger Tauschring vertrieben wird, sind nun in der Lage, anschaulich zu zeigen, wie durch den Zins der Zwang zu Gewinnerwirtschaftung entsteht, wie sich diese "parasitäre" Art des Einkommens wie eine Fessel um den an sich guten Markt legt[4]. Die grundsätzliche Trennlinie zieht Gesell zwischen "Arbeitern" (*"...jeder der vom Ertrag seiner Arbeit lebt, Bauern, Handwerker, Lohnarbeiter, Künstler, Geistliche, Soldaten, Offiziere, Könige sind Arbeiter in unserem Sinne"*[5]) und Kapitalrentnern (Leute, die von Kapitalzinsen -Renten- leben). Die Unterscheidung in "schaffendes" und "raffendes" Kapital, die später von den Nazis in ihrem Sinne benutzt wurde, ist in dieser Betrachtungsweise schon angelegt. Gesell plädiert für eine "natürliche Wirtschaftsordnung", in der dem "Tüchtigsten" der größte Arbeitsertrag zukommen sollte. Gesell war sicher kein Faschist, aber seine Wirtschaftstheorie ist eine Theorie des sozialen Darwinismus.

Daß sich heute wieder "Alternative" und "Linke" auf diese Theorie beziehen, ist vor allem der eigenen Unfähigkeit geschuldet, sich etwas anderes als eine Tausch(-und Geld-)wirtschaft vorzustellen. Weil nun aber in einer solchen eine Investition von Geld in die Produktion mindestens den geforderten Zins abwerfen muß, rechnen sich viele ökologische, soziale und sonstwie positive Sachen eben nicht. Also muß dann eben einfach der Zins weg[6].

Dabei wird immer wieder auf das "Freigeldexperiment von Wörgl" verwiesen, einer österreichischen Gemeinde, die zu Beginn der 30er Jahre ein "Schwundgeld" eingeführt hatte, das sich mit der Zeit entwertete (je Monat 1 Prozent des Nennwertes). Die zu dieser Zeit herrschende Deflation führte dazu, daß sich das Zurückhalten von Geld tatsächlich lohnte, da einfach zurückgehaltenes Geld jeden Tag wertvoller wurde. In Wörgl soll das Schwundgeld zu wirtschaftlichem Aufschwung und Arbeit und Brot für alle geführt haben, weil das Schwundgeld möglichst schnell wieder ausgegeben wurde, da es im Gegensatz zum "echten" Geld an Wert verlor. Wenngleich das Geld dadurch wieder in die Zirkulation gezwungen wurde, wurde aber der Zins nicht tatsächlich abgeschafft. Er erscheint als negativer Zins, denn um die sich ständig abwertenden Geldscheine wieder aufzuwerten, mußten entsprechende Coupons gekauft werden. Die Geldnehmer/innen hatten 12% effektiven Jahreszins an die Gemeinde abzuführen. Der Zins wurde letzten Endes lediglich verstaatlicht.

Ähnlich verliert auch heute gehortetes Geld durch die schleichende Inflation ständig an Wert. Aber gerade die Inflation als Mittel der Geldentwertung lehnen die Freiwirtschaftler/innen ab. (Die Bilder der Hyperinflation von 1923 sind einfach zu schrecklich.) Die heute üblichen vielfältigen Geldformen in ein Schwundgeld zu verwandeln, dürfte sich allerdings schwierig gestalten.

Aber gerade wegen ihrer Mängel kann die Freiwirtschaftstheorie immer noch als ein schönes Beispiel für die Verortung von Krisenursachen in den Formen, die gesellschaftliche Verhältnisse annehmen, und statt im Inhalt dieser Verhältnisse herhalten.

Tausch als falsche Vorstellung in einer bürgerlichen Gesellschaft

Schon die Vorstellung der bürgerlichen Gesellschaft als einer Gesellschaft tauschender aber unabhängiger Individuen erweist sich bei näherer Betrachtung zwar als enorm wichtig für den Kapitalismusfalsch aber dennoch als falsch. Auf der Idee des freien Austausches fußt das ganze Spektrum von Gerechtigkeits- und Freiheitsvorstellungen und Legitimationsformen in dieser Gesellschaft. Niemand in einer menschlichen Gesellschaft existiert jedoch tatsächlich unabhängig von anderen Menschen. Es ist lediglich eine ganz bestimmte historische Gesellschaftsform, in der sich Menschen vereinzeln und für unabhängig voneinander halten können. Existiert Freiheit in der Geschichte immer nur als die Freiheit von bestimmten Zwängen und Nöten, wird die bürgerliche Freiheit zur abstrakten Freiheit, zur Freiheit schlechthin. Für diese Freiheit ist der Tausch die Form des Zusammenhanges der einzelnen Individuen, er erscheint als freiwillig und für beide Seiten von Vorteil, ein Tausch unter Gleichen.

Dieser Schein trügt. Schon die Produktion der zu tauschenden Waren ist alles andere als ein Ergebnis eines Tausches. Auch wenn scheinbar die Arbeiter/innen ihre Arbeitskraft gegen den Lohn tauschen, so müssen sie doch nicht nur den Lohn äquivalent ersetzen, sondern müssen dem noch eins draufsetzen und unbezahlte Arbeit für den Chef leisten. Sie produzieren mehr Wert, als sie dafür als "Äquivalent" erhalten. Dieser Mehrwert wird nicht einfach verprasst, sondern mit ihm läßt sich mehr fremde Arbeit kontrollieren, wenn er wieder in die Produktion investiert wird. Dieser Mehrwert wird zu Kapital, zum Kommando über

fremde Arbeit. Die Arbeiter/innen aber sind nicht frei in der Wahl, ob sie arbeiten wollen oder nicht, sie sind zu dem Tausch gezwungen:

> *"Arbeit wird immer auf den Markt gebracht von denjenigen, die nichts anderes besitzen oder zu verkaufen haben und die sie deshalb möglichst schnell loswerden müssen. Angenommen, ich würde mich in Anlehnung an das Verhalten der Kapitalisten weigern, die Arbeit, die ich diese Woche leisten könnte, zu verkaufen, weil mir kein angemessener Preis dafür geboten wird: kann ich sie in Flaschen abfüllen? Kann ich sie einsalzen? Diese Unterschiede zwischen der Natur der Arbeit und der des Kapitals genügen, um mich zu überzeugen, daß Arbeit und Kapital niemals in gerechter Weise den gleichen Gesetzen unterworfen werden können."*[7]

So charakterisierte 1835 ein Seidenweber aus Manchester den "Tausch unter Gleichen". Es handelt sich hier um keinen Tausch sondern um eine gewaltsame Aneignung fremder Arbeit. Auch andere Beziehungen, die uns wie Tauschbeziehungen erscheinen, sind ihrem Wesen nach Herrschaftsverhältnisse, die nur an der Oberfläche nach Tausch aussehen.

Geld als soziales Verhältnis

In diesem Zusammenhang bekommt auch das Geld ein anderes Gesicht. Das Geld stellt die gesellschaftlichen Beziehungen dar, und es bestätigt sie, indem es sie organisiert. Wenn aber die gesellschaftlichen Beziehungen Beziehungen von Ungleichheit sind, dann ist auch das Geld ein Ausdruck von Ungleichheit und nicht von Gleichheit. Der hinter dem Geld verborgene Inhalt ist ganz eindeutig Ungleichheit und Ausbeutung. *"Das Geld hat nur ein Gesicht. Das des Chefs."*[8] Bereits die Durchsetzung des Geldes in der Gesellschaft war im Wesentlichen ein Prozeß von Blut und Eisen. Was uns heute als "natürlich" vorgegaukelt wird, ist in langen Jahren mit Richtschwert und Strang durchgesetzt worden, denn die Menschen haben das Geld nicht ganz zwanglos als Äquivalent anerkannt. Die Eintreibung monetärer Steuern zwang die Menschen zum Verkauf ihrer Erzeugnisse, die Bekämpfung von Bettelei und Landstreicher/innen/tum, die Einrichtung von Arbeitshäusern und die gewaltsamen "Enclosures" zwangen die Leute zur Lohnarbeit, das rigorose Vorgehen gegen Münzschneider und Falschmünzer setzte erst das "Vertrauen" in das Geld durch. Neue Märkte werden auch heute nicht einfach erschlossen, sondern in der Regel mit Terror gegen die Menschen erzwungen.

Die so erzwungene und täglich neu durchgesetzte Arbeit produziert Tauschwerte. Der Wert einer Ware orientiert sich nicht an konkreten Nutzen, am Gebrauchswert, sondern am Tauschwert der Ware, der in der Geldform seine Verkörperung findet. Dadurch daß sich im Geld der (Tausch-)Wert der Waren darstellt, erzwingt es (wenn es gesellschaftlich anerkannt ist) Arbeit, um zu leben. Eine Produktion, die ihren Sinn und ihre Grundlage im Geld hat, wird nicht in der Lage sein, sich an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren, sondern sie wird umgekehrt immer versuchen, die Bedürfnisse der Menschen ihren eigenen Bedürfnissen nach Gewinn unterzuordnen.

Das Geld ist also nur eine Form, in der die gesellschaftliche Ungleichheit auftritt. Die Krise hat ihre Ursache nicht in der Unvollkommenheit der herrschenden äquivalenten Zirkulation, sondern in der Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Störungen rühren daher, daß die Menschen nicht immer so funktionieren, wie sie es sollen.

In dem Moment, wo aufrechte reformistische Gutmenschen den Zirkulations- und Äquivalenzmechanismus vervollkommnen wollen, um das Auf und Ab der Krise zu überwinden, wollen sie die konkreten Erscheinungen der Form abschaffen, in denen sich die dahinterliegenden inhaltlichen Widersprüche verbergen. Solchen Leuten, die etwa die Geld- durch eine "echte" Tauschwirtschaft ersetzen wollen und meinen, damit würde der Kapitalismus abgeschafft, ist mit Marx zu entgegnen,

> *"...daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systemes störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickele oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit"*[9]

Zins als geteilter Profit

So ist es auch nicht der Zins, der die ökologisch orientierten Kleinunternehmer/innen in den Ruin zwingt, sondern das, was hinter dem Zins steckt, und von dem anscheinend nur sehr ungenaue Vorstellungen existieren. Der Kapitalzins ist ein Anspruch, auf den Gewinn, den die Kreditnehmer/innen mit dem Geld erwirtschaften (sollen). Zwei (oder mehr) Kapitalist/inn/en teilen sich hier den Profit. Insofern ist die Zinsrate ein Ausdruck der in der gesellschaftlichen Produktion eingefahrenen Durchschnittsprofite, die die Kapitaleigner/innen sich mit den Organisator/inn/en der Aubeutung teilen. Wenn ein Unternehmen es nicht schafft, Gewinne oberhalb der gesellschaftlichen Zinsrate einzufahren, fließt kein Kredit. Der Zins ist hier nicht die Ursache dafür, daß niemand in diesen Bereichen investiert, sondern drückt nur aus, wo sich der gesellschaftliche Durchschnittsprofit bewegt. Daß mir eine Bank 10% mehr Zinsen zahlt, als ich mit ökologischem Gemüse verdienen kann, bedeutet nur, daß es da Bereiche gibt, wo "mein Geld diese höheren Gewinne abwirft". (Daß dabei nicht das Geld arbeitet, sondern Menschen schuften müssen, ist hoffentlich klar.) Dabei läßt sich nicht zwischen "schaffendem" und "raffendem" Kapital trennen (wenngleich es natürlich Unterschiede zwischen Kapital in Geldform und Kapital in Form von Fabriken gibt). Das angehäufte Geld, das als Kredit vergeben wird, stammt als Gewinn aus der Produktion (sofern es nicht eine Spekulation auf zukünftige Gewinne darstellt). Gewinne, die heute bei VW gemacht werden, können morgen über eine Bank bei Opel investiert werden (wenn sie investiert werden) und beteiligen so VW in Form von Zinsen an den Gewinnen von Opel. Es ist ganz so, als ob sich die zwei "Konkurrenten" zusammengeschmissen hätten. Den Zins tatsächlich abzuschaffen, würde auch bedeuten, das Recht auf Gewinn aus eigenem Kapital abzuschaffen, denn der Unterschied zwischen Kapital, das im eigenen Betrieb investiert wird und dem, das in "fremden" Betrieben steckt, ist rein formal. Damit wäre die Gewinnorientierung der Produktion flöten und das Geld würde nicht mehr funktionieren. Eine Tauschgesellschaft ohne "Äquivalent"? Die schöne "reine Marktwirtschaft" wäre keine mehr. Den Zins wirklich abzuschaffen (und nicht nur hinter anderen Formen zu verstecken), bedeutet, den Sinn der Produktion umzukrempeln, bedeutet, das Geld

abzuschaffen, heißt, die Gesellschaft zu revolutionieren. Nichts, was mit zwei, drei Gesetzen "über das Zinsverbot" zu machen wäre.

Was hat das mit Tauschringen zu tun?

Was haben nun aber Tauschringe mit all dem zu tun, außer daß die in ihnen organisierten Aktivist/inn/en hin und wieder über Zinsverbote philosophieren und entsprechende Bücher verkaufen?
Die Organisator/inn/en solcher lokalen Systeme schlagen sich in der Regel mit genau diesen Fragen rum. Denn obwohl sie oft behaupten, ihre "Währung" wäre kein Geld[10], ist das Gegenteil der Fall. Gemessen an den oben besprochenen ganz bürgerlich-ökonomischen Kriterien für Geld, ist eine Tauschwährung natürlich Geld. Was sie nicht ist, ist eine "Währung", denn es existiert kein Garant, der dir für dein Geld Leistungen im Wert des Geldbetrages garantiert, kein Staat, der die entsprechende Arbeitsleistung durchsetzt. Aber die Tauscheinheit ist ein von allen Mitgliedern des Tauschringes anerkanntes Tauschmittel, auch die Funktionen des Geldes werden weitgehend erfüllt. Die beiden einzigen strittigen Punkte sind vielleicht die Steuerzahlung und die Wertübertragung. Aber mal abgesehen von der Tatsache, daß in Neuseeland mittlerweile einige Tauschwährungen der dortigen Tauschringe als Steuergeld akzeptiert werden, meint dieser Punkt natürlich Zahlungen an den Staat, der das Geld kontrolliert, in diesem Falle also den Tauschring selbst. Und es ist sehr wohl allgemein üblich, daß der Tauschring sich von seinen Mitgliedern eine monatliche Pauschale in der Tauschwährung abzwackt, um den Tauschprozeß besser organisieren zu können. Was anderes als eine Steuer ist das?
Das Verschenken von Beträgen in Tauschgeld funktioniert natürlich nur unter Kontoinhaber/inne/n der Tauschbank, das Geld kann nur in diesem Rahmen ausgegeben werden. Aber so war das mit dem Ostgeld auch. Natürlich konnte ich meinem Onkel aus Hannover 100 Ost-Mark schenken, aber kaufen konnte der sich im Westen davon nix. Deshalb war es aber trotzdem Geld. Der Einwand, um Geld zu sein, müßten sich die Batzen in DM umtauschen lassen, macht alle nicht konvertierbaren Währungen zu "Nicht-Geld".
Auch wenn sich im Protokoll einer Frankfurter Tauschringdiskussion ausdrücklich der Verweis auf ein "kommunistische Wirtschaft" findet, stellen Tauschringe doch eher die Organisierung eines Mini-Kapitalismus dar. In Zeiten des knappen Geldes erhöhen Tauschringe unabhängig vom Staat und lokal begrenzt die Geldmenge, indem sie Kredite in Tauschwährung ausgeben. Die Blokkade des Geldes wird durch die lokale Verfügbarmachung fremder Arbeitskraft gelockert, in dem ein dritter, vierter oder fünfter Arbeitsmarkt organisiert wird. Kaum ein Mechanismus, der kapitalistischen Gesellschaften eigen ist, wird hier tatsächlich außer Kraft gesetzt. Der Grund, daß es hier (noch) nicht zur Akkumulation des (Tausch-) Geldes kommt, ist die relativ geringe Teilnehmer/innen/zahl und die daraus resultierenden persönlichen Beziehungen. Wahrscheinlich würden es die meisten Tauschringmitglieder als unmoralisch empfinden, andere für sich arbeiten zu lassen und dadurch Gewinn einzustreichen. Aber auch da liefert der Leipziger Batzen-Tauschring Gegenbeispiele. So läßt es sich etwa als Prospekteverteiler oder Arzthelferin, aber auch als DTP-Fachkraft bereits vortrefflich gegen Batzen arbeiten. Der Kreuzberger Tauschring schlägt den Verleih von Werkzeug gegen Tauschwährung ausdrücklich vor. (Der Erlös ist dann natürlich ein Zins!) Die Beteiligten können nur von den Tauschringen nicht leben, aber hier läßt sich mit Mehrarbeit auch etwas Mehrkonsum erreichen - das ist doch nichts schlechtes. Aber eben auch nichts, was uns hier rausführt.
Wenn das Ausmaß, in dem solche "Tauschsysteme" diskutiert werden, weiter wächst, könnten sie vielleicht tatsächlich zu einem "Währungssystem für Arme" werden. Wenn ein solches "Tauschsystem" Exponat der Weltaustellung 2000 sein wird, läßt sich darüber spekulieren, wann die Mächtigen dieser Welt in solchen Systemen die Möglichkeit erkennen, die Arbeit für die Massen wieder zu organisieren, wann dir dann auf dem Arbeitsamt ein Job im lokalen Tauschring angeboten wird. So läßt die Satzung eines Frankfurter Tauschringes aufhorchen:

"§16.3
Mitglieder, die ihr Tauschkonto überzogen haben, werden bei der Arbeitsvermittlung vorrangig kontaktiert.
§16.4.
Ist das Konto überzogen, so verpflichtet sich das Mitglied, spätestens nach dem 3. Arbeitsvermittlungsversuch die vom Tauschbüro vermittelte Arbeit anzunehmen, sofern diese seinem Angebot entspricht. Wird dieser 3. Vermittlungsversuch ausgeschlagen, muß das Konto ausgeglichen werden, bevor ein neuer Kredit in Anspruch genommen werden kann."

Konnten wir früher noch über die Alte vom Arbeitsamt meckern, die uns die Unterstützung gestrichen hat, organisieren wir das jetzt alles selber. Prost Mahlzeit! ■

1 Gernot B. Hartmann, Probleme der Volks- und Weltwirtschaft, S. 152
2 ebda. S. 155
3 Angelika Kell im Interview mit Vertreter/inne/n des Batzen-Tauschringes in Klarofix April 97
4 Bernd Senf, Der Nebel um das Geld
5 Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld
6 vgl. Torsten Kell im Klarofix April 97
7 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert
8 Toni Negri, Marx jenseits von Marx, Lektion II Wert und Geld
9 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie
10 siehe Interview im Klarofix April 97

Sagt nicht, ihr hättet davon nichts gewußt!

Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik

12.03.1997

Die SPD will die geplante Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Vermittlungsausschuß und im Bundesrat scheitern lassen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, kündigt nach einem Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) an, es bestehe keine Einigungsmöglichkeit mehr zwischen Bonner Koalition und SPD. (ADN 12.3.97)
Ein spanischer Arbeiter klagt erfolglos vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel dagegen, daß er nach seiner Entlassung nicht den im Sozialplan vereinbarten Zuschlag für Kinder in Höhe von 1.000 Mark bekam. Er hatte versäumt, die in Spanien lebende Tochter in die Lohnsteuerkarte eintragen zu lassen. Das Bundesarbeitsgericht erklärt, die Gleichbehandlung mit den deutschen ArbeitnehmerInnen werde nicht verletzt, wenn aus Gründen der Vereinfachung des Sozialplans generell nur Kinder berücksichtigt werden, die in die Steuerkarte eingetragen sind. (Aktenzeichen: Bundesarbeitsgericht 10 AZR 648/96) (AP 12.3.97)

13.03.1997

Einen Tag vor der Bundesratssitzung verteidigt der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski die geplante Visumspflicht für neu einreisende ausländische Kinder. Der SPD-Politiker erklärt, „illegal" einreisende Kinder würden in Deutschland als billige Arbeitskräfte mißbraucht oder zur Prostitution gezwungen. Der Staat könne dagegen aber nur schwer vorgehen, weil er keine Übersicht über die Einreise habe. Glogowski betont: „Ich finde, es ist keine Zumutung, daß diejenigen, die nach Deutschland einreisen, ein Visum beantragen müssen." Anders sei das bei ausländischen Kindern, die bereits in Deutschland lebten: „Hier hat Bundesinnenminister Kanther eine falsche Vorlage geliefert, weil er gesagt hat, die müssen nun einen Antrag stellen. Denn dann würde dieser Antrag hier auch abgelehnt werden können. Das darf nicht sein", erklärte der niedersächsische Innenminister. Gegen den Verordnungsentwurf des Bundesinnenministers wandten sich die Landesarbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte und die Organisation Pro Asyl. Die Ausländerbeiräte sprachen in einer Presseerklärung von einem „Faustschlag ins Gesicht der in Deutschland lebenden Einwanderer". Er vernichte alle Bemühungen um Integration. (AP 13.3.97)
Die PDS bekräftigt ihre Einschätzung, daß Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden sei. Demgegenüber halte Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) „stockkonservativ" am Bild eines ethnisch homogenen Landes fest, kritisiert die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke im Bundestag. Jelpke spricht sich für die Einführung einer doppelten Staatsangehörigkeit aus. Sie fordert Kanther zur Rücknahme der umstrittenen Eilverordnung auf. (ddpADN13.3.97)
Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), kritisiert die umstrittene Eilverordnung von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) zur Visumspflicht für Kinder und Jugendliche aus der Türkei. Der „Pferdefuß" dabei sei, daß die Politik hier das falsche Signal gesendet habe, sagt Schmalz-Jacobsen in Bonn. Es sei nicht ausreichend beachtet worden, daß die Stimmungslage wegen der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Suche nach Sündenböcken nicht ganz einfach sei. Die Nichtdeutschen spürten das als erste. (ddpADN 13.3.97)
Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) verteidigt die Visumspflicht für Kinder und Jugendliche aus der Türkei. Der Mißbrauch beim „Hereinschleppen von Ausländern" müsse aufhören, sagt Kanther im Bundestag. Daher sei die Verordnung der Bundesregierung zur Visumspflicht notwendig gewesen. Deutschland sei kein Einwanderungsland und werde es mit dieser Bundesregierung auch nicht werden. ddpADN 13.3.97)
Jugendliche aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Marokko und Tunesien sollen künftig automatisch eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie in Deutschland leben. Die Mehrheit von Union und FDP im Bundestag spricht sich zwar dafür aus, die Pflicht zu dieser Genehmigung beizubehalten. Die Aufenthaltsgenehmigung solle aber „möglichst kostenlos von Amts wegen" erteilt werden. Der Bundesrat wird am Freitag voraussichtlich ebenso entscheiden. Mit der Entscheidung des Bundestages und dem erwarteten Beschluß der Länderkammer wird die Eilverordnung des Bundesinneministeriums teilweise entschärft, mit der Mitte Januar für Jugendliche aus den früheren Anwerbestaaten eine Visa- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht eingeführt worden war. Den Kompromiß für die Aufenthaltsgenehmigung hatten der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski und Bundesinnenminister Manfred Kanther ausgehandelt. Die Verpflichtung für alle ausländischen Kinder, künftig ein Visum für Deutschland zu beantragen, soll aber beibehalten werden. (AP 13.3.97)
Ein Polizeibeamter wird vom Sachsenhausener Amtsgericht zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt, weil am am 9.November 1993 einen aus Isreal kommenden Doktoranten der Rechtswissenschaft in Sachsenhausen mißhandelt hat. (FR 14.3.97)

14.03.1997

Rechtsunkenntnis schützt auch AusländerInnen nicht, wenn sie gesetzlich vorgeschriebene Fristen versäumen. Das entscheidet das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz in Koblenz in einem veröffentfentlichten Urteil. Nach dem RichterInnenspruch sind auch AusländerInnen verpflichtet, sich mit den einschlägigen Rechtsvorschriften vertraut zu machen (AZ: 7 A 10748/96) (ddpADN 14.3.97).
Die meisten in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen aus der Türkei, Marokko, Tunesien und dem früheren Jugoslawien sollen bis Mitte nächsten Jahres „von Amts wegen" eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Mit dieser Änderung stimmte der Bundesrat am Freitag der umstrittenen Verordnung von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) zur Visums- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Kinder aus diesen Staaten zu. Voraussetzung für die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung von Amts wegen ist danach, daß die betroffenen Jugendlichen legal in die Bundesrepublik eingereist sind und mindestens ein Elternteil eine Aufenthaltsgenehmigung besitzt. (dpa 14.3.97)
Scharfe Kritik am Beschluß des Bundesrats üben Bündnis 90/Grüne, PDS und Pro Asyl. Die Grünen erklären, die Entscheidung sei eine „herbe Enttäuschung" und bleibe trotz der „nun weichgespülten Aufenthaltsgenehmigungspflicht" ein integrationspolitischer Rückschlag. Die

PDS-Innenpolitikerin Ulla Jelpke spricht von einem „schändlichen und grundfalschen Signal". Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann nennt den Beschluß einen „üblen Neuaufguß der alten Vorlage" und einen „kinder- und integrationsfeindlichen Akt": Verlierer dieses Kompromisses seien kurdische Flüchtlingskinder, deren Anträge keineswegs mißbräuchlich oder unbegründet seien. (dpa 14.3.97)

15.03.1997 Die Gewaltkriminalität hat im vergangenen Jahr in Deutschland weiter zugenommen. In den ersten drei Quartalen 1996 sei die Zahl der Gewalttaten zum Vorjahreszeitraum um sechs Prozent auf 131.780 Fälle gestiegen, berichtet die „Bild"-Zeitung (Samstagausgabe) unter Berufung auf die vorläufige Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes (BKA). Für 30 Prozent der Fälle seien ausländische TäterInnen verantwortlich. (ddpADN 15.3.97)

16.03.1997 Etwa 300 Autonome demonstrieren im brandenburgischen Dolgenbrodt unter strengen Sicherheitsvorkehrungen gegen Rassismus in dem Dorf. Die Demonstration, zu der die Antifaschistische Aktion aus Berlin aufgerufen hat, findet am Ortsrand auf einer Wiese statt, die weiträumig von PolizistInnen umstellt ist. Vier DemonstrantInnen werden vorläufig festgenommen. In Dolgenbrodt wurde 1992 eine leere Asylbewerberunterkunft von einem Rechtsextremisten in Brand gesteckt. Er wurde von EinwohnerInnen dazu angestiftet und dafür bezahlt. (Reuter 16.3.97)
Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) kündigt an, daß nach Ostern verstärkt bosnische Flüchtlinge aus Berlin abgeschoben werden. Sie werden dann auch unter Zwang mittels Chartermaschinen nach Bosnien-Herzegowina gebracht, erklärt er weiter. (FR 17.3.97)

17.03.1997 Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) erklärt, daß die Bundesrepublik nur wenige albanische Flüchtlinge aufnehmen wird. „Unser Boot ist praktisch voll", erklärt er in Bonn. Deutschland habe 320.000 bosnische Flüchtlinge aufgenommen sowie 120.000 AlbanerInnen vorwiegend aus dem Kosovo. nach wie vor gebe es 150.000 - 200.000 AsylbewerberInnen. Insgesamt leben sieben Millionen AusländerInnen in Deutschland. „Ich bin als Außenminister nun wahrhaft ausländerfreundlich eingestellt, aber wir werden von dieser Dimension überrollt und jetzt sind auch mal die anderen dran", sagt er weiter. (FR 18.3.97)

18.03.1997 Eine Gruppe vermummter Bundeswehrsoldaten schlägt und tritt in der Detmolder Innenstadt auf einen Italiener sowie zwei Türken ein. Sie sind mit Baseballschlägern bewaffnet und rufen ausländerfeindliche Parolen. Die Polizei nimmt sechs Soldaten fest, mindestens drei weitere fliehen. Alle sind in der Rommel-Kaserne in Augustdorf stationiert und sollen an dem „SFOR-Friedenseinsatz" in Bosnien teilnehmen. (AFP 18.3.97)
Nach den Übergriffen von Bundeswehrsoldaten auf Ausländer in Detmold entschuldigt sich Bundesverteidigungsminister Volker Rühe bei den Opfern und sichert zu, daß die Täter mit allen Mittel des Straf- und Disziplinarrechts verfolgt würden. Zugleich betonen Rühe und SPD-Fraktionschef Rudolph Scharping in Bonn, daß der Vorfall kein Zeichen für Rechtsradikalismus in den Streitkräften sei. Die jungen Soldaten seien „20 Jahre

in der Gesellschaft geprägt und erst zwei Monate in der Bundeswehr", erklären sie.
(AP 18.3.97)

19.03.1997

ai appelliert zum Auftakt einer Kampagne an die Regierungen der Welt, ihre Verpflichtungen zum Schutz von Flüchtlingen zu erfüllen. ai kritisiert die Abschiebungen von bosnischen Flüchtlingen aus Deutschland und daß das deutsche Asylrecht hauptsächlich auf Abwehr ausgerichtet ist und sich weit von den Standarts des internationalen Flüchtlingsrechts entfernt hat.
(FR 20.3.97)
Der Vizepräsident des Bundestages, Burkhard Hirsch (FDP) fordert in Bonn Nachverhandlungen der Abkommen mit Bosnien-Herzegowina und der Bundesrepublik Jugoslawien über die Rücknahme von Flüchtlingen. Alle Erkundungsreisen in den beiden Ländern hätten gezeigt, „daß wir die Menschen in ein höchst unsicheres Schiksal schicken".
(FR 20.3.97)

20.03.1997

Der nordrhein-westfälische Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) ordnet in einem Erlaß an die fünf RegierungpräsidentInnen an, daß an bosnische Familien und Flüchtlinge aus „gemischtethnischen" Ehen bis zur nächsten Sitzung der InnenministerInnen von Bund und Ländern am 6.Juni keine Abschiebeandrohungen oder Ordnungsverfügungen mit Ausreisefristen zugestellt werden.
(FR 21.3.97)
Um das Bundesinnenministerium dazu zu bewegen den „Erfassungsbeleg KP8" aus dem Verkehr zu ziehen legt die „Aktion Courage-SOS Rassismus" einen Fragebogen ohne Verwendung rassistischer und sexistischer Begriffe vor. Das KP8-Formular wird in deutschen Polizeirevieren verwendet und darin werden Menschen in „negriod, nordländisch, europäisch, slawisch etc. und vollbusig oder flachbrüstig etc." unterteilt. die Innenministerien von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen unterstützen die Initiative, aber das Bundesinneninisterium hält an den Formularen fest.
(FR 21.3.97)

21.03.1997

Die Praxis der Abschiebehaft in Deutschland wird von der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl und dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) in Frankfurt/Main scharf kritisiert. Zum sogenannten Antirassismustag stellt Rechtsanwalt Hubert Heinhold aus Hannover in Frankfurt eine Studie über die unterschiedlichen Abschiebungsbedingungen in den einzelnen Bundesländern vor. „Ausländer in Abschiebehaft haben keine Straftat begangen, werden aber in den meisten Bundesländern in ganz normalen Justizvollzugsanstalten festgehalten mit den gleichen Einschränkungen wie bei Kriminellen", sagt Heinhold.
(dpa 21.3.97)

Drei in Minsk und Moskau geborenen Flüchtlingen, die sich seit Jahren hier um Asyl bewerben, teilt die Potsdamer Ausländerbehörde mit: „Nach derzeitigem Erkenntnissstand ist die Republik Zaire oder Kongo bereit, Sie aufzunehmen". Das Amt bereite bereits die Abschiebung in eines der Länder vor. Die lakonische Begründung: Die beim Verwaltungsgericht Potsdam anhängige Klage der abgelehnten AsylbewerberInnen habe keine aufschiebende Wirkung. Außerdem habe die Familie seit August 1994 „keinerlei Aktivitäten unternommen, eine Staatsangehörigkeit bzw. ein Heimreisedokument eines Nachfolgestaates der ehemaligen UdSSR zu beantragen", schreibt die Behördenangestellte Gräber den drei Flüchtlingen. Dieser Fall ist laut Flüchtlingsrat Brandenburg nur ein Beispiel, „welche Phantasie und Kreativität sonst so unflexible Behörden entwickeln können, wenn es darum geht, Flüchtlinge möglichst schnell wieder loszuwerden".
(ddpADN 21.3.97)
Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl fordert, in diesem Jahr keine Flüchtlinge mehr nach Bosnien zurückzuschicken. Pro Asyl erklärt in Frankfurt am Main, die InnenministerInnen der Länder sollten ihren „gefährlichen deutschen Sonderweg beenden" und statt dessen die freiwillige Rückkehr nach Bosnien fördern. Die Situation dort verhindere eine Abschiebung.
(ddpADN 21.3.97)
Die InnenstaatssekretärInnen von Bund

und Ländern einigen sich auf einen Zeitplan zur weiteren Abschiebung bosnischer Flüchtlinge. Auf einer Arbeitstagung in München verabschiedeten VertreterInnen der 16 Bundesländer und der Bonner Innenstaatssekretär Kurt Schelter eine gemeinsame Empfehlung an die InnenministerInnen. Der Vertreter Mecklenburg-Vorpommerns, Gustav-Adolf Stange, sagt, das Papier werde noch vor Ostern den Landesregierungen vorgelegt. Über den Inhalt sei Stillschweigen vereinbart worden.
(AP 21.3.97)

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) untersagt der Stadt Mannheim die Abschiebung eines Serben aus Bosnien-Herzegowina. Nach Angaben des Gerichtshofs wurde die Ausländerbehörde der Stadt in einem Eilverfahren dazu verpflichtet, die Abschiebung zeitweise auszusetzen und den Betroffenen zu dulden (Aktenzeichen: 11 S 3301/96) Zur Begründung erklärt der VGH, die Androhung der Abschiebung nach Bosnien-Herzegowina sei zwar rechtlich nicht zu beanstanden. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand lasse sich nicht feststellen, daß dem Bosnier serbischer Volkszugehörigkeit in Bosnien eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung drohe. Dem Ausländer, der keine Bindungen zu Bosnien-Herzegowina habe, drohten aber angesichts der dort bestehenden äußerst angespannten Sicherheitslage sowie der katastrophalen Versorgungslage und Wohnraumsituation existentielle Gefahren. Deshalb sei die Ausländerbehörde derzeit zur Aussetzung der Abschiebung durch Duldung verpflichtet.
(dpa 21.3.97)

Das UN-Komitee für die Beseitigung von Rassendiskriminierung äußert sich besorgt über „Fälle" brutalen Vorgehens der deutschen Polizei gegen AusländerInnen - vor allem Afrikaner und Türken. In seiner in Genf veröffentlichten Erklärung bezieht sich das Komitee auf den jüngsten Bericht der deutschen Regierung über Fremdenfeindlichkeit und Rassendiskriminierung, der ihm - wie von den anderen Ländern auch regelmäßig vorgelegt wird
(AP 21.3.97)

Anläßlich des „Internationalen Tages gegen Rassismus" veröffentlicht das „Büro gegen ethnische Diskriminierung" in Berlin die Geschichte eines SEK-Einsatzes bei einer türkischen Familie in einer Neuköllner Wohnung. Zwanzig SEK-BeamtInnen stürmten am 24.10. vergangenen Jahres die Wohnung der Familie und mißhandeln die schon Schlafendenden schwer. Einen Durchsuchungsbefehl haben die PolizistInnen nicht gezeigt. Der Familienvater wird später wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu eineinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt.
(TAZ 21.3.97)

22.03.1997

SozialpolitikerInnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" die Arbeitsmöglichkeiten für Nicht-EU-AusländerInnen in Deutschland deutlich einschränken. Es sei „notwendig, der Überlastung des Arbeitsmarktes durch weiteren Zustrom aus Drittstaaten entgegenwirken", heißt es nach Angaben des Blattes in einem 32-seitigen Papier des Fraktionskreises für Arbeit und Soziales. Damit nicht gleichzeitig die Schwarzarbeit zunimmt, sei „eine weitere Verschärfung und Verdichtung der Kontrollen unausweichlich". Bereits legal in Deutschland lebende AusländerInnen könnten kaum vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Deshalb sei es „unbedingt erforderlich, daß schon der Zugang nach Deutschland soweit wie möglich eingeschränkt wird". Dazu schlagen die Christdemokraten laut „Spiegel" unter anderem vor, die Aufnahme jüdischer EmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion solle durch Einwanderungsquoten „zahlenmäßig begrenzt" und die Einreise über Drittländer verboten werden.
(dpa 22.3.97)

Die Zahl der „illegal" nach Deutschland geschleusten AusländerInnen hat nach Informationen der „Welt am Sonntag" im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Wie die Zeitung unter Berufung auf einen Bericht von Bundesinnenminister Manfred Kanther schreibt, wurden 7.364 „Illegale" festgenommen, die mit Hilfe von SchleuserInnen eingewandert waren - zehn Prozent mehr als 1995. Die Zahl der Aufgegriffenen, die auf eigene Faust den Grenzübertritt versucht hatten, sank dagegen um neun Prozent auf 27.024.
(AP 22.3.97)

23.03.1997

Politisch Verantwortliche im Land Brandenburg sprechen sich für ein Verbot der Diskriminierung von AusländerInnen aus. Von einem Antidiskriminierungsgesetz könne „eine Signalwirkung für die Ächtung von Ausländerfeindlichkeit" ausgehen, sagt die Ausländerbeauftragte des Landes.
(FR 24.3.97)

Vor einem Besuch in Ankara schlägt Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) vor, den rund zwei Millionen in Deutschland lebenden TürkInnen das Kommunalwahlrecht einzuräumen.
(FR 24.3.97)

24.03.1997

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Altmaier fordert eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts noch in dieser Legislaturperiode. Er habe begründete Hoffnung, daß der entsprechende Vorschlag mehrerer AbgeordnetInnen in der Union mehrheitsfähig sei, sagt er in Berlin. Demnach sollen Kinder von ausländischen Eltern bei Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und sich dann mit 18 oder 21 Jahren zwischen der deutschen und der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden. Die „Welt am Sonntag" berichtete von einem Positionspapier der Abgeordneten Jürgen Augustinowitz und Wolfgang Steiger, in dem sich beide gegen eine Änderung des Status Quo wandten. Sie hatten argumentiert, daß die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit am Ende und nicht am Anfang eines Integrationsprozesses stehen müsse.
(AP 24.3.97)

Auf scharfe Kritik sind Vorschläge aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestoßen, Arbeitsmöglichkeiten für AusländerInnen wie jüdische EmigrantInnen aus der Sowjetunion, Au-pair-Mädchen und SaisonarbeiterInnen einzuschränken. „Unionspolitiker machen Juden zu Sündenböcken für die desolate Lage auf dem Arbeitsmarkt", erklärt der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, zu den Vorschlägen, die dem CDU-Sozialpolitiker Julius Louven zugeschrieben werden. Der Vorsitzende der Jungen Liberalen, Michael Kauch, wirft der Union vor, sie wolle nur von der zum Teil selbstverschuldeten Standortkrise ablenken.
(dpa 24.3.97)

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, spricht sich dagegen aus, in Deutschland geborenen ausländischen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit zu geben. Glos warnt vor einer „Zwangsgermanisierung" in Deutschland geborener AusländerInnen, wenn diese mit der Geburt, wie es junge CDU-Politiker anregten, auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollten.
(ddpADN 24.3.97)

Das Land Berlin schiebt 21 VietnamesInnen über Frankfurt am Main nach Hanoi ab. Nach Auskunft der Innenverwaltung besitzen die betroffenen Männer und Frauen, über die keine näheren Angaben gemacht werden, keine gültige Aufenthaltsgenehmigung. „Mit der Aktion wurde das deutsch-vietnamesische Rückführungsabkommen umgesetzt", sagt Sprecherin Francine Jobatey.
(ddpADN 24.3.97)

Der Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt in Sachsen-Anhalt wird in Magdeburg aufgelöst. Er werde nicht mehr benötigt da seit seiner Einrichtung in vielen Orten aktive Partnerschaften zu Flüchtlingsheimen entstanden und auf Landesebene Zuständigkeiten klarer geregelt sind.
(FR 25.3.97)

25.03.1997

Mit Empörung reagiert der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, auf die Forderung von UnionspolitikerInnen nach einer Quote für jüdische EinwanderInnen. Die entsprechende Vorlage von SozialpolitikerInnen sei gut „für den Stammtisch", sagt Bubis in Berlin.
(dpa 25.3.97)

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen legt einen Entwurf zu einem Niederlassungsgesetz für AusländerInnen vor. Alle legalen EinwanderInnen, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, sollten danach die gleichen Rechte wie Deutsche erhalten, sagt der Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir in Bonn. Dazu gehöre die Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf politische Betätigung. Außerdem würden die Betroffenen dann einen wirksamen Schutz vor Abschiebungen genießen.
(ddpADN 25.3.97)
Die Evangelische Kirche im Rheinland und die Mainzer Landesregierung einigen sich auf eine Regelung in „Fällen" von Kirchenasyl. Dabei beugt sich die Düsseldorfer Kirchenleitung letztlich den Entscheidungen der Ausländerbehörden. Es wird aber noch ein Anhörungsverfahren über zu erwartende Nachteile für die von Abschiebung betroffenen AusländerInnen zwischengeschaltet. Kirche und Landesregierung stimmen darin überein, daß es ein festgeschriebenes Recht auf Kirchenasyl weder in den Kirchengesetzen, noch im staatlichen Recht gebe.
(dpa 25.3.97)
Aus München werden 41 Menschen nach Sarajewo abgeschoben. Fünf von ihnen kommen aus Berlin.
(FR 26.3.97)

26.03.1997 Auch in Hessen droht den ersten bosnischen Flüchtlingen nach dem Ablauf ihrer Ausreisefrist im April die Abschiebung. „Wir halten an dem Stufenplan fest", versichert die Sprecherin des Wiesbadener Innenministeriums.
(FR 27./28.3.97)

29.03.1997 Rund 30 Prozent der AussiedlerInnen, die aus Osteuropa in die Bundesrepublik einwandern wollen, bestehen die vorherigen Sprachtests nicht, obwohl die Bundesregierung Sprachkurse zunehmend fördert. Wer den Test nicht besteht, erhält keinen Aufnahmebescheid für Deutschland. Mit dem Testprogramm soll die Zahl der deutschen Spätaussiedler aus Osteuropa ohne ausreichende Sprachkenntnisse verringert werden. Daß „kein Aussiedler ohne Sprachtest" mehr nach Deutschland komme, sei notwendig für die Integration, sagt der Aussiedlerbeauftragte Waffenschmidt in Hamburg.
(ddpADN 29.3.97)

31.03.1997 Als erstes Bundesland will Nordrhein-Westfalen an seinen Hochschulen spezielle Studienangebote für ausländische StudentInnen einrichten. Geplant sind dabei straff organisierte Lehrveranstaltungen vornehmlich in englischer Sprache, die sich in das internationale Hochschul- und Studiensystem einfügen. Dies sagt NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) nach Rückkehr von einer zweiwöchigen Besuchsreise durch Hongkong und Japan. Gleichzeitig sollen sich die deutschen Hochschulen intensiver um die Betreuung ihrer ausländischen Gaststudenten kümmern und begleitende Angebote machen. In jüngster Zeit war wiederholt über ein nachlassendes Interesse am Studienstandort Deutschland geklagt worden.
(dpa 31.3.97)
Das Bremer Ausländeramt will eine 31jährige Türkin abschieben obwohl sie seit ihrer Geburt in Bremen lebt und außerdem eine Asylantrag laufen hat. Die Behörde begründet ihre Entscheidung damit, daß die Frau eine viereinhalbjährige Haftstrafe wegen Drogenhandels verbüßt hat und erneut wegen Heroinbesitzes zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt wurde.
(FR 1.4.97)
Vom Berliner Flughafen Schönefeld werden dreißig bosnische Kinder, die vor fünf Jahren aus Sarajewo nach Sachsen-Anhalt geholt worden, abgeschoben. Bei der Aktion damals wurden zwei Kinder von Heckenschützen erschossen.
(jW 2.4.97)
Auf Fragen der PDS-Bundestagsgruppe nach 1996 versuchten und vollzogenen Selbstmordversuchen von Flüchtlingen in deutschen Abschiebeknästen zeigt sich die Bundesregierung wenig auskunftsfreudig. „Die Länder sind für die Abschiebung vollziebar ausreisepflichtiger Ausländer zuständig. Die Bundesregierung verfügt darüber über keine eigenen Informationen", heißt es in der Antwort des Bundesinnenministerium.
(jW 2..97)

02.04.1997 Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl wirft der Bundesregieung eine „Kollaboration" mit dem „algerischem Terrorregime" vor. Bei der Abschiebung algerischer Flüchtlinge arbeite Bonn mit der „demokratisch nicht legitimierten und gewalttätigen" Regierung des nordafrikanischen Landes zusammen, erklärt der Sprecher von Pro Asyl, Heiko Kauffmann,

in Frankfurt am Main. Pro Asyl kritisiert insbesondere, daß algerische Polizisten die ausgewiesenen Flüchtlinge künftig auf dem Abschiebungsflug begleiten sollen. In einem Brief an die InnenministerInnen der Länder soll das Bundesinnenministerium diese Praxis als „enorm praktisch und von medienöffentlicher Bedeutung" bezeichnet haben.
(ddpADN 2.4.97)
Eine Expertin des Bundeskriminalamtes (BKA) bestätigt im Prozeß gegen Safwan Eid vor dem Lübecker Landgericht die Aussagen ihres Kollegen, wonach das Feuer im ersten Stock des Hauses ausgebrochen ist. Damit stützt sie die Theorie der Staatsanwaltschaft, daß Safwan Eid das Feuer gelegt hat, bei dem am 18 1.96 zehn Menschen starben.
(FR 3.4.97)
Wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wird in Berlin ein 23jähriger Kurde festgenommen. Ihm wird vorgeworfen professioneller Kader der PKK im Gebiet um Hannover zu sein.
(jW 4.4.97)
Der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Horst Eylmann (CDU) spricht sich für eine doppelte Staatsangehörigkeit auf Zeit für junge AusländerInnen in Deutschland aus. Die Vermeidung mehrfacher Staatsangehörigkeiten sei zwar ein vernünftiges Ordnungsprinzip aber nicht mehr.
(jW 4.4.97)

03.04.1997 Der Rat der türkischen Staatsbürger in Deutschland kündigt die Gründung eines bundesweiten „Bündnisses gegen Rassismus" an. Alle türkischen Einwanderer-Organisationen wollten das Bündnis an diesem Wochenende in Frankfurt am Main ins Leben rufen, teilt der 2. Vorsitzende des Rates, Arif Ordu, mit. Dazu seien alle demokratischen Institutionen in Deutschland eingeladen. Anlaß sei der Brandanschlag von Krefeld. Ordu fordert die Bundesregierung auf, sich mehr um das Thema Ausländerfeindlichkeit zu kümmern. Auch wenn noch nicht klar sei, ob hinter dem Krefelder Anschlag Rechtsradikale steckten, sei es nicht so, „daß Rassismus in Deutschland nicht vorhanden wäre". Ordu verlangte präventive politische Maßnahmen, um die AusländerInnen in Deutschland besser zu schützen. Er fordert, daß die Bundesregierung über ein Einwanderungsgesetz nachdenkt.
(ddpADN 3.4.97)
Siebzig Flüchtlinge werden aus Stuttgart unter Zwang und mittels Chartermaschine in die Bundesrepublik Jugoslawien abgeschoben.
(FR 4.4.97)
Nach Überzeugung der Polzei handelt es sich bei dem Krefelder Brandanschlag bei dem drei TürkInnen starben, um eine Familientragöödie. Die Krefelder Haft-richterInnen bestätigen den Haftbefehl gegen den 42jährigen Familienvater Aziz D.
(FR 5.4.97)
Vor dem Leipziger Amtsgericht wird gegen einen 32jährigen Vietnamesen und eine 42jährige Deutsche wegen des Verstoßes gegen das Ausländergesetz verhandelt. Beiden wird „Scheinehe" vorgeworfen. Gegen die Frau, durch deren Anzeige die „Scheinehe" ans Licht kam, wird das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt. Gegen ihn wird nächste Woche weiter verhandelt.
(LVZ 4.4.97)
34 „illegal" eingereiste Flüchtlinge werden in Dresden von der Polizei in Gewahrsam genommen.
(LVZ 5.4.97)

04.04.1997 Deutschland verletzt nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl die Völkerrechtsnormen für Flüchtlingskinder. Zum fünften Jahrestag der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention fordert Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann in Frankfurt am Main in einem offenen Brief alle Bundestagsparteien auf, „Flüchtlingskindern den ihnen völkerrechtlich zustehenden Schutz und notwendige Hilfen nicht länger zu verweigern". Kinderschutz müsse auch für Flüchtlingskinder bis zum Alter von 18 Jahren gelten; derzeit würden in Deutschland schon 16jährige in Asylverfahren wie Erwachsene behandelt. Zudem dürften minderjährige Flüchtlinge nicht inhaftiert und müßten kindgerecht betreut werden.
(dpa 4.4.97)
Weil das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen in einem Flüchtlingsheim in Bahren in der Nähe von Grimma ein „Ausbildungs- und Schulungszentrum" der seit 1993 verbotenen kurdischen PKK vermutet, stürmen 230 PolizistInnen das Gebäude. 19 KurdInnen werden vorläufig festgenommen.
(jW 5.4.97)

05.04.1997 Rund 1 000 Kurdinnen aus dem gesamten Bundesgebiet feiern in der Technischen Universität (TU) Berlin das traditionelle kurdische Neujahrsfest Newroz. Die Veranstaltung wird erst möglich, nachdem das Berliner Oberverwaltungsgericht ein Polizeiverbot aufhebt. Das Fest war am Freitag von der Polizei untersagt worden mit der Begründung, es werde von der verbotenen `Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) mitausgerichtet. Die Veranstaltung wird von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet. BesucherInnen des Newrozfestes werden teilweise auf Waffen durchsucht.
(dpa 5.4.97)

06.04.1997 Nach der Verhaftung des türkischen Familienvaters wegen des Krefelder Brandanschlags kritisiert Außenminister Kinkel (FDP) Äußerungen aus Ankara scharf und betonte „Megaphondiplomatie führt ins Abseits. So werden nur langgewachsene Bindungen zerstört". Türkische Regierungsmitglieder bemühen sich um Schadensbegrenzung, besonders Innenminister Meral Aksener versichert, er habe keinesfalls die gesamte deutsche Bevölkerung oder die Bundesregierung angreifen wollen. Er sagte nach dem Brandanschlag, die Deutschen würden die Türken verbrennen, weil sie sie nicht ausweisen können.
(FR 7.4.97)

07.04.1997 Die Zahl der neuen Asylanträge in Deutschland ist weiter rückläufig. Im vergangenen März hätten 8392 Flüchtlinge um Asyl ersucht, teilt das Innenministerium in Bonn mit. Das seien 308 Anträge oder 3,5 Prozent weniger als im Februar und acht Prozent weniger als im März des Vorjahres.
(Reuter 7.4.97)
Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck und seinem Innenminister Walter Zuber (beide SPD), vor, die Landesregierung wolle „alte, kranke und nicht mehr transportfähige muslimische Flüchtlinge" nach Bosnien abschieben. Damit werde man sie in den sicheren Tod schicken". Der Sprecher der Gesellschaft, Tilman Zülch, erklärt in Göttingen, die Ausreiseaufforderung an zwei Bosnier im Alter von 92 und 78 Jahren sei „blanker Zynismus". Zülch fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, von der Abschiebung abzusehen, da die beiden Personen am Wiederaufbau des Landes keinesfalls teilnehmen könnten.
Weiter kritisiert er eine Erklärung der Kreisverwaltung Koblenz, daß die beiden Flüchtlinge aufgrund des Abkommens von Dayton nicht einmal einen Anspruch darauf hätten, in ihren Heimatort zurückgebracht zu werden. Hierbei handele es sich um eine „absurde Ver-drehung der Tatsachen", da das Abkommen das Gegenteil bekräftige.
(ddpADN 7.4.97)
Der sächsische PDS-Bundestagsabgeordnete Steffen Tippach kritisiert die Arbeit der Polizei-Sonderkommission Rechtsextremismus. Er sagt, daß die SoKo-Rex ihre Aufgabenfelder dort suchen sollte wo sie ihren Namen her hat. „Die Durchsuchung eines Asylbewerberheimes bei Grimma halte ich für eine unangemessene Reaktion. Mit den Aktivitäten der Neonazis im sächsischen Raum existiert ein weitaus bedrohlicheres Potential". Er weist zuvor Berichte darüber zurück, in denen ihm vorgeworfen wird Kontakte zu einem „Schulungszenrtrum" der PKK zu haben, daß das LKA Sachsen in dem in Bahren bei Grimma durchsuchten Flüchtlingsheim vermutet.
(LVZ 8.4.97)

08.04.1997 Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisiert eine behördliche Aufforderungen zur Verkürzung von Protokollen bei Asylanträgen. Wie ein Sprecher der Organisation in Frankfurt am Main

erklärt, habe das Bundesamt für die Aberkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) seine MitarbeiterInnen in Freiburg aufgefordert, sich bei der Länge der Anhörungsprotokolle zu beschränken. Pro Asyl kritisiert dies als „schwerwiegenden Eingriff des Amtes in das Asylverfahren", das die Weisungsfreiheit der EntscheiderInnen einschränke und letztlich zu Lasten der Flüchtlinge gehe. Die Anweisung, nur noch zusammenfassend zu protokollieren, zwinge geradezu zu „fahrlässiger Oberflächlichkeit oder zu bewußter Manipulation".
(ddpADN 8.8.97)
Bundesverteidgungsminister Volker Rühe (CDU) spricht sich für Kurskorrekturen bei der Rückführung bosnischer Flüchtlinge aus. Nicht der Familienstand sondern vorangig die Herkunftsregion sollten die Kriterien bei der Rückführung sein, erklärt er bei einem Besuch in Sarajewo.
(FFR 9.4.97)
250 PolizistInnen und 100 MitarbeiterInnen verschiedener Ämter sind an der bisher größten Razzia gegen Schwarzarbeit in Sachsen beteiligt. auf dem Leipziger Hauptbahnhof werden 450 Bauarbeiterinnen kontrolliert. 26 ausländische BauarbeiterInnen ohne gültige Arbeitserlaubnis werden vorläufig festgenommen.
(LVZ 9.4.97)

09.04.1997

Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft (GdP), Hermann Lutz, fordert die sofortige Abschiebung straffällig gewordener AusländerInnen. Im Saarländischen Rundfunk sagt Lutz, um dem zunehmenden Sicherheitsrisiko durch moslemisch-fundamentalistische Gruppierungen oder linke türkische Organisationen zu begegnen, müsse der rechtliche Rahmen voll ausgeschöpft werden. „Man muß überlegen, was das Recht hergibt, weil wir sonst im Prinzip Deutschland schaden und auch den Ausländern schaden, die die Bereitschaft haben, die Rechtsordnung einzuhalten."
(ddpADN 9.4.97)
Im Prozeß gegen Safwan Eid vor dem Lübecker Landgericht, bei dem diesen vorgeworfen wird, daß Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße im vergangenen Jahr angezündet zu haben, in dem zehn Menschen starben, verweigert das Gericht die Verwertung der Tonbänder der Abhörmaßnahmen, als Safwan Eid im Gefängnis saß. Mit diesen will die Staatsanwaltschaft die Schuld Safwan Eids beweisen.
(Fr 10.4.97)
Der baden-würtembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim lehnt es ab einem Flüchtling aus Bosnien-Herzegowina, der von Abschiebung bedroht ist, vorläufig Rechtsschutz zu gewähren. Ihm drohe in seiner „Heimat" trotz der unsicheren Situation keine extreme Gefahr für Leib, Leben und Freiheit, urteilen die RichterInnen und heben damit eine gegenteilige Entscheidung des Verwaltungsgerichts Freiburg auf.
(FR 10.4.97)
Die Lage der Bauwirtschaft ist nach Einschätzung der Bundesregierung dramatisch. Deshalb beschließt das Kabinett ein 16-Punkte-Programm zur Stabilisierung der Bau-Branche. Dies beinhaltet

u.a. die Beibehaltung des Anwerbestopps für ausländische ArbeiterInnen und schärfere Kontrollen gegen „illegale" Beschäftigung. Zur Aufhebung der Abschaffung des Schlechtwettergeldes ist Bonn allerdings nicht bereit, bekräftigt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU).
(FR 10.4.97)
Der schleswig-holsteinische Innenminister Ekkehardt Wienholtz bittet die Ausländerbehörden seines Landes Flüchtlinge aus Zaire vorläufig nicht abzuschieben. Die kriegerischen Auseinandersetzungen beschränken sich nicht mehr auf den Osten des Landes und außerdem begleitete der Bundesgrenzschutz die Flüchtlinge nicht mehr.
(FR 10.4.97)
Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diebgen (CDU) hält an dem Zeitplan der Innenministerkonferenz für die Abschiebung bosnischer Flüchtlinge fest und lehnt es ab die Abschiebungen auch nur vorübergehend auszusetzen. Unverständnis über seinen harten Abschiebekurs erntet er auch aus der eigenen Regierung. Die Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Helga Korthaase, bezeichnet die Festnahme zweier Bosnierinnen in einem Berliner Heim für kriegstraumatisierte Frauen als unmenschlich. Im Ausländerausschuß des Senats erheben AbgeordnetInnen von SPD, Bündnisgrüne und PDS schwere Vorwürfe gegen den Senat und fordern die Freilassung der beiden Frauen.
(jW 10.4.97)

10.04.1997

„Schlepperbanden" setzen nach Informationen der „Berliner Morgenpost" immer häufiger Jugendliche ein, um AusländerInnen illegal nach Deutschland zu bringen. Wie die Zeitung unter Berufung auf den Bundesgrenzschutz berichtet, heuern die SchleuserInnen in Spielhallen deutsche Arbeitslose an. Diese spionierten dann die Lage an der Grenze aus: Über Handy teilten die Jugendlichen den Schlepperinnen mit, wann Asylsuchende gefahrlos nach Deutschland gebracht werden können. Die Jugendlichen bekommen dem Vorabbericht der „Berliner Morgenpost" zufolge dafür bis zu 200 Mark.
(Reuter 10.4.97)
EinE abgelehnteR AsylbewerberIn aus Zaire darf derzeit wegen lebensbedrohender Bedingungen in seinem/ihrem „Heimatland" nicht abgeschoben werden. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen fordert in einem unanfechtbaren Beschluß das Land Baden-Württemberg auf, die Abschiebung des/der Antragstellers-/in vorläufig auszusetzen. Gegenwärtig seien die Verhältnisse so instabil und angespannt, „daß eine Rückkehr nach Zaire eine existentielle Gefährdung für Rückkehrer bedeuten würde" (Az.: A 6 K 11587/96).
(dpa 10.4.97)

Der Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) und sein polnischer Kollege Leszek Miller einigen sich darauf, daß im Rahmen des Polizei- und Grenzschutzabkommens gemeinsame Ermittlungs- und Kontrollgruppen aufgestellt, gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen gebildet sowie gemeinsame Dienststellen und ein besonderer grenzpolizeilicher Meldedienst für unerlaubte Migration geschaffen werden. Miller untertreicht seine Bereitschaft zur Bekämpfung der grenzüberscheritenden Kriminalität und bedankt sich bei Kanther für die Hilfe bei der Reform der Polizei und des Grenzschutzes in Polen.
(FR 11.4.97)
Die Bremer Ausländerbehörde schiebt einen 16jährigen Kurden in die Türkei ab, obwohl VerwaltungsrichterInnen noch nicht endgültig über den „Fall" entschieden haben und sich der Junge aus Proteste selbst verletzt.
(FR 11.4.97)
Die FDP will mit ihrem Zuwanderungsgesetz die jährliche Einwanderung vereringern. Sie wolle „nicht mehr Zuwanderung sondern mehr Kontrolle über Zuwanderung", versichert Generalsekretär Guido Westerwelle bei der Vorstellung des Gesetzesentwurfs in Bonn. Mit diesem Entwurf strebt die FDP an, durch festgelegte Quoten die Zuwanderung stärker an den wirtschaftlichen Interressen Deutschland auszurichten.
(FR 10.4.97)

11.04.1997

Mit Freisprüchen geht vor dem Amtsgericht Fürstenwalde (Landkreis Oder-Spree) der sogenannte „Döner-Prozeß" gegen drei 18- bis 21jährige Jugendliche zu Ende. Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen vorgeworfen, im Juli vergangenen Jahres in der Spreestadt einen libanesischen Imbißverkäufer mit Knüppeln geschlagen und getreten zu haben. Lediglich gegen den 18jährigen Pascal K. wurde eine Verwarnung ausgesprochen, weil er drei Tage vor dem Zwischenfall einer Libanesin das aus religiösen Gründen getragene Tuch vom Kopf gerissen hatte. Den drei Angeklagten sei der Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung nicht nachzuweisen, führte Richter Reiner Fries zur Begründung an. Sie seien damit aus strafrechtlicher Sicht nicht zu belangen. K. hatte ausgesagt, er habe den Libanesen lediglich zur Rede stellen wollen, weil er nach dem Kopftuch-Vorfall zweimal von Ausländern - offensichtlich Libanesen - bedroht worden sei. Deshalb sei er mit dem jetzt Mitangeklagten Sven N. zu der Dönerbude gezogen, gefolgt von etwa 30 Jugendlichen.
(ddpADN 11.4.97)

Aufruf zur Demonstration gegen den Unitariertag der DUR am 3.Mai 1997 in Hameln

Treffpunkt: 13 Uhr Busparkplatz hinter der Rattenfängerhalle

Vom 1.-4.Mai findet in Hameln der Unitariertag der völkisch-rassistischen Sekte Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR) statt. Hier, an ihrer Gründungsstätte, kann die DUR auf eine starke Ortsgruppe und geschichtliche Tradition zurückgreifen. Zusätzlich ist sie in die kleinstädtische Öffentlichkeit eingebunden. Eine hihe gesellschaftliche Akzeptanz besitzt die DUR aber auch außerhalb von Hameln. Ihr ist es hier gelungen, sich unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren und dies, obwohl neofaschistische Bezüge offensichtlich sind. Doch dei dem diesjährigen Unitariertag regt sich antifaschistischer Widerstand. Wir als Bündnis gegen Rechts (BgR) wollen mit dazu beitragenb, denn uns liegt daran, die inhaltlichen, organisatorischen und personellen Verbindungen zwischen der DUR und Hetendorf 13 (Nazizentrum im Landkreis Celle) offen zulegen. Deshalb rufen wir alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 3.5.1997 in hameln gegen die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft zu beteiligen!

Leserbriefe

Zusammen gegen rechts...

... so soll(te) es auch sein. Aber wie komme beispielsweise ich als linkes weibliches Wesen mit 13 Lenzen mit Leuten/Punx „zusammen gegen rechts"? Ich mein´überall wird rumgejammert, daß es immer mehr Glatzen gibt und keine Sau was dagegen tut, und überall wird aufgerufen, man solle sich gemeinsam gegen Faschisten einsetzen und gegendie gefahr von rechts kämpfen. Das ist ja alles richtig und ich bin der gleichen Meinung. Aber *kommt* mal jemand mit linker Meinung, der versucht, sich in der linken Szene zu integrieren und in der Richtung etwas mit anderen zu machen, wird dieser scheiße angemacht, weil man ja neu ist und nix bei den alteingesessenen Punx zu suchen hat. Oder man reagiert nach Anfragen mit hochmütigen Antworten und weiterer ignoranz, egal ob wir zum Beispiel die einzigsten 3 Punx an einer faschovollgestopften Schule sind oder nicht. (Stichwort BrockhausGymnasium L.E. [...])

Muß man denn über 14/15 Jahre sein, grellgefärbte Haare, Springerstiefel und Antifaparolen auf seinen Klamotten etc. haben, um von Punx anerkannt zu werden?? Wenn es so ist/wäre, dann frage ich mich nur, wie man *alleine* gegen Glatzen kämpfen soll. Und wenn man es versuchen würde; weit käme man so jedenfalls nicht!

Na ja, wahrscheinlich bin ich die einzigste mit solchen Problemen, wahrscheinlich bin ich zu blöd, mit Punx zusammenzukommen. Es gibt ja noch tausend andere Möglichkeiten, aber meistens kommt man da mit 13 Jahren auch nicht zum Ziel. Vielleicht sollte ich ja eine Faschobraut werden, da wird man wenigstens vom Volk besser angesehen...

Anne

Hallo Anne!

Die einzige mit solchen Problemen bist Du mit Sicherheit nicht und 14/15 sein hilft auch nicht immer weiter. Über gefärbte Haare weiß ich nicht soviel, hatte ich noch nie... Aber mal im Ernst, wenn die zwei einzigsten anderen Punx an Deiner Schule scheiße drauf sind, nützen die Dir gar nichts. Aber hast Du schon von dem neuen Antifa-Schulnetz gehört? amo

„Sie zu vögeln schaffste nicht" (Lokalmatadore) - Punk macht Männchen...

Kenneth hat zu großen Teilen recht. Provokation war beabsichtigt. Hat ja auch geklappt. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Schwulenfeindliche Punx sind wirklich nicht mein Hauptproblem. In Deutschland werden Punx gejagt und erstochen, schwule Manager und Angestellte im öffentlichen Dienst bleiben ziemlich unbehelligt, von schwulen Kostüm-Faschoglatzen ganz zu schweigen.

Auf SM-Parties im Berliner Raum sehe ich seit mindestens einem Jahr kaum mehr Kostüm-Punx, sondern fast nur noch Glatzen, für die es nicht geil genug ist, Glatze zu sein, sondern die als Überkick stilisierte Hakenkreuze, Deutschland-Aufnäher, Reichsadler und schlohweiße Schnürsenkel in ihren Stiefeln brauchen (das Klischee vom schwulen Nazi drängt sich geradezu auf).

Wenn diese schwulen Widerlinge allmonatlich anything goes zelebrieren, dann wünsche ich mir manchmal n paar hundert Punks, die dieses blöde Volk aufmischen. Da ich aber keineswegs sicher sein kann, daß die Punx das mit den richtigen Absichten tun würden, werde ich mich lieber weiter allein mit den -(vermutlich) grün- und spd-wählenden- Kostüm-Fascho-Schwuchteln rumärgern.

Ich sehe ein, daß es im Angesicht dieser Zustände im Moment wohl Wichtigeres gibt, als Punk für vorhandene Schwulenfeindlichkeit zu geißeln. Ganz klar, daß unabhängig vom Stand linker Debatten gilt: „Auch schwulen Faschos aufs Maul!".

Kenneth hat m.E. nach wie vor nicht recht, was die Lokalmatadore-Spießer angeht, die sind so sehr Fun, wie Onkel Willi -glücklicherweise gefallen vor Stalingrad- Fun war! Das Problem der Lokalmatadore (und nicht das einer angeblich durchgeknallten pc-Frak-

tion, wie´s Fun-Punk vielleicht gern hätte!) ist , daß sie schon „bierernste" Texte machen, die jeder anständige deutsche Volksgenosse problemlos unterschreiben kann (wer´s nicht glaubt, schaue sich mal n paar einschlägige Fascho-Versände an. Lokalmatadore, Kassierer und Ruhrpott Kanaken können sich da klasse neben Störkraft & Co. behaupten. Bestimmt darf man das nicht so „bierernst" nehmen. Und wer behauptet da, daß Faschos nicht Fun haben können?). Was das Conne Island treibt, solchen Scheiß zu veranstalten, bleibt mir ebenso verborgen, wie dem Klaro (s. vorne im Heft). Leiden einige vom Island unter denselben Verklemmungen, die die Band umtreibt? Oder ist es am Ende das Besetzen einiger Pöbelthemen von links? - das wäre neu, war doch bisher gerade aus dieser Ecke eine erfreulich deutliche Zurückweisung deutschen Massengeschmacks zu spüren. Hippies und erkennbare Schwuchteln haben bei den L. zwar weniger zu lachen (Kenneth wird mir sicher zustimmen, daß weiße, deutsche, heterosexuelle Männer bei den L. mehr Fez haben, als alle anderen, denen mind. eine der drei genannten Eigenschaften fehlt. Aber wer behauptet da wieder, daß weiße, deutsche, heterosexuelle Männer nicht auch mal Spaß haben dürfen, höhöhö), aber was tut´s, wenn man dafür BILD-Zeitung lesenden Bauarbeiterpöbel im Island hat, bei dessen Anwesenheit man wegen seiner fehlenden Haare subkulturelle Verbundenheit mit „unserem Laden" herbeihalluzinieren kann. (Die Bemerkungen zum C.I. sind ausdrücklich KEINE Unterstützung für die anders motivierte Kritik des Klaro gegenüber dieser Einrichtung.)

Ach ja, Spießigkeit: Arschlecken Rasur... auf Scumfuck Mucke; Ich frage mich, wie verklemmt und alt-großväterlich eine Jugend sein muß, die statt von Blasen/Lecken von „Oralverkehr" (!) singt?! Im übrigen scheinen die „Kids", die da „united" sind, sich sexuell kaum von echter Erfahrung, sondern eher von „Praline" und „Wochenend" zu ernähren. Doch wenn die BRAVO-Jugend sich Treue als oberstes Ziel stellt, fällt´s „Punk" ja ziemlich leicht, versaut zu sein, heißt: Blasen und Arschficken scheinen da schon ´ne sexuelle Revolution auszumachen. Nee, das ist nicht Fun, das ist langweilig. Wenn schon Anti-PC, dann wenigstens mit Spaß und Saufen und Ficken - und nicht mit Reden übers Ficken und Saufen. Wer ´ne weitere Abschreckung braucht, höre sich die Social-Beat-Knallchargen an, bzw. lese in Lpz. die „Vergammelten Schriften", in denen frustrierte Berufsjugendliche sich das spannende Leben zusammenfantasieren, das sie nicht haben (können)! Gegen PC zu sein, indem man wie 9-jährige Jungs immer mal „Fotze" oder „Ficken" vor sich hinsingt und darauf hofft, daß irgendwer rot wird, ist Revolte a´ la „Normalbürger". Als Gegengift zu moralisierendem Deutsch-Punk empfehle ich Parties und Orgien - die gibt's auch für Hetis.

An Zensi: Was die Äußerlichkeiten angeht, habe ich nix gegen „biersaufende Prolls mit Iro und 'No Future' auf der Lederjacke" einzuwenden. Im Gegenteil. Das Zweitgeilste nach Glatzen sind für mich immer noch besoffene, verpißte Lederboys. As Jessi would say: „Männer mit dicken Armen, die nicht kochen können, sind einfach geiler!"

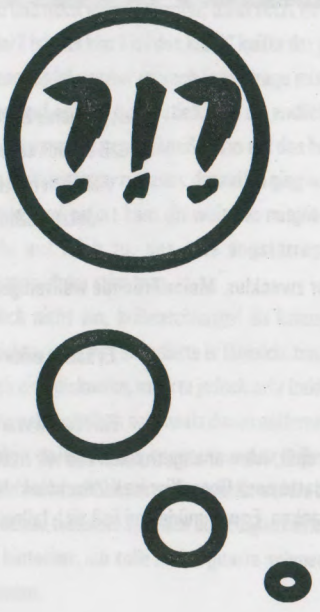
Holger

PS: Weshalb bloß bezeichnet Kenneth die Partei der ostdeutschen „Erniedrigten und Beleidigten", der „frustrierten", faschistischen Jugendlichen, Nazi-Sympathisanten (Chr. Ostrowski) und Kleinunternehmer (Chr. Luft), die PDS eben, als „linke Partei"?! Komisch!

Ach ja, Spießigkeit: Arschlecken Rasur... auf Scumfuck Mucke; Ich frage mich, wie verklemmt und alt-großväterlich eine Jugend sein muß, die statt von Blasen/Lecken von „Oralverkehr" (!) singt?!

* * *

Das Zweitgeilste nach Glatzen sind für mich immer noch besoffene, verpißte Lederboys. As Jessi would say: „Männer mit dicken Armen, die nicht kochen können, sind einfach geiler!"



die Verabredung

von Marie Saß

Ich wartete schon seit Stunden auf meine Verabredung. Es schien, als würde sie nicht mehr kommen.
Wir hatten uns in einer Kneipe verabredet, so als würden wir uns zufällig über den Weg laufen.
Seit geraumer Zeit saß ich mit einigen Freunden an einem Tisch, trank Pernod und redete wenig. Ich hatte mich mit Rücken zur Tür gesetzt, so daß er mich sehen konnte, ich ihn aber nicht. Er würde mich ansprechen, und ich drehte mich um und lächelte ihn leicht überascht an.
Vielleicht hatte er mich nicht gesehen. Ich ging aufs Clo und sah mich auf dem Hin- und Rüchweg selbstbewußt verstohlen um.
Jetzt mußte er mich gesehen haben. Es geschah nichts. Nach 10 Minuten ging ich an die Bar und bestellte nochmal dasselbe.
Ich rauchte die letzte Zigarette - und holte neue.
Es war zwecklos. Meine Freunde wollten gehen. Nach dem Bezahlen tastete ich schon aus Gewohnheit, noch ein letztes Mal, den sich leerenden Raum ab.
Er saß in einer Gruppe am anderen Ende, mit dem Rücken zu mir. Ich verabschiedete mich von meinen Freunden, ging auf ihn zu, legte meine Hand auf seine Schulter und sprach ihn an. Er lächelte mich leicht überascht an.
Ein Freund war gerade gegangen, so setzte ich mich, trank nochmal dasselbe und plauderte. Zuerst mit der Runde dann mit ihm.
Es war spät, ich war angetrunken und wir hatten Hunger. Er packte mein Fahrrad in seinen Kofferraum. Im Drive Inn deckten wir uns ein und fuhren zu ihm.
Er hatte noch Dosenbier im Kühlschrank. Mit allen Utensilien machten wir es uns auf dem Bett gemühtlich. Ich schaltete den Ferseher ein. Wir aßen und tranken. Er war müde und ließ sich fallen. Ich ertrug seine tastenden Hände auf meinem Rücken nicht, und starrte weiter auf das Fernsehgerät ein. Ich lauschte eine ganze Weile.
Nach geraumer Zeit betätigte ich den Ausknopf auf der Fernbedienung, legte mich neben ihn, schlief ein und träumte ich hätte Sex mit ihm.

#22

important shit

mein mitbewohner hatte sich das radio mit ins badezimmer genommen und saß bereits in der wanne, als ich durch den flur ging. ich konnte ein paar takte von lou reeds „walk on the wildside" vernehmen, weshalb ich kurzerhand in die intimsphäre meines mitbewohners hineinplatzte und zu tanzen begann, während er sich in der wanne wusch. solche szenen spielen sich zwar durchaus häufig in unserer wohngemeinschaft ab. allerdings wäre ich auch bereit, fast alle grenzen des anstandes zu ignorieren, wenn es sich um die legendäre langspielplatte „transformer" von lou reed handelt.

so zum beispiel als ich auf einem nächtlichen streifzug mit meinem mitbewohner vor einer hippiekneipe einen vierzigjährigen hippie-dj traf, der nach getaner arbeit gerade seine platten zum auto trug. wir unterhielten uns kurz über sein musikprogramm, und daraufhin durchstöberte ich dessen kiste, bis ich das „transformer"-album in den händen hielt. unverzüglich wollte ich es ihm abkaufen, denn er prahlte damit, daß er diese scheibe gleich fünfmal besitze. doch verkaufen wollte er sie nicht. dabei handelte es sich nur um eine uninteressante nachpressung aus den achtziger jahren. mein mitbewohner war es dann, der mich rechtzeitig ermahnte, die grenzen des anstandes zu gewahren. ich tat es widerwillig und verließ den mann grimmig.

vielleicht verkaufte er mir die platte aus dem grunde nicht, daß ich leicht alkoholisiert und somit unseriös wirkte. und betrunkenen männern traut man keine heiligtümer an. geschweige denn, daß man ihnen *ver*traut. diese erfahrung habe ich selbst auch gemacht, als uns während einer anderen nacht einmal mehr günter über den weg lief. günter war rund wie ein buslenker und fuchtelte aufgeregt mit einer einkaufstragetasche vor uns herum. wir sollten ihm unverzüglich bei irgendetwas helfen. wobei verstanden wir allerdings nicht. als wir keine weitere reaktion zeigten, wurde er wütend und schleuderte erneut die plastiktüte. im selben augenblick näherte sich allerdings ein krankenwagen, auf den günter nun schnurstracks zusteuerte. peinlich berührt verließen wir den schauplatz.

mit sozialem engagement in unerwarteten situationen ist es ja sowieso eine sache für sich. was ich allerdings bei günter an hilfeleistung versäumte, konnte ich kurz vor ostern im hamburger hauptbahnhof nachholen. mit meinem alten schulfreund war ich nämlich unterwegs in unsere heimatlichen gefilde. wir hatten viel spaß auf unserer fahrt mit fünfunddreißig mark und mit dem betrunkenen achim, den wir dabei kennenlernten. achim ging durch das großraumabteil unseres zuges und versäumte es , die tür hinter sich zu schließen. ein älterer herr neben uns wies ihn darauf hin, und achim entgegnete: „die türen schließen hier wohl nicht selbsttätig? ich bin nämlich aus hanover!"

und er kehrte zurück, um die tür hinter sich zuzuziehen. auf der rolltreppe dann im besagten hamburger hauptbahnhof standen mein schulfreund und ich direkt hinter ihm, während vor ihm sich eine bande junger, ebenfalls alkoholisierter skinheads befand. achim nun wiederum konnte es sich nicht verkneifen, einem von ihnen an den hintern zu greifen, woraufin es natürlich sofort stunk gab.

„machst du das noch einmal?" brüllte der nazi. achim wollte noch nicht kleinbeigeben.

„machst du das nocheinmal, habe ich gefragt!" konnten wir daraufhin, schon etwas beunruhigt, hören. achim antwortete immer noch, allerdings zunehmendst unverständlicher.

„wenn du das noch einmal machst, dann setzt es was, ist das klar? ist das klar? ist das klar?" keifte der glatzköpfige zankapfel, wobei er nach jeder frage mit dem zeigefinger auf achims brust stieß. und als endlich alle oben angekommen waren, schmiß er ihn auf den boden, um gleich noch hinterherzutreten. daraufhin ging nun ich dazwischen, und sofort kam ein weiteres mitglied der nazibande auf mich zu, das eine angsterregende tätowierung auf der stirn trug.

„misch dich nicht ein, brillenschlange! du kennst die vorgeschichte nicht, ey", skandierte er förmlich. zunächst begann ich eine diskusion, merkte jedoch sehr bald, daß ich nur etwa einen halben nebensatz davon entfernt war, neben achim zu liegen. aus angst um meine brille hielt ich inne und half stattdessen achim wieder auf die beine. auch die bande wendete sich nun ab, lediglich einer rief mir noch hinterher, ich solle meine gitarre nehmen und verschwinden.

izy

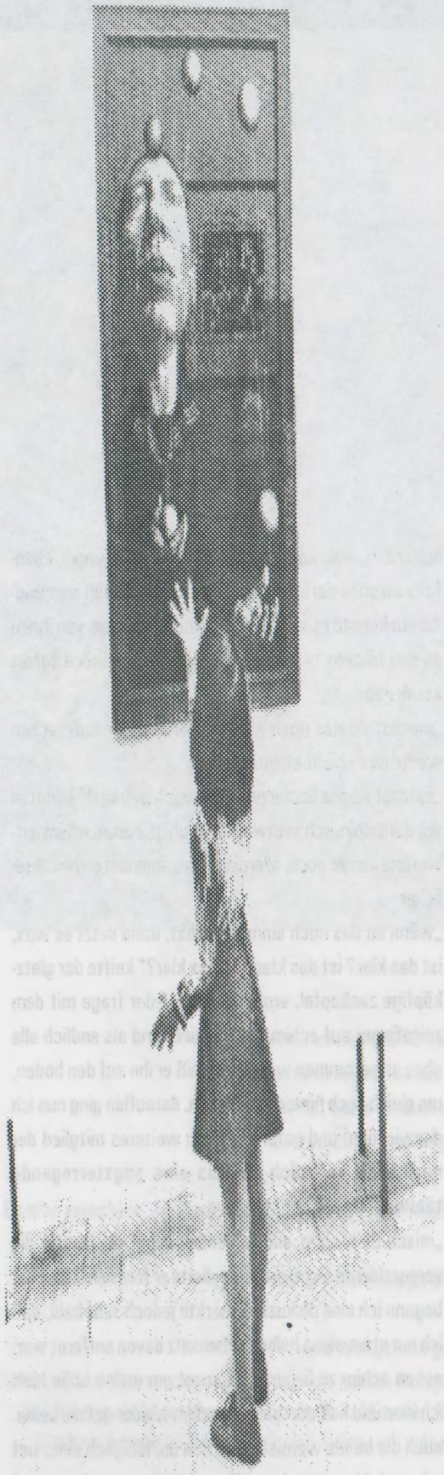
bücher

Libreria delle donne di Milano

Wie weibliche Freiheit entsteht

Eine neue politische Praxis

Orlanda Frauenverlag Berlin
1991
dt. Übersetzung von Traudel Sattler



Ich denke ja, das schlimmste, was einem buchzurezensierenden Menschen passieren kann, hat mich hier eiskalt an meiner verletzlichsten Stelle erwischt: ich weiß nicht so recht, was ich von der Arbeit von Libreria delle donne di Milano halten soll. Mein vorsichtiges Verhältnis zu diesem Druckwerk hat in den wenigen Monaten seines Bestehens schon mehr Stadien durchlaufen, als mir eigentlich lieb ist, so daß aus der Buchbesprechung weder bedenkenlose Empfehlung noch vernichtende Kritik wird, sondern irgendwas dazwischen. Ihr werdet schon sehen.

Hinter libreria delle donne di Milano stehen die Frauen des Mailänder Frauenbuchladens, die hier *„ein Stück Geschichte der Frauenbewegung, dargestellt an den Ideen, Theorien und Aktivitäten einiger Frauengruppen in Mailand von 1966 bis heute aufgeschrieben"* haben. *„Das Wesentliche ist nicht die Dokumentation sondern die Analyse der Frauenbewegung."*

Ausgehend von Selbsterfahrungsgruppen, die, als sich diese Praxis nicht mehr als fortschrittlich erweist auch mit Hilfe der Psychoanlyse arbeiten, soll es Frauen möglich gemacht werden, einen festen Platz in der sie feindlich umgebenden, männerdomonierten Welt einzunehmen, endlich sich selbst bewußt als Frauen wahrzunehmen und damit wirklich weibliche Politik zu betreiben. *„Es handelt sich nicht um Kultur und Gegenkultur, nicht um die Besetzung eines schmalen Rändchens der öffentlichen Meinung durch eine soziale Protestbewegung und auch nicht nur allein um den Slogan aus der Selbsterfarungszeit: Das Persönliche ist politisch. Die Geschichte der Psyche und der Aktivitäten eines Geschlechts nimmt dann einen befreienden Charaker an, wenn die Entwicklung autonome Frauenzusammenhänge möglich macht und gleichzeitig die Veränderung der Gesellschaft."*

Als Angelpunkt für diese Entwicklung wird hier die „sexuelle Differenz" zwischen Mann und Frau propagiert. Darin sehe ich einen der offensichtlichsten Kritikpunkte an diesem Buch, das mir aber nicht nur durch diese Formulierung streckenweise nicht nachvollziehbar und fremd blieb.

Der Begriff der sexuellen Differenz ist für mich vor allem deshalb problematisch, weil er einen innerhalb einer Gesellschaft zwei Lager schafft, die sich unvereinbar und in diesem Buch manchmal fast feindlich gegenüberstehen, und damit nicht die Möglichkeit läßt, jemals aus einem diesen tradierten Gefängnissen ausbrechen zu können, sondern die Teilung der Gesellschaft ein für allemal festschreibt. Um deutlich zu machen, was ich damit meine, muß ich vor der ausbrechenden Theoriediskussion, in deren Folge es in meinem Freundeskreis es beinah schon Tote beider Geschlechter gegeben hätte, und von deren Prozeß ich jetzt nichtsdestoweniger zehre, noch einiges über das Buch schreiben.

Wie anfangs erwähnt, soll das Buch eine Entwicklung nachzeichnen, die weniger bloßes Dokumentieren, sonder vordergründig Analyse ist. Da verschiedene Autorinnen beteiligt waren, spiegelt jedes der vier Kapitel ein Stück persönliche Meinung der Schreibenden innerhalb der gesetzten Schwerpunkte, von denen der der sexuellen Differenz alle anderen an Aufmerksamkeit übertrifft und innerhalb dessen sich die gesamte Darstellung bewegt. Besonderen Wert legen die Frauen darauf, daß das Buch nur insofern theoretisch ist, als daß es eine Praxis erzählt. Wichtig sind außerdem vor allem die Beziehungen zwischen einzelnen Frauen und in Frauengruppen, mit deren Wirkungsweise und Innenbeziehungen sich an verschiedenen Beispielen auseinandergestzt wird. Für die sowohl persönliche als auch politische Beziehung von Frau zu Frau finden die Italienerinnen den Namen „affidamento", was laut Übersetzerin soviel heißt wie: sich anvertrauen.

„In der Praxis bedeutet das, daß eine Frau, die sich eine soziale Existenz verschaffen möchte, sich eine andere Frau, welche für sie ein »Mehr« verkörpert als Vermittlungsinstanz zwischen sich und der Welt sucht. Anders als in der Politik der Emanzipation, wo die Frau sich an männliche Vermittlungs-

instanzen wendet." Das »Mehr« wird hier als Synonym für eine Frau (oder auch eine Gruppe) verwendet, die gegenüber der anderen ein symbolisches Vorbild ist und dadurch die Funktion erfüllt, die Mütter, laut Buch, nur gegenüber Söhnen, nicht aber gegenüber Töchtern erfüllen, nämlich die einer symbolischen Bezugsperson. Wenn ich hier ein wenig zu oft das Wort symbolisch/Symbol verwende, so liegt das ebenfalls an der Charakteristik des Buches, das diesen Begriff sehr oft verwendet, ohne ihn aber wirklich zu erklären, womit eine weitere Schwächen des Buches umrissen ist.

Es werden öfter solche unerklärt bleibende Begriffe verwendet, die mir teilweise ein wirkliches Verstehen unmöglich gemacht haben. Ein weiteres Beispiel dafür ist z.B. „das Gesetzt des Vaters", wovon ich zwar eine etwas verschwommene Vorstellung habe, die mich sofort weitere häufig gebrauchte, aber deshalb nicht zwangsläufig klarere Begrifflichkeiten wie Patriarchat assoziieren läßt. Ich muß zugeben, ich bin keine Expertin auf dem Gebiet feministischer Literatur, aber ich denke, daß es nicht unbedingt die Stärke eines Textes beweist, wenn an nicht unbedeutenden Punkten wesentliche Unklarheiten zurückbleiben, die ich als Leserin nur ziemlich unvollständig durch eine Art gefühlsmäßiges Wissen ausfüllen kann, das mich sicher lose mit vielen anderen Frauen verbindet, aber nur deshalb, weil ich mich dabei vielleicht Eigenschaften bediene, die Frauen im besonderen nachgesagt werden, wie verständnisvoll und einfühlend zu sein, ohne wirklich denken zu können. (Mit wirklich denken beziehe ich mich hoffentlich ausreichend auf meine eigenen Ansprüche an mich, nicht an die, die Männer als Maßstab für Denk - und Argumentationsweise oft anlegen.)

Die Kritik an Klischees, in die Frauen sich oftmals fügen, um dabei ihre Persönlichkeit außer acht zu lassen, unterscheidet mich noch nicht allein von den Autorinnen der Texte. Die selbst verlangen nämlich wie gesagt weibliche Symbole, die sie unabhängig von Männern nutzen wollen und meinen damit u.a. eine weiblich geprägte Sprache statt der männlich-neutralen.

„Aus dem Wissen um die sexuelle Differenz entstand das politische Projekt, die Beziehung des affidamento in das System der sozialen Beziehungen einzuführen, damit das weibliche Geschlecht in sich selbst die Quelle seines Werts und eigene gesellschaftliche Wertmaßstäbe finden kann. Grundlage des Projekts ist die Notwendigkeit einer Vermitlung, die das Zeichen des Geschlechts trägt. Es geht von der menschlichen Erfahrung der Frauen, von ihrer vergangenen Geschichte und ihren gegenwärtigen Bedürfnissen aus. Die Anfechtungen des neutral-männlichen Denkens können es nicht treffen, sie sind alle unproduktiv und enthalten keine neuen Aspekte."

Es wäre völlig unsinnig zu verneinen, daß die Gesellschaft, in der wir gegenwärtig leben von Männern dominiert ist, daß z.B. Gesetze nicht im wiklichen Sinne des Wortes neutral sind, wie die Autorinnen mittels der Diskussion ums Abtreibungs- und später um das Vergewaltigungsgestz im Italien der 70er Jahre aufzeigen wollen. Aber ich denke deshalb nicht, daß ich die Hälfte der Gesellschaft aus meinem Leben eliminieren sollte. Ich kann auch gut aus eigener Erfahrung nachvollziehen, daß es gut tut, sich innerhalb einer Gruppe von Frauen zu treffen, um über bestimmte Dinge ungestört von Männern zu reden, nahe Freundschaften oder Liebesbeziehungen zu Frauen zu haben und daß es oft sehr wichtig war und ist, mich eindeutig als Frau wahrzunehmen. Zu letzterem werde ich oft dadurch gebracht, daß ich zwangsläufig erlebe, daß mich einige Männer nicht verstehen (wollen), daß z.B. emotionalere, nicht unbestimmte Formen des Diskutierens in „Männerrunden" nicht akzeptiert werden, daß Frauen als „Quotenfrauen" mißbraucht werden als Abklatsch einer Emanzipationspolitik, die offensichtlich ihr Ziel verfehlt hat. Aber ich denke auch, daß sowohl das männliche als auch das weibliche Geschlecht zu einem großen Teil sozial erlernt sind, und vielleicht niemand so genau weiß, ob die nebulöse Vorstellung von der „Urmutter" als Sinnbild für das ewig weibliche und Quelle weiblicher Eigenschaften wirklich auf Tatsachen beruht. Zwar räumen die Italienerinnen die Unterschiedlichkeit von Frauen untereinander ein, aber trotzdem wird die sexuelle Differenz als eigener Begriff dadurch für mich nicht klarer. Worin besteht diese? Was soll ich denken und woran mich erinnern, um eine angeborene Differenz überhaupt finden zu können. Sicher gibt es eine Frauengeschichte und in verschiedenen Bereichen weibliche Tradition, die häufig von den Schwierigkeiten erzählt, die fortschrittliche Frauen in einer ihren Wünschen gegenüber verständnislosen und ablehnenden Umgebung hatten und haben, aber das alles sagt wenig über eine angeborene Differenz. Mich interessiert viel mehr, wieso tatsächlich diese Art männlicher Gesellschaft entstehen konnte. Mit dem Begriff der Differenz kann ich nicht sehr viel anfangen und ich denke nicht, daß für die Lösung der Geschlechterproblematik hilfreich ist.

Meine eher zwiespältige als durchweg ablehnende Haltung zum Buch der italienischen Frauen kommt vor allem daher, daß zwar wichtige Probleme angesprochen werden, die mich teilweise zum Nachdenken gebracht haben, daß ich aber die Umgehensweise damit nicht teilen kann. Dazu zählen die Auswirkungen geschlechtsspezifischer Erziehung, Idendifikationsprobleme für Frauen, die den scheinbar vorgeschriebenen und gesellschaftlich anerkannten Weg des Frauseins verlassen wollen, im Buch u.a. dargestellt durch die Ablehnung des Sorgerechts einer Mutter, das Problem männlicher Rechtsprechung und Gesetze, Auswirkungen von Gleichstellungspolitik (z.B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ohne daß Frauen ohne Hinweis auf ihr Geschlecht anerkannt und gefördert werden, ganz abgesehen von der Mehrfachbelastung Beruf- Haushalt-Familie sich als gleichwertig beweisen zu müssen), damit verbunden die Rolle von Frauen bei politischen Entscheidungen, Mitarbeit in gemischten politischen Gruppen, Beziehungen von Frauen untereinander, gewaltsame Auswirkungen männlicher Macht auf Frauen (z.B. Vergewaltigung) u.a.m.

erhältlich bei Bruchsteine

Rundumschlag durch den Leipziger Blätterwald

post.ruin 1 #3

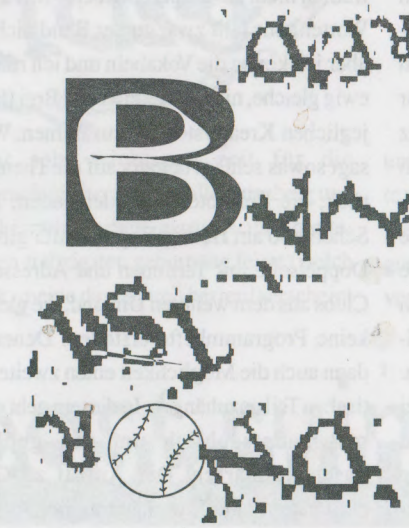
4 Mark

in einer sehr wichtigen zeit für die deutschprachige literatur, wo allen ginsberg und stephan hermlin sterben, martin walser hingegen seinen siebzigsten geburtstag feiert (welch symbolik, meine damen und herren!) erscheint nach fast einjähriger pause die dritte ausgabe des leipziger literaturmagazins POST.RUIN. deren vorwort verkündet munter, daß sich im gegensatz zu den ersten beiden heften einiges verändert hat, und in bezug zum folgenden noch weitere novitäten folgen werden. die wohl bedeutendste: das POST.RUIN soll thematisch zusammenhängende texte enthalten (in nummer 4 wird sich alles um den begriff „film" drehen). doch ich denke, das nun vorliegende heft kann dies ebenso bieten. sein inoffizielles thema lautet nämlich: wahnsinn. dieser zieht sich leitmotivisch durch nahezu alle texte, stets finden sich worte wie: „psychatrische klinik", „gummizelle", „verrückt", „karnevalsmaske", „nervenzusammenbruch", „narren", „jagdflinte", „phantastereien" oder „narrenschiff". hier und da wird sich auch konsequneterwiese blei ins bein oder in die mutter gejagt. erschrocken war ich allerdings über die entdeckung des unwortes auf seite 20, das da lautet: „bukowski". greift der boom des „leipziger veranstalters diverser geburtstagsparties" (wie es im CEE IEH über lesungen aus dem social-beat-kreise geheißen hat) auch auf das POST.RUIN über?
nur partiell. es gibt nämlich auch wirklich witziges zu lesen in dieser ausgabe, so zum beispiel ein gedicht über einen tisch und ein leserbrief. ferner befindet sich wieder ein theaterstück unter den texten, das wieder keines ist, dafür aber wieder sehr gebildet (mit antiken namen und so). es liest sich trotzdem schön. so ist die textauswahl (abgesehen von gattungsübergreifendem konzept) insgesamt sehr ausgewogen, was die stilistik angeht. „nur schreibversuche" zitiert arnold quast die erste nummer des literaturmagazins in einem nun abgedruckten interview mit dem feuilletonvoluntar h. w. rust, und weiter: „man muß schon die rahmenbedingungen berücksichtigen, in dem die autorinnen und autoren leben *(das sind studentische, anm. d. red.)* ...' freiheitlicher stuhlgang'."
mit seinem dritten heft gelingt es dem POST.RUIN ein stückchen mehr, sich bei leipziger rezipientinnen und rezipienten als institution zur veröffentlichung neuer textezu etablieren. einen weiteren schritt in diese richtung ist die ebenfalls dritte POST.RUIN-lesung am 5. 5. im plaque, industriestr. 97. dort spielen martin walser gegen charles bukowski im halbfinale der dritten offenen leipziger meisterschaften im textwandschießen.

Von außen sieht das Dresdener **Venceremos** aus wie früher, also autonomes Cover und der Preis von 2,50. Der Innenteil hingegen ist offensichtlich einer neuen gestalterischen Linie unterworfen worden. Poppiger, professioneller, lesbarer. Und auch inhaltlich hat die Märzausgabe mit den früheren jammergesängen gebrochen. Wer das Venceremos nur aus alten Tagen kennt, sollte sich vom Cover also nicht abschrecken lassen. Weinerliche Depressionen, die uns glauben ließen, die drei Gewohnheitsautonomen der sächsischen Landeshauptstadt, könnten wegen Dauerregens nur via e-mail in verdunkelten Räumen kommunizieren, fehlen völlig. Kündigt sich damit ein politisches Widererwachen der Dresdener Szene an. Venceremos gibt Hoffnung! Nachdem 1995 der 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Allierten mit bundespräsidialer Weihe zur Entschuldung von historischer Schuld umfunktioniert werden sollte, ist der 13. Februar 1997 nur ein lokales Ereignis gewesen. Hatten sich 1995 Gruppen aus Hamburg und Leipzig entschloßen, bei dem Spektakel auf eigene Faust den politischen Hintergrund zu thematisieren, nahmen dies dieses Jahr die DresdnerInnen selbst in die Hand. Die Diskussion um das laut Dresdener Polizei „nationalfeindliche Schweineplakat" („Ich scheiß auf euren nationalen Konsens") ebbt im Venceremos noch nach. Die Gegenargumente sind nicht neu: nicht alle Opfer hatten wirklich die Chance TäterInnen zu werden usw. Dem entgegen steht eine kleine Militärgeschichte Dresdens und die Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Geschichtsbild. (Für Menschen, die diesbezügliche Quellenangaben in der Zeitschrift benutzen wollen, sei noch angemerkt, daß „SZ" nicht wie üblicher Weise für Süddeutsche, sondern für Sächsische Zeitung steht.) Der Erfolg solch praktischer Aktionen kann im Nachhinein allerding vermießt werden, wenn die Grundregeln des Umgangs mit der Ordnungsmacht verletzt werden. Die Venceremosredaktion hat eine ganze Liste von Beispielen gesammelt, die anschaulich belegen, wie es nicht sein darf. Der Aufruf, keine Aussagen zu machen, egal was die Bullen dir erzählen, „böse" Aktionen nicht rumzuposaunen und sich zu überlegen, ob die Liste all der Leute, die dir mal ihre Adresse/Telefonnummer gegeben haben wirklich auf jede Demo mit muß, kann ja leider nicht oft genug wiederholt werden. Solche Probleme sind aber nmicht die ärgsten, mit denen sich die HausbesetzerInnen in der Stadt an der Elbe rumschlagen mußten. Dem AZ Conni war lange Zeit das Haus ganz abhandengekommen. Inzwischen haben die Gegenkulturellen ein neues Domizil und hochfliegende Pläne. Ein bißchen stolz sind sie auch auf sich, es doch wieder geschafft zu haben. Außerdem denken sie mit der jetzt überschüßigen Kraft, die Konsumkultur untergraben zu können. Zeitgleich müssen sich die

BesetzerInnen der Lutherstraße 33 ihre Vorliebe für Techno vorhalten lassen. Aus ihrem Haus ist zwar in den letzten zwei Jahren wieder ein Haus geworden, aber sind sie wirklich politisch? Oder ist das nur vorgeschoben? Und genügt ihr Zusammenleben den hohen moralischen Ansprüchen, die das Venceremos an sie stellt? Im Interview ließ sich das offensichtlich nicht klären, weshalb h.a.s. nochmal einen Absatz hinterhergeschoben hat. „Ich bezweifele für meinen Teil, daß Hausbesetzungen in den späten 90ern noch ein Mittel der Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft sind." So richtig fair ist das irgendwie nicht, aber vielleicht findet sich im nächsten Editorial ein Vermerk zu dieser Frage der „journalistischen" Ehre. Schließlich sollte „den eigenen Leuten" doch genauso viel Gerechtigkeit widerfahren, wie den politischen Gegnern. Die zahlreichen Antifarecherchen zu Skinkonzerten, neurechten Journalisten, strammrechten Ex-Bürgerrechtlern mit lukrativen Aufarbeitungsjobs und dem Politischen Aschermittwoch der DSU lassen nicht viel zu wünschen übrig. Quellenangaben untermauern die Analysen und laden ein zu politischer Arbeit, über die noch kaum etwas zu finden ist. Natürlich kann auch ein Thema wie Castortransporte nach Gorleben an einer Zeitschrift diesen Zuschnitts nicht vorbeigehen. Die entsprechende Seite rührt zu Tränen, die das schlechte Gewissen, nicht genauso intensiv für die Auflösung von Morsleben zu kämpfen, vielleicht etwas beruhigen können. Kontrovers sind sicher die Artikel zum Modrow-Prozeß aus DDR-Bürgerrechtsperspektive und Veganismus als Waffe?. Wieso der Modrow-Artikel für die redaktion so problematisch war, ist nur schwer nachzuvollziehen. Modrow sollte nicht einfach so von seiner Verantwortung als SED-Bezirkschef von Dresden reingewaschen werden, auch wenn die Bejubelung des „Freiheitswillens" der DDR-BürgerInnen in ihrem Pathos etwas nervt. Veganismus als Waffe? hingegen strotzt von der Radikalität Ein Veganer!s und kümmert sich eigentlich nur darum VegetarierInnen für ihre Inkonsequenz anzupissen. Da gehen dann Tiere auch gleich mal als Teil der Gesellschaft durch, damit sich die Unity of Opression These leichter herleiten läßt. Nicht gerade übrzeugend. Ganz zum Schluß finden sich dann noch zwei Beiträge, die irgendwie aus dem gewohnten Rahmen fallen. Die Jugend im Judentum verweist dabei besonders auf Dresden und die BRD und ist eher ein Anstoß als eine Behandlung des Themas, und einen Beitrag über „Universalistischen Geschichtstheorie" von Khella(?).

Erstmal kurz was positives zum **Cee Ieh** 4/97: Das Titelbild rockt. Am ersten Mai den Faschos die Straße nur in Einzelteilen zu überlassen, rangiert mit ganz vorn unter den BewerberInnen für die Krönung zur besten Einzelaktion zur Verhinderung des Naziaufmarsches. Und nun zum bedauerlichen: Der Kulturteil der kostenlosen Zeitschrift lutscht gewaltig. Namedropping, Namedropping und nochmals Namedropping, daß hält kein Mesch aus. Einziger Lichtblick, die Ankündigung von Stereo Total mittels eines geklauten Artikels aus der Zeit. Ansonsten liegt das literarische Niveau am Boden. Selbst Hoffnungsträger wie Sebastian scheinen ausgelaugt und nicht mehr in der Lage uns die moderne Kultur ans Herz zu schreiben. Damit schießt sich der Werbecharakter für innovative Kultur selbst ins Knie. Wer nicht drin ist, kennt auch die zig tausend Namen, der beachtlichen Popgrößen der jeweiligen Szene nicht. Warum also hingehen? Die spärlichen Soundbeschreibungen schreien zum Himmel: „Der Sound den SCORN erzeugen, verbindet aufs Erquicklichste Technologie und organische Rythmen mit einer, salopp ausgedrückt, Dreckigkeit, wie sie nur bei deratigem Background entstehen kann, was nun nicht heißt, daß LoFi Maßstäbe etwa bei der Produktion anzusetzen wären. Hier wird eine Düsternis und Weirdness gepflogen, wie sie derzeit auch in dem sich immer rassanter entwickelnden Drum´n´Bass Sounds zu finden ist, ohne jedoch immer schon auf der fast kranken Suche nach neuen und radikaleren Bässen und Subbässen zu sein, wobei besagte Subbässe freilich nicht ausgespart bleiben." Mit anderen Worten, mir fällt zwar zu der Band nichts ein, aber ich kenne die Vokabeln und ich rühre den ewig gleiche, nichtssagenden und Brei (frei von jeglichen Kreativstoffen) zusammen. Wie gesagt sowas schlägt negativ auf die Themen zurück, die PromoterInnen der neuen, heißen Scheiße so am Herzen liegen. Dafür gibts eine Doppelseite mit Terminen und Adressen von Clubs aus dem weiteren Umland, die gleich gar keine Programmhefte erstellen. Denen fehlt dann auch die Möglichkeit einen zweiten politischen Teil anzuhängen. In diesem geht es diesmal hauptsächlich um den geplanten Faschoaufmarsch. Der Aufruf zu Gegenaktivitäten, eine Einschätzung der Antifa im Zusammenhang mit dem Aufmarsch der Faschisten in München gegen die Austellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" und ein Text der beides verbindet. Zusammen 13 Seiten. Zweiter Schwerpunkt ist „Ein Fußballreferat", das uns als interaktiver Text angekündigt wird, was aber nur bedeuten kann, daß der Autor, diese hippe Vokabel mag, denn sonst ist nicht viel mit Interaktion. Eher schon trifft es der Begriff Referat mit seiner wissenschaftlichen Muffigkeit. Da ist kein Leben drin. Aber auf jeden Fall gegen Faschos, so daß für das Prädikat „politisch korrekt" nur fehlt, daß in einer überarbeiteten Fassung der positive Bezug auf „männerbündische Bierfahrten" durch einen distanzierteren Blick ersetzt wird. Ernster ist da schon die Fördermittelsituation des Conne Islands. Im Heft ist eine verpuffte Aktion dokumentiert. Wie der konsumierende Haufen, aber seine Fähigkeiten und Masse einsetzen kann, um daß Wasser nicht bis zum Hals steigen zu lassen, bleibt ebenso im Dunkeln, wie der aktuelle Wasserstand. Nur für Fans: Bei Ralf sind diesmal die Fußnoten länger geraten als der eigentliche Text über Biotechnologie. Die Lesbarkeit ist durch eine hohe Zitatdichte gegeben, und wahrscheinlich hat nicht nur Ralf die Bedeutung dieses Themas bisher unterschätzt. Wer also eine gute Literaturzusammenstellung sucht, ist hier an der richtigen Stelle. Ach so, Das Letzte steht natürlich immer noch hinten.



Abfahrt Babelsberg, ORB.

Studio. Anhaltender enthusiastischer Eröffnungsbeifall. Bla,Bla..., Hans-Joachim Wolle zeigt, daß es ihn auch noch gibt, trauert etwas den alten „Außenseiter Spitzenreiter"-Zeiten hinterher, und meint be-treffs seines Ausstieges aus dem Langweiler, daß er nicht so gut Schlittschuh laufen könnte. (Anspielung auf Christine Erhard) Und schon geht's zum Thema:

Man sieht immer mehr Promi's in den Stadien. Täusche ich mich da, oder war das schon immer so?

Edgar Külow:...Promi's haben sich schon immer für Fußball interessiert. Du mußt als Promi Fußballfan sein. Ein Schauspieler kann sich nicht hinstellen und sagen: „Fußball ist für mich ein... ,nee, da interessier' ich mich nicht dafür". Das kann der sich gar nicht mehr leisten.

Ich selbst verstehe ja vom Fußball auch viel mehr als von der Kunst. Das liegt daran, weil ich ja von klein auf immer auf dem Fußballplatz gewesen bin, in Leipzig bei Chemie draußen. Die kennt ihr ja alle gar nicht mehr (zu Henry). Aber ihr habt ja jetzt 'nen Trainer der das alles richtet...

Wie war das denn damals, als sie noch selber gespielt haben, als Kind?

Edgar Külow: Wie wir damals Fußball gespielt haben, das siehst du ja heute gar nicht mehr. Das Ding kam steil von hinten. Mich nannten sie ja damals den roten Blitz. Ich ging rechts an der Linie entlang, ließ den Verteidiger stehen, ging bis an die Eckfahne, dann kam butterweich die Flanke 'rin. Am 16 Meter kam sie runter. Was denks du denn, wer da schon stand? - Ich!- Und dann, aus der Lage, hau ich den rein, du! Da weht's dem Tormann aber die Pfoten weg! Das siehst du ja heute gar nicht mehr. Ede, siehst du das heute noch?

Ihr eigentlicher Leib- und Magenverein ist ja so ein ganz kleiner, ich glaub' der heißt amtlich Einheit zu Pankow...

Edgar Külow: Nein! „VfB Einheit zu Pankow".

Warum?

Edgar Külow: Ja, wozu? Sie können auch sagen „Einheit in Pankow"., „ Zu", verstehst du? Es gibt ja auch viele Leute, die sagen „von Beethoven". Der hieß auch van, heißt aber auch von! Verstehste? Is das Selbe hier: „Zu, In, Bei", kannst du alles dazu sagen.

Sie sponsern ihren adligen Fußballverein ja auch. Da gab's Geschichten, Sie hätten denen schon hunderte Kisten Bier 'rübergereicht, wenn die mal gewonnen haben, Tausende Mark...

Edgar Külow: Ich schieb mal 'nen Kasten 'rüber. Und den trinken sie dann auch nach dem Spiel.

Aber Sie sind noch nicht am Bettelstab?

Edgar Külow: Wir sind ein ganz feiner, armer Verein. Und da sind wir schon beim Geld!

Wenn du heute kein Geld hast, kannst du nicht gewinnen. Ede (Geste zu Ede), wenn du kein Geld hast, kannste nicht gewinnen.

Zur ersten Fußball Bundesliga und damit zu Hansa Rostock, zu dem Herrn Präsidenten Herrn Diestel. Herr Diestel, mit so einem kleinen Dorfverein würden sie sich nicht mehr abgeben, nö?

Peter Michael Diestel: Doch gerne. Weil da die Aufgaben interessant sind, weil man da eben nen Kasten Bier 'rübergeschoben 'kricht.

Was kriegt man bei Hansa 'rübergeschoben?

Peter Michael Diestel: Man kriegt mal 'ne Schelle, mal ein freches Plakat und dann kriegen Sie mal'n Ärger. Das ist eben im Erstligafußball der Fall. Er hat das Glück in einem kleinen Verein und ich muß nur Geld 'ranschaffen, Geld 'ranschaffen, Geld 'ranschaffen.

Da sind wir ja richtig traurig. Aber Sie machen doch richtig was her. Da haben Sie ja auch so ein schönes Lied. Das hören wir uns jetzt mal an.

Einblendung der Hansa Hymne von den Puhdys. (erste Strophe: „Wer hat den schönsten Präsident...", mit Refrain „FC Hansa") Ausblendung-Beifall

Mal ehrlich, ist das nicht etwas zu viel der Ehre?

(Anspielung auf den Text)

Peter Michael Diestel: Also die Puhdys haben mir da ein Ding gedreht mit dieser Textzeile. Ich habe denen da nicht den Auftrag gegeben. Ich hab nen großen Scheck rüber gereicht für eine Hymne. Die haben damals übrigens mit Damara Tanz um die Wette geschrieben, aber sie waren schneller die Puhdys, und das ist dabei raus gekommen. Ich bin froh, daß es eine der wenigen Fußballhymnen ist, die sich durchgesetzt hat.

Bleiben wir mal bei der Schönheit, Herr Diestel. Seit wann hat Schönheit beim Fußball eine Rolle gespielt?

Peter Michael Diestel: Ich finde mich ja auch nicht schön! Das haben ja andere gesagt. Wenn Sie mich früh um sechs sehen würden, würden Sie an mir vorbei gehen und sagen: „Was lassen die heut zu Tage hier rein in die Schlafzimmer?".

Na mal ehrlich, wenn man sich das so anschaut als Frau...

Peter Michael Diestel: Ich bin ja keine Frau.

Ich rede ja jetzt von mir. Also, wenn man sich als Frau so ein Fußballspiel anschaut, dann fragt man sich, „Warum müssen die in solchen Pluderhöschen da 'rumrennen, mit diesen Kniestrümpfen und diesen bedruckten Unterhemden?". Ich frage mich, hat das was mit Schönheit und Ästhetik zu tun?

Peter Michael Diestel: Also Fußball schon. Der kann sehr ästhetisch sein. Wenn sie unseren Schwarzen sehen, den Akpoborie, wenn der da durch das, äh..., durch diese geradlinigen, großen, deutschen Fußballer durchmarschiert, das ist schon was sehr Ästhetisches.

Aber Hansa Rostock will nun nicht nur das Äußere haben von ihnen?

Peter Michael Diestel: Nein!

Für mich war wichtig, den Verein zusammen zu halten und wirklich Geld ran zu schaffen, auch wenn das heute etwas anrüchig klingt. Es ist ganz wichtig, daß ein ostdeutscher Verein, eben stabil wirtschaftlich geführt wird, daß da einer oder eine Gruppe das Sagen haben muß.

Aber warum ein Fußballverein? Sie hätten doch auch zu einem Anglerverein gehen können, da hätten Sie mehr Mitglieder gehabt.

Peter Michael Diestel: Dann hätten Sie mich nicht eingeladen heute abend. Das ist der Punkt. Damals wollte mich in der Politik keiner mehr haben. Die haben mich für doof gehalten komischerweise. Und da hab ich gesagt, du machst einen deutlichen Schritt aus der Politik heraus zum Fußball. Ich hatte damals zwei Klubs, die mich wollten als Präsidenten und Rostock hab ich mir ausgesucht, weil ich da als Kind schon Fußball erlebt habe. Das paßte auch in meine anwaltlichen Tätigkeiten rein. Ich habe da auch ein Büro eröffnet...

Also alles wirtschaftlich schön verquickt... Sie sind ja aber auch immer noch irgendwie in Fernsehsendungen zu sehen. Bereiten Sie sich jetzt schon wieder den Sprung in die Politik vor? Bei so vielen Ex-Geschichten, die so vor ihrem Nahmen stehen, damit können Sie ja schon handeln, oder?

Peter Michael Diestel: Aber Sie müssen doch die anderen in der Politik mal sehen, wie viele Sportvereine die saniert haben, und wie oft die deutsche Einheit gemacht haben, oder ähnliche Dinge...

Welche Partei würden Sie denn sanieren wollen?

Peter Michael Diestel: Ach ich würd' schon bei meiner ganz gern mal an

fangen. Ich habe ja die Christdemokratische Union im Herzen, die hab ich ja tief im Herzen bei mir, und...

Sie sollen nicht lachen dabei, wenn ich so etwas sage!

Ich lache nicht!

Gelächter

Sind ihre Methoden denn da auch brachial? Ich meine, im Fußball geht's ja auch hart zu...

Peter Michael Diestel: Leistungsorientiert und damit auch brachial, anders geht's ja auch nicht.

Herr Diestel, nun gibt's ja Querelen im Vorstand...

Peter Michael Diestel: Im Vorstand nicht! Da gibt es diesen einen und anderen, der meint, den einzig sanierten ostdeutschen Verein auch führen zu können, und das ist ein völlig normaler Konkurrenzkampf. Ganz normales

Gerangel.

Wenn Hansa Rostock absteigen sollte, steigen Sie dann aus?

Peter Michael Diestel: Nein. Ich bin im Januar für drei Jahre gewählt worden, und das würde ich davon auch nicht abhängig machen. Ich würde erst aufhören, wenn man meine Ideen, meine Konzepte, meine Kraft nicht mehr braucht, wenn es einen Besseren gibt, damit ich dann endlich mal das machen kann, von dem ich wirklich was verstehe, nämlich Politik oder Anwalt der Partei.

Vom Präsidenten zu einer Frau, die sich auf ganz andere Art qualifiziert hat fürs Thema, als wundervolle Schauspielerin, ganz berühmt geworden durch ihre Rolle als „Solo Sunny", als Sängerin im gleichnamigen Film. Die Filmschuhe von damals stehen heute im Filmmuseum, und werden

da genauso gehütet, wie der Koffer von Marlene Dietrich. Vor einem Jahr, genau vor vier Jahren, da spielte sie die Hauptrolle in „Nordkurve“: Der Deutsche Fußballfilm! Renate Krößner!

Beifall, Filmausschnitt

Wie war das denn so bei den Dreharbeiten im Stadion?

Renate Krößner: Es war ja nun nicht voll, sondern es war nur die Seite besetzt, die für die Filmaufnahmen voll sein mußte. Es war alles simuliert. Es spielte ja kein richtiges Fußballspiel, und als dann die ganzen echten Fans, die da saßen, die dafür engagiert wurden, dann also auf Kommando ihre Begeisterung da losließen, da dachte ich schon, das kann einen mitreißen. Kalt lassen würde mich das, wenn ich da sitze, nich! Allerdings habe ich das dann später auch noch mal nachempfinden können, vor dem Fernseher. Ich habe mir im vorigen Jahr zufällig, also ich bin kein Fähn, dieses Länderspiel angeguggt. England-Deutschland war das glaub' ich...

Hm,Hm!

Renate Krößner: ...und dieses spektakuläre Tor von diesem Oliver Bierhof gesehen. Und da dachte ich, och: „Mensch hat das 'ne Schönheit! Also, da war ich wirklich irgendwie ganz mitgerissen in dem Moment, habe aber auch nicht so eine andauernde Leidenschaft dadurch.

Hat er für Sie dann doch so eine erotische Ausstrahlung, der Fußball? Tatjana hat es ja vorhin gesagt, sie findet es total unerotisch. Hat er die dann für Sie doch?

Renate Krößner: Es gibt ja viele Dinge, denen man Erotik abgewinnen kann, wenn man sich nur genug drauf einläßt. Auf jeden Fall habe ich gedacht, da steckt eine Power dahinter, die einen schon irgendwie hochtreiben kann...

Wir haben die Prinzen ja schon singen gehört, das können sie mit Bravour, nun wollen wir allerdings auch wissen, welche Beziehungen haben die Guten nun eigentlich zu Fußball. Und da haben wir mal paar Beobachtungen getätigt.

Einspiel: Prinz Henry singend auf der Bühne und fluchend auf dem Dammsitz im Kunzesportpark. - Beifall

Henry Schmidt! Das war jetzt kein Doppelgänger oder?

Henry: Nee, das war ich wirklich. Das ist aber schon 'ne Weile her. Da war ich noch nicht Vizepräsident. Ich muß mich da ja jetzt etwas zügeln, ich versuch' es zumindest. Ich such' mir auch 'ne Ecke im Stadion, wo mich nicht allzuviele sehen, weil die Nervosität und die schweißigen Hände vor dem Spiel, sind nach wie vor da, auch wenn es im Moment in unserem Verein nicht um so viel geht. Für mich ist das ein Unterschied, ob ich in die Oper gehe, ins Theater oder zum Fußball. Ich bin nicht der Typ, der sich da entspannt zurück lehnen kann, dann unwahrscheinlich analysiert und ganz wichtige Sprüche macht. Ich leb' das irgendwie, geh da auch schon sehr lange hin. Ich denke schon, daß ich einigermaßen weiß, worum es geht und die ich da beschimpft habe in diesem Filmstück, das war die eigene Mannschaft.

Also der FC Sachsen.

Henry: So viele Fehlpässe, das geht gar nicht.

Ich weiß gar nicht, ob der Herr Geyer da bei uns noch Trainer war... Ach, das hab ich jetzt vergessen: Als du Trainer warst bei uns, gab es keine Fehlpässe.

wohlwollendes Gelächter

Wie kommt eigentlich so ein Prinz zu so einem erdigen Arbeiter

verein ?

Henry: Mein Papa hat mich damals, als ich vier war, mit zum Fußball genommen und das war Chemie Leipzig. Und das ist dann so geblieben. Das war in der ganzen Familie so. Mein Eltern haben damals noch die goldenen Chemiezeiten miterlebt, was vorhin der Herr Kühlow schon ansprach, 64 die Meisterschaft und 66 den Pokalsieg. Ich hab auch schon als Kind immer die alten Programmhefte durchgeblättert und mir viel erzählen lassen. Da gibt es ja auch Filme und Bücher drüber, Leutzscher Legende von Jens Fuge, bestimmt bekannt...

Prinz Sebastian: Wir sind ja in der letzten Zeit alle so ein bißchen zu Fans mutiert. Nicht unbedingt durch ihn, sondern weil, Fußball ist ja auch allgemein ziemlich entertainmentmäßig geworden in letzter Zeit, wie's überall verkauft wird.

Aber es gab schon irgendwie Anwerbversuche, so unter dem Motto: Jungs kommt mit in den Verein, stärkt die Kasse...

Henry: Bei Tobias hab ich's geschafft. Ich weiß nicht, wieviel er damals schon getrunken hatte.

Sebastian: Kannst du das beweisen?

Prinz Tobias: ...zufällig dabei... holt den grün-weißen Mitgliedsausweis aus der Tasche. Gelächter.

Ich kann zwar das Spiel nicht durch originelle Zwischenrufe bereichern, aber dafür habe ich 143 Mark bezahlt, also für ein Jahr.

Henry: Die hab ich dir ausgelegt. Gelächter

Da gibt's also überhaupt keine Schwierigkeiten, wenn Henry sagt, da hab ich Spiel, da muß ich hin, Terminschwierigkeiten?

Sebastian: Die Touren werden immer nach den Spielen geplant. Einzelner weiblicher Lacher.

Henry: Als ich gewählt wurde, habe ich auch immer allen gesagt, daß ich in erster Linie Musiker bin bei den Prinzen und der Terminkalender sich schon danach richtet. Aber es bleibt doch eine ganze Menge Zeit übrig für Sponsorengespräche und am liebsten gucke ich mir auch Nachwuchsspiele an, F1 bis A-Jugend. Da geht's noch sehr ehrlich zu. Da gehts wirklich nur um Sieg oder Niederlage.

Wollt ihr nicht auch mal irgend eine Hymne für König Fußball machen?

Henry: Ich finde, daß das immer eine sehr kurzfristige Sache ist, so eine Fußballhymne. Gerade die Hansahymne, die ich sehr mag und schätze, gerade weil wir auch so verkappte Puhdysfans sind. Aber wenn jetzt gerade Hansa doch zu kämpfen hat um den Klassenerhalt, denke ich, daß eine Hymne mit „Wir sind die Größten und wir schießen so tolle Tore" immer sehr gefährlich ist in der Beziehung, weil man die immer aus einer gewissen Euphorie heraus schreibt. Wenn wir singen „Dieses Jahr steigen wir auf" und jetzt sind wir Zehnter, oder Achter, Entschuldigung, wer soll sich die Hymne anhören?

Eduart Geyer sitzt hier noch völlig ruhig und gelassen am Tisch. Ganz Brandenburg schaut ja derzeit auf sie *(Anspielung aufs Pokalmätsch Kotzbus gegen Karlsruhe)*. **Wie haut das mit dem Druck so hin, wie gehen sie mit dem Streß um?**

Ede Geyer: Wir haben doch keinen Druck. Wir müssen ja nicht gewinnen. Wir sind krasser Außenseiter.

Filmeinblendung: Geyer tänzelnd vor der Trainerbank

Als Trainer hat man immer zwei Gesichter. Wenn ich als Trainer trainiere, dann muß ich vorne weg gehen: Ich will immer gewinnen und die Mannschaft soll das auch. Man muß den Spielern anerziehen, daß man immer gewinnen will. Wenn ich hier in dieser Runde bin, bin ich

privat, erzähle über meine Arbeit oder über Dinge, die mich berühren. Aber ich denke schon, daß man Arbeit und Freizeit, oder sagen wir mal so eine Talkrunde, trennen kann.

Wenn sie mal die vielen Jahrzehnte Fußball, die sie so hinter sich haben..., was ist so die Leidenschaft Fußball für Sie?

Ede Geyer: Die Leidenschaft, die kommt daher, daß man so ein Erfolgserlebnis mit dem Kollektiv, mit der Mannschaft auslebt und das ist ja das Schöne. Wenn ich ein Fußballspiel sehe und die schießen ein Tor und freuen sich dann so darüber, emotional, werfen sich übereinander, dann habe ich auch manchmal noch 'ne Gänsehaut, weil ich nachvollziehen kann, wie die Freude sein kann und so weiter. Man hat ja immer wieder über die FIFA und UEFA versucht, diese Ausbrüche einzudämmen, aber ich halte das absolut für Quatsch. Diese Emotion muß einfach da sein, die gehört zum Fußball.

Sie waren ja der letzte DDR Nationalmannschaftstrainer, als sich andere schon davon gemacht haben. Sie haben damals gesagt, der DDR Fußball hätte viel erfolgreicher sein können, wenn da nicht so viel 'reingeredet worden wäre, wenn's da nicht so viel Funktionäre gegeben hätte, die alle Bescheid gewußt haben. Was mich verwundert ist, daß gegenüber Künstlern und Schauspielern ganz wenige Fußballer in den Westen gegangen sind. Waren die DDR Fußballer bequemer?

Ede Geyer: Das ist jetzt 'ne Frage, die kann ich aus meinem Blickwinkel nich nachvollziehen. Ich hab keine Verwandten im Westen gehabt. Ich hatte nie das Bedürfnis abzuhauen.

Renate Krößner: Viele sind ja nicht in den Westen gegangen, weil sie gesagt haben, „Hier können wir nich mehr". Ich möchte sagen, „Hier dürfen wir nicht mehr" war die Frage. Das ist ein Unterschied.

Ede Geyer: Wir waren ja als DDR Fußballer auch nicht so begehrt, wie vielleicht Italiener oder andere Fußballer. Der Fußball wurde ja in der DDR unheimlich herunter gespielt. Er war ja ein Politikum. Er durfte existieren, aber er spielte eigentlich keine Rolle. Olympia wurde abgerechnet nach Medaillen und der Fußball kostete ja immerhin für jeweils zwanzig Mann einen Haufen Geld. So hat man den immer auf Sparflamme gehalten.

Die Prinzen haben das ja auch gesagt: Der Fußball, wie er heute aussieht, ist ein Spektakel geworden und es wird vieles hinein interpretiert, was gar nicht da ist. Wenn ich mir manchmal Fußballspiele angucke, sage ich, das hat nichts mit Fußball zu tun. Das kotzt mich als Fußballehrer an. Aber die ran-Sendung macht Fußball draus, schneidet Szenen raus. Ich kann mir Fußball manchmal besser vorstellen.

Was nervt Sie denn besonders?

Ede Geyer: Nu, daß es in Deutschland erstens zu wenige kreative Fußballer gibt und überhaupt gibt es wenige Fußballer, die ein 1:1 auflösen können, also einen Gegner umspielen, die fintenreich sind. Es wird eigentlich mehr Fußball abgearbeitet. Das betrifft die Nationalmannschaft genauso wie die anderen Mannschaften.

Henry: Wenn es so wenig kreative Fußballer gibt in Deutschland, dann ist es doch eigentlich ein Schlag für den europäischen Fußball, weil Deutschland Europameister geworden ist. Das ist mir als Nichtfußballehrer dann ein Rätsel!

Ede Geyer: Ja, mir isses och manchmal ä Rätsel. *Gelächter*

Die Unterschiede sind ja sehr sehr gering. Ob man nun England nimmt, Italien

oder so. Man braucht nur das Spiel gegen Italien nehmen, die verschießen einen Elfmeter und das hat eigentlich die Weichen gestellt für den Sieg *(den deutschen)*. Das hängt alles unheimlich zusammen und Deutschland hat eben am nüchternsten Fußball gespielt, haben die wenigsten Fehler gemacht und sind am Ende verdienter Europameister geworden. Aber wirklich, ich kann mir Fußball schöner vorstellen, wie er sagt, er schaut sich die Fußballspiele der Kleinen an. Da sieht er wenigstens mal 'ne Ecke, paar Freistöße, paar Torszenen. Es gibt Bundesligaspiele, da gibt es zwei Ecken im Spiel und zwei Torchancen und ich schlafe auf der Bühne ein.

Edgar Külow: Da fällt mir was zum Damenfußball ein. Vor vielen vielen Jahren saßen wir damals in der FUWO und der Henning Frenzel, unser bekannter, unser Nationalspieler *(Lokist)*, der wurde gezwungen eine Meinung zu äußern, zu diesem Frauenfußball. Das gab es da mals. Und der sagte, er hält den Damenfußball für das Dümmste was man sich vorstellen kann und er sei gegen Damenfußball. Damen sind gar nicht geeignet für Fußball und alles so was. Und das wurde auch gedruckt in der Fußballwoche. Also unser Henning Frenzel (Lokist), der stellt sich hin und sagt das! Und das ist mir furchtbar schlecht aufgestoßen, weil ich auch ein alter Liebhaber vom Frauenfußball bin. Die Damen spielen einen herrlichen Fußball, wer sich für die Ästhetik des Spiels interessiert, das ist wie bei den Männern: schnell, hart, technisch gekonnt, *(Gelächter)*, machen Tote und lassen sich auch gar nicht zu solchen Dingen hinreißen, die Männer so lieben *(boxt Hans-Joachim Wolle gegen die Schulter)*. Das ist alles ein bißchen feiner.

Ede Geyer: Ich merke das auch. Die Frauen kopieren die Männer unheimlich.

Das lassen wir doch gleich mal überprüfen! Ich begrüße die Damen von Turbine Potsdam...

Beifall

Wer von den beiden Experten hat denn nun recht?

Sie, von Turbine Potsdam: Ick glaube, wir sollten doch mal aufhören die Frauen mit den Männern zu vergleichen. Frauenfußball ist eine ganz eigene Sportart. Wenn Herr Geyer meint, die Frauen kopieren die Männer, dann ist das ziemlich klar, weil immer nur die Männer im Fernsehen gezeigt werden und den Frauen kein weibliches Vorbild gestellt wird.

Was ist nun das Besondere am Frauenfußball? Worin unterscheiden sich die Frauen, wo sie sagen: Da sind wir anders?

Sie, von Turbine Potsdam: Zum einen ist bei uns ja gar nicht das Geld drinnen, das bei den Männern ist. Es ist gar

kein Wirtschaftsunternehmen. Wir sind im Team auch, glaub' ich, ganz anders untereinander. Männer machen sich unheimlich an, auf dem Platz. Ich weiß auch gar nicht, ob es da noch um Kameradschaftlichkeit geht, um ein Miteinander. Darum geht's bei uns noch viel mehr. Ich glaube, wir sind ein Team und wir sind auch befreundet untereinander.

Peter Michael Diestel: Ich hab noch nie Damenfußball gesehen. Wenn die Dame mich mal einläd', ich würde auch mal hinkommen.

Hans-Joachim Wolle: Ja, die sind ganz lieb. Die haben mir erklärt... Ich weiß jetzt auch, was jetzt Abseits ist. Ich weiß das jetzt!

Und das hier sind Spieler des Berliner SSV Vorspiel, das heißt so viel wie schwuler Sportverein. Die versuchen seit Jahr und Tag aufgenommen zu werden, vom Fußballverband und der sagt immer Nein! Wie begründen die Funktionäre das denn?

Norman: In erster Linie spielen wir natürlich erst einmal. Wir haben uns 1992 bemüht in den Berliner Fußballverband rein zu kommen. Damals waren die Herren ein bißchen indigniert (peinlich berührt) und haben mit Bezug auf das Urteil des Kammergerichts, was damals den Leichtathletikverband aus dem Berliner Sportverband ausschloß, Bezug genommen, daß der Name geeignet wäre, den Verbandsfrieden zu stören. Das fanden die anrüchig. Da kursieren dubiose Vorstellungen darüber, was bei uns unter der Dusche passiert. Ich muß ihnen aber zu gute halten, daß sie uns bei den Schwullesbischen Eurogames hier in Berlin mit Kräften unterstützt haben. Da hat sich schon was verändert in den Jahren.

Habt ihr eigentlich schon mal in so einem Heterosexuellen Sportverein gespielt?

Er: Ja ich habe jahrelang in der Jugend bei Stahl Riesa gespielt. Es war eigentlich nicht schlecht da zu spielen. Das Problem ist nur, man kann da nicht sagen, oder es ist schlecht zu sagen, ich bin schwul. Da reagieren die Leute anders als bei Schwulensportvereinen. Da ist eine Kameradschaft untereinander, man hat eine Gemeinsamkeit.

Wer in Deutschland nun nicht im Verband ist, der kriegt keine Punktspiele. Wie macht der SSV das?

Norman: Es geht ja auch um die Plätze, um die Mittel, Sportförderung und dazu ist es auch notwendig in einem Verband angeschlossen zu sein.

Was ist sozusagen bei euch anders an der Spielweise, an den Ritualen?

Er: Es ist nichts anders. Es ist überhaupt nichts anders.

Norman: Ich denke spielen unter Schwulen ist schon etwas Besonderes, und hat vor allem etwas mit den Erfahrungen im Sportunterricht zu tun. Also, daß manche Männer dort sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben, schlechte Erinnerungen an ihre Schulzeit haben, und deshalb Berührungsängste haben.

Nun ist es in der Berliner Schwulen Szene angesagt, mit Hansa Rostock T-Shirts zu gehen. Die kosten im Handel immerhin hundertzwanzig Mark. Ist da was dran und wenn ja, warum?

Norman: Vielleicht liegt's ja auch an Herrn Diestel... *(Gelächter)*

Peter Michael Diestel: Ich höre die Problematik so zum ersten Mal. Ich wußte nicht, daß man sich so auch organisieren kann. *(Gestöhne)* Nein, ich meine das ohne Hintergrund! Ich würde in meinem Verein, wenn ich einen schwulen Fußballer hätte, alle Bedingungen schaffen, daß der bei mir Fußball spielt, daß der bei mir völlig normal seinem Sport nachgehen kann, und daß ich seine Talente nutzen kann für den FC Hansa Rostock. *(Verhaltenes Gelächter).*

Herr Wolle darf zum Abschluß noch die Gewinner des Preisausschreibens ziehen für ein Opernkonzert. Die Karten werden aus einem Glückshut gezogen. Wolle liest die Adressen vor. (unterdrücktes Gelächter).

Hans-Joachim Wolle: Den Hauptpreis gewinnt Reinhard, nein, Reinald Leier, Lauchhammer!

Herr Leier, sie bekommen von uns eine Frühlingsreise von L-Tour, herzlichen Glückwunsch.

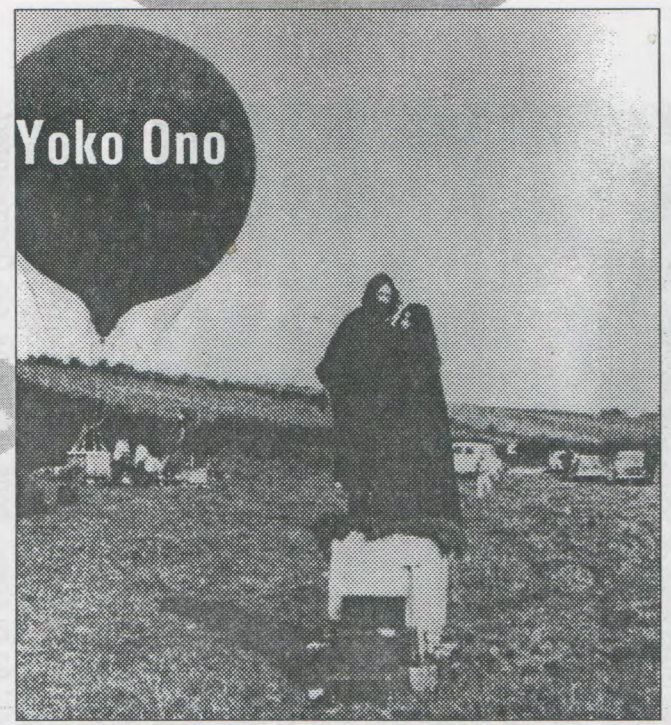
Anhaltender Abschlußbeifall

Hans-Joachim Wolle noch schnell: Ich wünsch' ja Herrn Geyer wirklich, daß er gewinnt. Das ist so ein lieber Mensch, wirklich also: toi, toi, toi

Genau.

Bhur

die filme von Yoko Ono



Die Filme von Ono sind mit den Augen des heutigen, empirischen Zuschauers betrachtet, nicht eben das, was mensch als publikumswirksam bezeichnen könnte. Und auch im Vergleich zu anderen Unabhängigen, wie etwa Richard Kern, wirken ihre Sachen eher "künstlerisch". Das sind sie aber eben auch. Ihre ersten Filme - Mitte der 60er Jahre - entstanden in demselben interdisziplinären Ansatz, der auch für ihre Kunstobjekte und Performances bestimmend war. Die Fluxus-KünstlerInnen bildeten in den 60ern zusammen mit der Pop-Art und dem Minimalismus den Gegenpol zu den konventionellen Künsten der Zeit, wobei letzten Endes die Strukturen auch nur wiederholt wurden. Der Vorteil von Fluxus war bestand jedoch in der Schwierigkeit, ihn zu kommerzialisieren. (Und wenn mensch ein bischen in den Wurzeln von D.I.Y. kramt, wird sich hier ein nicht unerhebliches Potential finden.) Letzten Endes kam zwar alles anders, doch selbst das legendäre Bed-In von Yoko Ono und John Lennon 1969 hat noch genug Staub aufgewirbelt. Das Ono als zentrale Figur der Happening- und Konzeptkunstbewegung später hauptsächlich im Beatles-Kontext betrachtet wurde, damit versucht dieses Programm aufzuräumen. Denn außer blöden Beatles-Clips und mehreren Metern Zelluloid mit Johns Lächeln beinhaltet Onos Werk sehr viel zu ihrer Position als Frau in der Gesellschaft, als theoretische Künstlerin und, wie so ziemlich jede/r in dem Bereich, zum Verhältnis Zuschauer-Film-Macherin. Wem's zu langweilig klingt, immer dran denken, das Zeug ist 30 Jahre alt und hat mit John Woo nicht eben viel zu tun.

abschied von matjora

Elem Klimov, einer der wichtigen und sehenswertesten Regisseure des russischen Kinos versteht es, Tragik ohne dümpelnde Melodramatik, ohne 'die-Welt-ist-so-schlecht'-Pathos zu erzählen. Seine symbolhafte, ikonographische Erzählweise scheint im sprachorientierten West-Mainstream-Kino oftmals befremdlich pathetisch, doch schafft sie eine Athmosphäre, der sich nicht leicht zu entziehen ist. Matjora, ein kleines Dorf auf der gleichnamigen Insel in der Angara, soll geräumt und anschließend überflutet werden. Ein Stausee für ein neues Kraftwerk ist geplant. Den Bewohnern bleibt nur ein Sommer, um Abschied von ihrem Leben zu nehmen. Während die junge Generation die Umsiedlung akzeptiert, wollen sich die Alten nicht trennen. Sie weigern sich, die Insel zu verlassen. "Abschied..." ist eine Anklage der Fortschrittsgläubigkeit des modernen Menschen und das tragische Ende läßt sich metaphorisch deuten: In der letzten Einstellung sieht man ein verirrtes Boot, im dichten Frühnebel auf der Suche nach den alten Frauen. Das Dorf ist nicht mehr auffindbar, die Menschen sind in den Fluten begraben. Doch in all der Brutalität des Filmes vertritt Klimov die Hoffnung des Widersdtandes.

nato

schaubühne lindenfels

film

dffb*fakbw*hfg*hffm*hffb

37 mehr oder weniger kurze Filme von 5 deutschen Filmschulen zeigen wo der Hase laufen könnte, wenn... ja wenn das deutsche Publikum (nehme sich davon selbst aus, wer will) nicht nicht so gnadenlos bescheuert wäre, sich so aufzuführen und in Scharen in die großen Säle der "großen" Kinos zu rammeln um sich mit Junkfood zuzuscheißen bis das Rückenmark wackelt. Aber irgendwie müßen ja die Erwartungen der Geldgeber, Produzenten, Kinobesitzer... erfüllt werden. Das war im Land der Kartoffel und des Kohls schon immer so und die Anzeichen stehen nicht gerade auf Sturm. Es ist also anzunehmen, das die Abende in der naTo eher familiär werden, aber das hat auch seinem Vorteil. Kann mensch sich doch zu denjenigen zählen, die wirklich Spaß im Kino haben werden. Einige der shortys sind schon vergangenes Jahr auf den 1. Studentenfilmtagen gelaufen und haben damals bereits bewiesen, daß Rosenthaler Kadarka kein Wein ist. Das zugehörige Programmblatt gibt einen kleinen Einblick in die Gegebenheiten jeder Schule, und alles in allem hat das nix mit Kunstscheiße zu tun.

nato

twin town

Als eine Mischung aus Ostfriesenwitz und "auf-dieser-Welle-schwimmen-wir-jetzt" kommt "Twin Town" daher. Außerdem drängelt sich der Verdacht auf, Kevin Allen hat sich seine Story aus "RiffRaff" abgeschaut. Plot: Außenstände eintreiben auf walisisch. Ärgerlich ist, daß hier eine erfreuliche Spezies erbarmungslos kretaniert wird: "Ich denke, daß Filme wie 'Shallow Grave' und 'Traispotting' einen neuen Markt in England kreiert haben. Mit diesen beiden Filmen, haben sie bewiesen, daß sie international vermarktbare Filme in England machen können..." sagt Produzent McAleese und tut so, als habe er noch nie etwas von "Butterfly Kiss" (der außer auf einem kleinen Festival nie hier lief) "RiffRaff", "The Punk" etc. gehört. Aber da man auch über blöde und geklaute Witze lachen kann...

grassi

big night

Wer wissen möchte, warum Ami's die Kochkünste der Brüder Pilaggi nicht mögen und ob dies damit zusammenhängt, daß diese ausgerechnet an der Eastcoast eine restaurante aufmachen müßen, kann ja sein Geld dafür ausgeben.

grassi

roseanna's grave

Außerdem ergibt sich die Möglichkeit Jean Reno wieder im Mittelmaß verschwinden zu sehen. Denn eigentlich fallen mir nur 2 Filme ein, in denen Reno eine gute Figur macht: als Cleaner in "Nikita" und als Jäger und Sammler in "Le dernier combat" von Luc Besson. Handlung nebensächlich. Es ist eine Komödie.

citykino

little sister

Gottseidank liegt Holland im Gegensatz zu hear majestiy's home auf dem Kontinent, sonst würden Filme von dort, die es lohnt zu sehen, hier niemals auftauchen. Was in letzter Zeit aus dem Land der Tulpen auf Leipziger Leinwänden zu bewundern war, zeugt von ausreichend Esprit für unterhaltsame Kinoabende, vorausgesetzt, man hat einen Sinn für völlig unbritischen schwarzen Humor.

grassi

kaffee und kartoffeln mit

stoppok

(ein interview, fragment)

...was denkst du, ist wichtig über dich zu wissen für leute, die dich nocht nicht kennen?

(während dieser frage bringt der sony-promoter kaffee für mich, STOPPOK trinkt keinen.)

so, da kommt der kaffee. wichtig ist, kaffee zu trinken. aber ich könnte um diese uhrzeit *(ca. 19.10 uhr, die red.)* keinen kaffee mehr trinken, weil ich dann schlecht schlafen kann. außerdem habe ich auch...*(klingeln des telefons vom promoter, der nun den raum verläßt)*...telefon...außerdem habe ich auch probleme mit knoblauch. ich habe nämlich rausgefunden, wenn ich knoblauch esse, kann ich schlecht schlafen. dann komm ich irgendwie total speedig drauf, und mit rotwein habe ich dasselbe problem. und das ist schon mal sehr schade, weil rotwein, oliven und knoblauch eigentlich das war, was ich mir abends immer reingezogen habe. und ich habe mich jahrelang gefragt, warum ich so schlecht schlafen kann.

...zwei fragen direkt im anschluß: 1. womit hast du keine probleme,

2. wirst du alt?

das hat glaube ich mit dem alter nichts zu tun. nur insofern, daß man im alter auf sachen kommt, die einem vorher nicht eingefallen sind. ich habe ja immer schlecht geschlafen. nur phasenweise habe ich eben keinen knoblauch gegessen und dann da besser geschlafen. und ich habe zum beispiel, wenn ich kartoffeln esse, um die andere frage zu beantworten, oder ganz normal käseschnittchen oder irgendwas anderes, dann habe ich keine probleme mit dem schlafen.

...okay, wollen wir ein wenig über musik plaudern?

gern!

(das tun wir dann auch ungefähr eine halbe stunde lang, wahrscheinlich haben wir aber doch mehr über textästhetik geredet als über musik, bis STOPPOK irgendwann sagte:)

...sobald es differenzierter wird, versucht man dir einen strick daraus zu drehen, so, wie ich das gefühl habe, daß du es gerade versuchst, aber egal...

...bis jetzt hast du ja noch nichts verfängliches gesagt.

das kommt ganz darauf an, wie du das zusammenschnipselst.

(anschließend plaudern wir wieder völlig ungezwungen über musik, textästhetik und jimihendrik.)

kontakt: Lumpi, Lessingstr. 21, 28203 Bremen, Tel.: 0421/700082.

bekanntlich nicht so.

im äther ablösen könnten. allein, die verhältnisse sind

daß sie vielleicht wirklich einmal die besch euerte musik

men melodien. wovon einige derart hitverdächtig sind,

beispiel, immer sehr schönen baßläufen und einprägsa-

der ganz schlicht, mit sparsamem schlagzeug zum

ziert klingen, und im nächsten moment spielen sie wie-

macht einfach spaß, dabei zuzuhören. sie kann kompli-

tigste bei dieser musik: sie spielt und macht druck. es

und dabei munter nach vorne geht. und das ist das wich-

im februar bereits war die band DIE AUCH in leipzig zu sehen, deren bassist lumpi nun nach der auflösung bei 12 KAPPEN WASSER gitarre spielt aber auch singt. und das demotape, das sie vertreiben, klingt nach eigenen angaben bereits wieder ganz anders als das allerneuste material. soetwas sagen viele bands. doch allein die zehn lieder auf ihrer kassette sind mitunter so unterschiedlich, daß man ihnen diese aussage abnimmt, ohne daran zu denken, daß man eben diesen satz von vielen anderen bands auch gehört hat.

12 KAPPEN WASSER machen sehr konzentrierte musik. bei aller agressivität, die in ihren liedern immer wieder vorkommt, bleiben sie doch stets beherrscht, als wäre die wut wieder abgeklungen. so wie es in einer ihrer zeilen heißt: „ich wünschte dir den tod, jetzt kann ichs ja sagen". und dann folgen oft ruhige teile, in denen sie ganz naiv und unbekümmert singen: "straßenbahn, das hätt ich nie gedacht, du hast den umweg nur für mich gemacht" oder „und wenn du wüßtest, daß morgen alles viel, viel teurer wird". ja, was dann?

es gibt in ihren texten nicht antworten oder botschaften. sie bestehen nur aus einzelnen beobachtungen und feststellungen. häufig sind die worte nicht mehr als ein instrument - eben gesang. wie in dem lied „nochmal mit musik", in dem bezeichnenderweise nur dieser eine (noch nicht einmal vollständige) satz wiederholt wird. im vordergrund steht wirklich die musik, die sich erfolgreich gegen die „jahrelang beschenerte musik im äther" wehrt

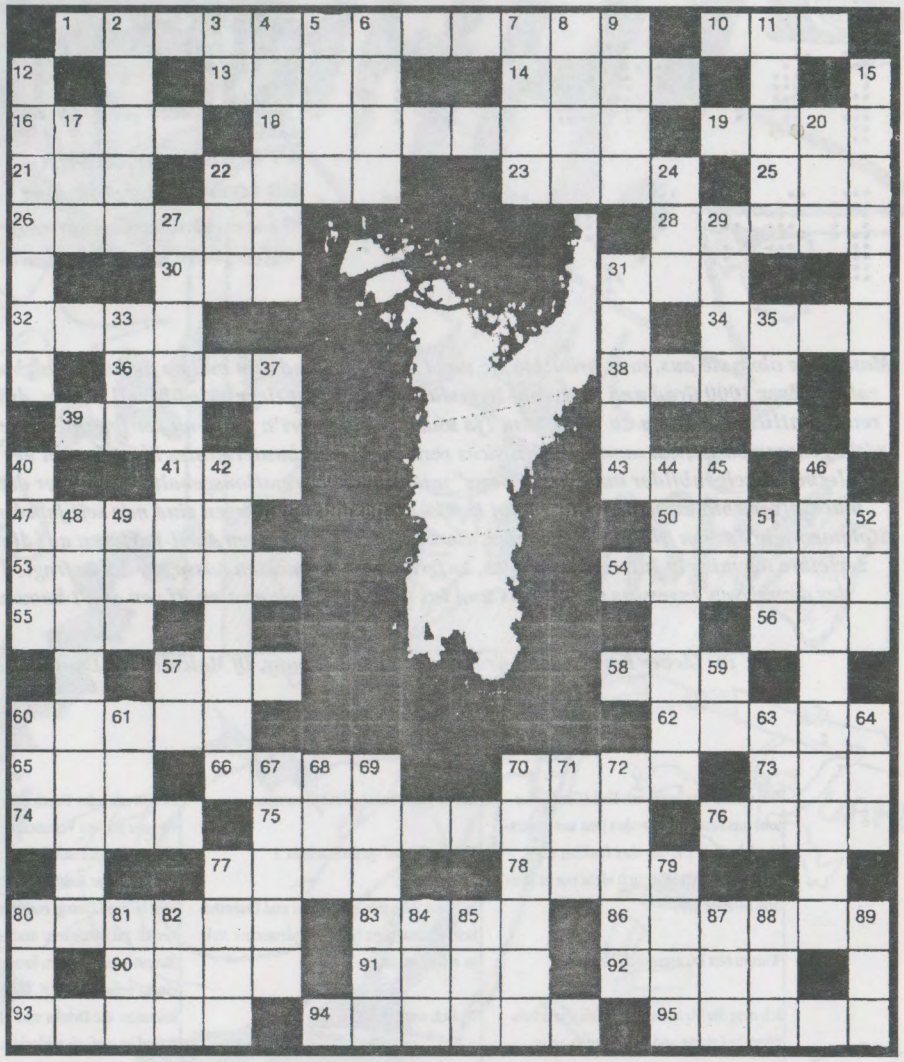
gesprächspartner war izy. am 7. 5. ist STOPPOK im anker zu sehen.

tonbandaufnahmen aus dem kreise der freund- und seilschaften* diesmal:

KREUZWORTRAETSELSEITE
ohne Gewinnchance

Letzten Monat mußtet ihr auf eure Rätselseite verzichten, doch dafür kommt diesen Monat eine echte Herausforderung. Ich verspreche euch mindestens doppelt so langen Rätselspaß, bevor ihr völlig entnervt das ungelöste Kreuzworträtsel in die nächste Ecke pfeffert. Als los, ihr Intelligenzbolzen. Zeigt mal was ihr drauf habt.

Auflösung: im nächsten Heft



waagerecht: 1. Verkäufliche Liebe, **10.** Spieß in des Mannes Not, **13.** Kunibert in Kürze, **14.** Nennwertüberschreitender Betrag, **16.** warum in die Ferne schweifen: dt. Weinfluß, **18.** NTEGEURN, **19.** wem man aufs Maul schauen soll, **21.** ausgestorbener Südlichstamerikaner, **22.** IHLE, **23.** Stabgewächs, **25.** UNO-Generalsekretär der ersten Jahre (Nachname), **26.** Rüschenrockwedeltanz, **28.** Kleinnahrung der größten Tiere der Erde, **30.** Angelsächsisches Bindewort, **31.** Italienisches Zahlwort, **32.** Holländische Stadt, die rückwärts aus lebensmitteltechnischen Gründen ganz besonders bekämpft wird, **34.** nicht nachgemacht, **36.** Befehl zur Aktivität, **38.** nur für PhysikerInnen: Fahrzeug zum Erreichen des Transsonikbereichs, **39.** Amerikanische Luft, **41.** Einer für organisatorisch zusammengefaßte Zuständigkeitsbereiche (kleiner Tip: steht auf der bösen Seite der Macht), **43.** Antriebsfeder des Erfindungsreichtums, **47.** Wohneinheit in Bayern, **50.** Maria mit dem vom Kreuz genommenem Jesus, **53.** TERABT, **54.** veganes Fast Food, **55.** Land und Fluß in Niedersachsen, **56.** Klebe-Vogel, **57.** Handelsware bei 1 waagerecht, **58.** Odins Nachfahr, **60.** Koseform von Muffel, **62.** Steigerungsform von Violett, **65.** mehrere Flächenmaße, **66.** Staunensäußerung, **70.** sperrt Wasser, **73.** Kurzklavierjazz, **74.** Kreuzung zwischen Wurm und Stacheldraht, **75.** Größte Hawaiianerrin, **76.** Vorsilbe für 10 hoch 9, **77.** Tochter der Queen, **78.** MSEA, **80.** Krabbeltier, **83.** Opernfigur bei Gershwin, **86.** Nur wo das draufsteht, ist auch Infant drin, **90.** Verwaltungsbezirk in Schweden und Finnland, **91.** John Maynards See, **92.** Goldeigenschaft, **93.** Griechischer Fruchtbarkeitsdämon, **94.** engelhafter italienischer Kellyfamilyst (Vorname), **95.** Mahlzeit, bei der das eine S nach hinten gerutscht ist

senkrecht: 2. Nachname des Hugenottenführer Rohan, **3.** Autokennzeichen um Halle, **4.** Sittliches Wohlverhalten, **5.** kurz: Jesus von Nazareth, König der Juden, **6.** OTUL, **7.** Ausruf des Entsetzens bei der Betrachtung eines Scheuermittels, **8.** fantastischer Riesenmenschenfresser oder Ausruf bei 10 waagerecht, **9.** kurz für nasenbeiniger Igelnapfotter, **11.** Figur in Schillers „Don Carlos", **12.** Einzelteil von 15 senkrecht, **15.** sind für Gerichtsmediziner Bücher ohne sieben Siegel, **17.** ana auf rückwärts, **20.** Vorname der exotischen Blume Ie, **22.** legasthenischer Gockel; **24.** Kurzes Skandnaviergeld, **27.** Sumpflandschaft des Rhone-Deltas, **29.** ERTE, **31.** Samuel Langhorne Clemens´ Künstlernachname, **33.** Kurze Amerikaner, **35.** erste Silbe eines englichen Konzerts, **37.** Tiertrockennahrung, **40.** tierisches Sechseck, **42.** ohne Fehl und Tadel, insbesondere bei Holz, **44.** Musoppo von hinten, **45.** wird von Struppi begleitet, **46.** besonderer Kleiderabschluß am Hals, **48.** norddeutsches (!) Fast Food, **49.** RSA, **51.** australischer Renner, **52.** kurze Ausspuffschnüffelei, **57.** kurzes Stück, **59.** spanischer Artikel, **60.** Erscheinungsmonat dieses Klarofix´, **61.** drei-Wünsche-Erfüllerin, **63.** Vorsilbe der klingenden Angel, **64.** alter Türkentitel, **67.** ein Vorgefühl haben, **68.** Franzosen-Nein, **69.** holprig, wellig, **70.** umgangssprachlicher Dummkopf, **71.** Abk. für antifaschistisches Luftarial, **72.** Trockenwesen, **77.** Widerpott, **79.** das einzig sichere im Leben, **80.** SOK, **81.** nicht-jung, **82.** Britenbucht, **84.** 1 dyn cm, **85.** wie Freunde sich selten Anreden, **87.** alter Hut, zumindest im Orient, **88.** englisches Obergäriges, **89.** STU

Partysan Partysan Partysan Partysan

Man käme ohne sie aus, man bräuchte sie nicht - aber sie sind nun mal da und dazu auch noch voll farbig: die Leipziger Party-Generation-Flyer 1000 Grad und Partysan. Irgendwann im Monat liegen sie überall herum, drängeln sich in fast jeder Kneipe und anderen öffentlichen Plätzen an einen ran. Tja und dann passiert's: während der Freund pinkeln geht oder die Verabredung noch immer nicht gekommen ist, hat man, eh' man sichs versieht, so ein kunterbuntes Blättchen in der Hand und stöbert ziellos durch sagenhaft schlechte Anzeigenbilder und „heiße News" mit einem Informationsgehalt knapp über der Irrelevanz. In letzter Zeit „lese" ich auch mal zielgerichteter im Partysan, denn Donis' Plattenbesprechungen sind mir seit jeher eine Muße und Opossum gibt die richtigen Statements in Sachen HipHop zum besten. Doch bevor ich im letzten April-Partysan auf die A6-Seite mit Donis' „Pillory Music" stieß, verleibte ich mir ein Interview ein, das, aufgrund der gemachten Aussagen des Befragten, mir meine Leseumstände sowie den Rest des damaligen Tages ins Gedächtnis und ins Gewissen einbrannten. If you don't know what's going on and if you don't want to -

Charly says nevertheless.

PS: Lieber Karl, schöne Grüße u.a. von DJ Snoopy, DJ Malcolm für Deine Plazierung in der hiesigen Drum & Bass Liga!

booga

Wir treffen uns heute mit Karl (Charly Burton) aus London. Er wohnt jetzt seit mehreren Jahren in L.E. Als alter Clubber und „Hobby-DJ" kennt er sich nicht nur in London bestens aus.

Warum bist Du eigentlich hier?

Ich mag die Menschen hier. Ich war schon öfters in Leipzig und traf teilweise sehr kreative und offene Leute. Mir gefällt das ausgespochene talent zu improvisieren. In anderen Städten habe ich schon anderes erlebt. Hier sind eben „beautiful people". Letzlich war es aber eine Frau, die mich hertrieb.

Was hälst Du von der Szene hier?

Oh, ich finde die Szene schön. Leipzig zum Beispiel bietet viele Möglichkeiten neue Projekte aufzuziehen. Man kann immer Spaß haben, wenn man will und wenn den Läden eine Chance gibt. Es gibt so schöne Clubs hier. Manchmal habe ich allerdings den Eindruck, daß die Leute selbst nicht in der Lage sind zu sagen, ob ihnen etwas gefällt oder nicht. Man rennt dem Strohm hinterher, ohne auf Qualität zu achten.

Was heißt „auf Qualität achten"?

Ja Mann, hier gibt es Kneipen und Diskotheken bei denen ein typisch ostdeutscher Style zu erkennen ist.

Typisch ostdeutsch?

Ja. Liebe zum Detail. Die Fähigkeit zu improvisieren und das sehr kreativ. Zum Beispiel der Blaue Pudel, wo mit viel Engagement nach und nach etwas sehr schönes entstanden ist. Oder das Conne Island. Dort finden nicht nur Parties der Party Willen statt, sondern man konzentriert sich auf ein ausgewogenes und anspruchsvolles Programm, das nicht nur Techno/House, sondern Reagge oder Hardcore etc. bringt. Auf jeden Fall wird man hier nicht mit billigen Klischees abgespeist.

Was soll das nun wieder bedeuten?

Ist doch klar: Die Besitzer wollen einfach was Schönes machen, etwas mit Klasse. Nicht einfach nur etwas, was sich über Abbruchreife oder Dreck definiert. Das ist eine ganz schöne Verarschung, wenn man an diesem Kitsch festhält. Wie zum Beispiel die Distillery. Das soll Underground sein. Eine echt billige Lösung, einen über Dreck und Verfall auf Ostclub zu machen. Man zahlt Eintritt - und nicht zu knapp - ohne, außer einem nahmhaften DJ, etwas geboten zu bekommen: die Drinks sind oft zu warm, der Sound ist einfach schlecht und man muß froh sein, wenn man ohne Farbspuren wieder rauskommt. In der alten Distillery war das ja noch o.k., aber inzwischen geht mir diese Art „Ostkult" ganz schön auf den Keks. Außerdem finde ich es eine Scheißtour, den laden auf biegen und brechen voll bekommen zu wollen - Acts wie Westbam sind doch purer Kommerz. Früher liesen sie uns wenigstens bis zum Ende durchfeiern, jetzt will man uns ab 9 Uhr nicht mehr sehen. Schade eigentlich, denn oft sind ja wirklich gute DJ's da.

Ist das ein generelles Problem?

Eigentlich nicht, denn Clubs wie das TRC oder das Mad Orange kommen in einem ansprechenden Outfit daher, sicher westmäßiger, aber ehrlicher. Das, finde ich, ist auch eine Art von Respekt gegenüber dem Publikum. Miese Kellerlöcher hat doch inzwischen jeder satt. Undergrund muß nicht immer „Keller" bedeuten.

Trotzdem laufen die „schönsten Locations" eher mäßig. Woran kann das liegen?

Wie schon gesagt, man schwimmt mit dem Strom. Ich sage Dir, beam den Pudel nach London und er wäre gerammelt voll.

Letzte Frage, Charly: Stimmt es, daß Du Leipzigs erster Drum & Bass DJ warst?

Yes Mann. Carlos spielte als erster Jungle und ich Drum & Bass und wenn irgendein großnäsiger DJ etwas anderes behauptet - „he can suck my dick!"

J.D. + M.E.

(Die Schreibweisen entsprechen dem Original im Partysan.)

ANIMAL-MAN

ER RETTET TIERE AUS FUN!

- klarofix gibt's (so ungefähr) ab jedem ersten im monat bei

- 33 1/3, al pascha, b12 (braustr.), buchladen bruchsteine, café und buch (hamburch), conne island, connewitzer stadtbuchhandlung, culton, doc arthur, el rojito (hh), frau krause, generation x, ig rock (haus leipzig), infoladen im conne island, infobüro, hdd café, killy willy, kulturtreff mühlstraße, lichtwirtschaft, mrs. hippie, muzak, nato, plaque, sack & hand, schall und rausch, substanz, weltladen burgstraße, weltladen stöckartstraße, werk II/halle 5, zeughaus, zoro, in altenburg, kneipe unikat, freezone, kailash buchhandlund, uni leipzig, bei elke im handverkauf, wer will im abo

- und in jeder gut sortierten devotionalienhandlung

* Who is Han Solo